SONDER

INFO BERLINER UNDOGMATISCHER GRUPPEN 158

Nr. 60

31. 5. 77 wöchentlich 4. Jhg 1.00 dm

Agit 883 KREUZBERG

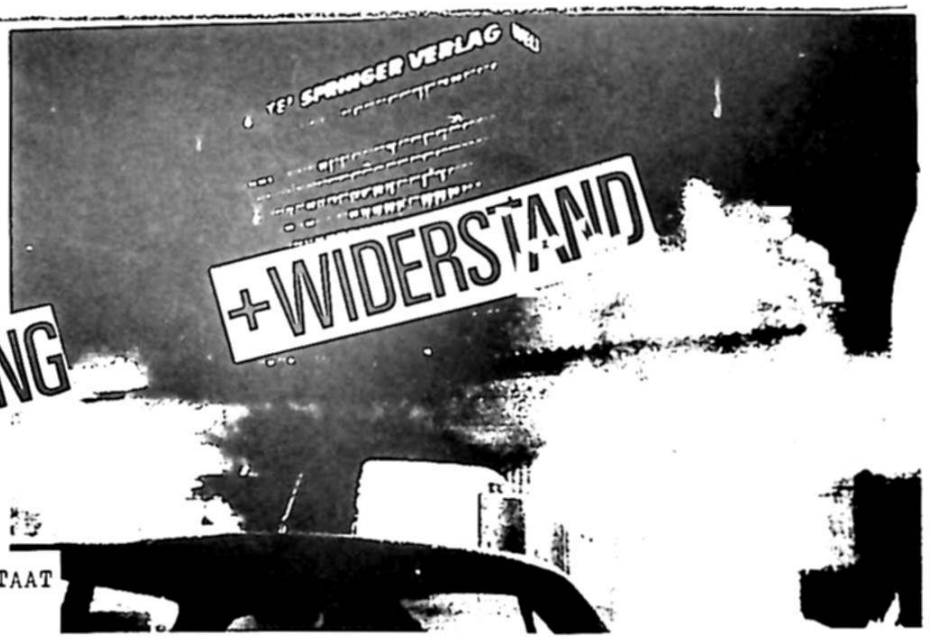
DEMO 2. JUNI 1977, UM 17^{00} UHR wittenbergpl.

FEST 1. JUNI 21 UHR TIERGARTEN

HABT MUT ZU KÄMPFEN,
HABT MUT ZU SIEGEN!

SONDERPREIS 1,- DM

rote hilfe



10 JAHRE UNTERDRÜCKUNG DURCH DEN STAAT
10 JAHRE KAMPF GEGEN DEN STAAT

"das verhältnis zwischen der herrschenden klasse und dem volk ist ein gewaltverhältnis.die gewalt der herrschenden klasse gegen das volk ist kein besonderes mittel, kein betriebsunfall der bürgerlichen demokratie,kein ausrutscher,keine fehlentwicklung.die gewalt ist die existenzbedingung des kapitalismus.nicht die gewalt ist der fehler,sondern der kapitalismus."
(aus:wir müssen so radikal sein ...)

der 2.juni 1967 war nicht der beginn der entwicklung der brd und westberlins zum neuen faschismus hin(1). die weichen dafür waren bereits kurz nach der niederlage des alten brutal-faschismus gestellt worden. diese erkenntnis wurde später - nach dem 2.juni - von der studentenbewegung auf die einfache,aber zutreffende formel gebracht: "kapitalismus führt zum faschismus."und die ersten meilensteine waren auch bald nach dem krieg erreicht:wiederaufrüstung,eintritt in die nato und das verbot der kpd.zahlreiche andere maßnahmen,die der wiedererstarkende kapitalismus in der brd und westberlin in dieser zeit gegen das volk richtete,sind heute nicht mehr in geschichtbüchern zu finden,z.b.das 1.betriebsverfassungsgesetz von 1952,das alle erkämpften rechte der arbeiterklasse der nachkriegszeit zurücknimmt.auch die in diese zeit fallende einrichtung von verfassungsschutz,militärischem abschirmdienst,polizeiapparat und werkschutztruppen,sowie deren systematischer ausbau gehörten bald zum normalen erscheinungsbild. als ersten höhepunkt dieser entwicklung kann man die verabschiedung der notstands-gesetze durch den zusammenschluß reaktionärer politiker in der großen koalition ansehen.
neben der reaktionären entwicklung im inneren entwickelten sich nach außen hin gleichzeitig beste beziehungen zu allen kapitalistischen,feudalistischen und faschistischen regimen.ob ehemalige kriegsgegner oder nicht;gemeinsame imperialistische interessen schmiedeten die ausbeutercliquen aller länder zusammen und die profitinteressen des internationalen kapitals werden als "freundschaftliche beziehungen zwischen den völkern" verkauft.
deshalb und wegen der nachfolgenden entwicklung in der brd und westberlin markiert der 2.juni 1967 einen besonderen punkt in der geschichte des zunehmenden neuen faschismus"und unseres nunmehr 10jährigen kampfes gegen diese entwicklung:
am 2.juni 1967 wurde unser genosse benno ohnesorg von dem schießwütigen bullen kurras,der heute noch in amt und würden ist,kaltblütig ermordet.
hintergrund dieses staatlichen verbrechens war der besuch des persischen henkers schah reza pahlawi in westberlin,der hier mit pomp und propaganda empfangen wurde,damit ihm - dem zahlungskräftigen handelspartner - die großbourgeoisie den vergoldeten pfauenthronarsch lecken konnte.zum schutz dieses verbrechers vor dem zorn der fortschrittlichen jugend (vor allem)wurde ein noch nie dagewesenes heer an bullen,spitzeln und agenten aufgeboten,die im verein mit prügelpersern und savak-agenten schließlich - nahe der deutschen oper - benno ohnesorg umbrachten.
der 2.juni 1967 ist auch ein markstein unserer eigenen geschichte.er stellt den bewußten beginn des kampfes der revolutionären kräfte des volkes -vor allem der studenten,schüler,lehrlinge und jungen arbeiter dar.in den vergangenen jahren hat dieser kampf verschiedene gesichter gehabt und viele formen angenommen.aus der machtvollen studentenbewegung der jahre 67/68,deren höhepunkte die kämpfe gegen den barbarischen us-imperialismus und die verdummung und verhetzung des volkes durch die meinungsmonopole(vor allem dem springerkonzern mit seinen diversen dreckblättern) waren,sind unter dem einfluß zunehmender repression und der sie begleitenden propaganda sowie auch der inneren zerrissenheit der bewegung zahlreiche gruppen und "parteien"mit unterschiedlichen "linien" entstanden.
wir haben viele fehler begangen,haben rückschläge erlitten und unser kampf hat opfer gekostet.wenn wir hieran erinnern,erinnern wir gleichzeitig daran,daß es opfer unserer gemeinsamen vergangenheit sind
- opfer unseres gemeinsamen kampfes gegen den gleichen gegner,der nach dem 2.juni 1967 immer weniger skrupel hatte,bewaffnete macht zu demonstrieren und einzusetzen.die gleichzeitige propagandaunterstützung durch springermonopol,rundfunk und fernsehen hat erreicht,daß teile der bevölkerung sich mit den zielen ihrer klassengegner identifizierten.so wurde am 11.4.1968 rudi dutschke das opfer eines mordanschlages,von dem durch die springer-presse völlig verhetzten bachmann.dieser anschlag mißlang zwar,wir trauern jedoch um die genossen,die bei den menschenjagden der herrschenden klasse ihr leben verloren:
- petra schelm wird während einer großfahndung am 15.7.1971 von bullen erschossen.
- georg von rauch wird am 4.12.1971 in westberlin von bullen und vs erschossen.
- thomas weißbecker wird am 2.3.1972 in augsburg erschossen.
- holger meins stirbt am 9.11.1974.er wurde von der justiz durch die vernichtungshaft umgebracht.
- siegfried hausner wird am 4.5.1975 dadurch umgebracht,daß er trotz schwerer,lebensgefährlicher verletzungen von der intensiv-station in köln in den stammheimer knast verschleppt wird.
- werner sauber wird am 9.5.1975 von schießwütigen bullen in köln erschossen.
- katarina hammerschmidt stirbt am 29.6.1975 in einem westberliner krankenhaus.umgebracht durch verweigerung ärztlicher hilfe in der untersuchungshaft.
- ulrike meinhof wird am 9.5.1976 in ihrer zelle in stammheim ermordet.

West-Berliner Studenten-Demonstration (1968): „Neue Ebene der Militanz"

vom tode betroffen oder bedroht sind aber nicht nur unsere genossen,die radikalsten und konsequentesten kämpfer,mit denen viele von uns eine zeitlang gemeinsam gekämpft haben,unsere trauer gilt allen opfern des staatlichen terrors,bei dem die toten nur die spitze eines eisbergs sind.seit 1967 starben im kugelhagel schießwütiger bullen mindestens 64 menschen.in dieser zahl -deren dunkelziffer erheblich höher liegen dürfte- sind all die verletzten,verkrüppelten,in polizeihaft und vollzugszellen krepierten nicht inbegriffen.
nicht inbegriffen sind ebenfalls tausende,die unter unmenschlichen bedingungen in den knästen verkommen.
von der ausbeutergesellschaft zu außenseitern und asozialen gemacht und zu verbrechern gestempelt,entledigt sich dieser staat,der sich "freiheitlich demokratisch"nennt,ihrer auf die einfachste weise:im knast.während die größten verbrecher,die kapitalisten und ausbeuter und ihre schergen in unserem staat die gesetze machen,werden die diejenigen,die sich gegen diese gesetze stellen,erbarmungslos verfolgt.dazu hat sich die bourgeoisie in den letzten 10 jahren einen gut abgestuften katalog von repressionsmaßnahmen geschaffen,der immer dann angewendet wird,wenn die präventive,staatstragende propaganda versagt.und von diesen maßnahmen ist jeder betroffen:ob revolutionär oder eierdieb,ob kraftwerksgegner oder vorlesungsstörer,ob demonstrant oder landstreicher,der endpunkt der auflehnung gegen den repressiven staat ist knast oder tod - es sei denn, man paßt sich an.

„Wünschen Sie die Kirschen mit oder ohne Stein?"

das instrumentarium ist reichhaltig.man kann nur einige beispiele herausgreifen aus den neuen errungenschaften unserer freiheitlich demokratischen grundordnung:

-notstandsgesetze 1968,sonderkommandos von vs und bka gegen "ausländischen terror"1969,handgranatengesetz in westberlin 1970,zentralisierung der polizeigewalt im bka und einrichtung von computerzentralen 1970,bürgerkriegsmanöver der bundeswehr wintex 1971,radikalen-erlaß 1972,schwerpunktprogramm "innere sicherheit"1972,verschärfung der ausländergesetze 1972,bundesgrenzschutz als "polizeiliche eingreifreserve"1972,einrichtung der mobilen einsatzkommandos 1973,verteidiger-ausschluß-gesetz 1974,erweiterung der internationalen bullenzusammenarbeit in europa 1975,antiterrorgesetze(§129a terroristische vereinigung)1975,maulkorbgesetz §88a 1976.

und damit ist die entwicklung noch lange nicht am ende.in der vorbereitung sind zur zeit die mündliche überwachung der verteidigergespräche,schärfere verteidigerausschlußbestimmungen,ein verbot sogenannter "passiver bewaffnung",worunter schutzkleidung gegen bullenterror zu verstehen ist,sowie ein einheitliches polizeigesetz,das schußwaffengebrauch auch gegen eine menschenmenge - ja sogar gegen kinder zuläßt.weiter im gespräch ist die sicherungsverwahrung für "terroristen",die dafür sorgen soll, daß linke lebenslänglich hinter gittern verschwinden,auch wenn sie ihre strafe abgesessen haben.
parallel zu diesen maßnahmen ist der systematische terror durch einschüchterung und bespitzelung innerhalb und zunehmend auch außerhalb der gesetzlichen grundlagen in den letzten 10 jahren immer stärker geworden.einen vorläufigen endpunkt erleben wir hier in westberlin mit der einsetzung von blockwarten, den sog. kobs,deren hauptfunktion in der ausschnüffelung von "staatsabträglichen umtrieben"besteht.
wer sich irgendwie verdächtig macht,ein linker zu sein,ist ständiger repressalien ausgesetzt.schwierigkeiten auf ämtern,mit den hauswirten,bei der arbeit usw.stellen sich dann ein.hausdurchsuchungen und ähnliche schikanen sind an der tagesordnung.besonders betroffen davon sind jugendzentren,linke buchläden und alternative kollektive.jugendzentren brennen aus ungeklärten gründen plötzlich ab,werden bei bullenansätzen verwüstet.hunderte von wohngemeinschaften werden bei der aktion winterreise 1974 und der aktion wasserschlag 1975 drangsaliert.buchläden und rechtsanwaltspraxen werden durchwühlt,fadenscheinige gründe müssen zur rechtfertigung herhalten.immer mehr entfernen sich die herrschenden von den eigenen "rechtsstaatlichen prinzipien".
als ein atomwissenschaftler mit angeblichen terrorbekanntschaften rechtswidrig ausspioniert wird,muckt zwar noch ein teil der liberalen presse kurz auf, aber gleich darauf können sich bei derselben verbrecherischen aktion in stammheim justizminister und regierungschef dreist zu ihren untaten bekennen,ohne daß empörte aufschreie zu hören sind.die gleichschaltung der bürgerlichen presse hat wieder einmal funktioniert,wie sie immer funktioniert hat,wenn es gegen angebliche terroristen,umstürzler und ihre sympathisanten - kurz gegen die gesamte linke geht.
die abgefeimtesten lügen und die dümmsten vorurteile waren nicht zu schade,die bevölkerung gegen die linken aufzuhetzen.es ist klar,daß dieses 10jährige trommelfeuer der staatstragenden propaganda auch seine wirkung nicht verfehlt hat.nur ignoranten glauben sich fest im bunde mit der arbeiterklasse.
eins aber hat die staatliche repression,hat die enttäuschung über unsere rückschläge,hat die trauer um die toten und verletzten noch nicht erreicht:
unsere völlige niederlage.im gegenteil!druck erzeugt gegendruck,rückschläge spornen zum lernen an,und die trauer schlägt um in wut!
der 2.juni 1977 markiert auch eine periode von 10 jahren kampf gegen ausbeutung und unterdrückung.
beispiele dieses kampfes finden wir reichlich,so unterschiedlich er auch geführt wurde und wie immer man zu einzelnen kämpfen steht.wir können hier nur einige beispiele erwähnen:

1968 militante kämpfe gegen die hochburgen des springer-konzerns
schlacht am landgericht tegeler weg anläßlich eines verfahrens gegen rechtsanwalt mahler
1969 "wilde"massenstreiks in hütten und bergbau, werften,metall und elektroindustrie
1970 befreiung von andreas baader
schlacht an der tu anläßlich des amerikanischen einmarschs in kambodscha
mit drei banküberfällen wird die raf proklamiert
1971 chemiearbeiterstreik in nrw,hamburg und hessen
1972 raf-angriffe auf us-einrichtungen gegen die eskalierung des vietnam-krieges
1973 1.und 2.hungerstreik der gefangenen raf-genossen
"wilde"streiks bei hoesch und mannesmann
häuserkämpfe in frankfurt
streiks bei klöckner,pierburg,ford und daimlerbenz
1974 streiks im öffentlichen dienst
3.hungerstreik:43 gefangene kämpfen gegen vernichtungshaft
erschießung g.v.drenkmanns als reaktion auf die ermordung von holger meins
1975 lorenz-entführung und befreiung von 5 genossen
konjunkturprogramm der bewegung 2.juni:
gewinn: 200.000 dm
rz verteilt u-bahn und buskarten gratis
botschaftsbesetzung in stockholm
bauplatzbesetzung in whyl
1976 druckerstreik
1976/77 kämpfe in brokdorf,grohnde und anderswo gegen das menschenfeindliche energieprogramm der brd-regierung

obschon diese kämpfe herausragende ereignisse darstellen,darf nicht vergessen werden,daß wesentlichen anteil am politischen kampf die kontinuierliche arbeit ohne spektakuläre ereignisse hat:die arbeit der buchläden,der jugendzentren,der betriebsgruppen,der stadtteilgruppen,der alternativen arbeitskollektive, von linken ärzten und rechtsanwälten und bürgerinitiativen.und in diesem rahmen hat auch die arbeit der roten hilfe westberlin ihren pla tz.
nach dem tod benno ohnesorgs hat praktisch die arbeit der rh bzw.ihrer vorläufer(ermittlungsausschuss tu zb.)begonnen.zunächst ohne struktur und natürlich auch mit zahlreichen rückschlägen.wir haben in den letzten jahren versucht rote hilfe zu leisten,überall wo die linke bewegung dies erforderlich machte. natürlich in erster linie bei den hauptbetroffenen, den gefangenen und den von bullen und justiz bedrohten menschen.wir haben mit großen individuellen und nicht unbeträchtlichen materiellen einsatz versucht, unseren beitrag im kampf gegen ausbeutung und unterdrückung zu leisten.daß die rh immer noch besteht, größer und stärker wird,können wir als erfolg unseres kampfes werten.insofern ist auch für uns der 2.juni 1977 ein marksteln unserer entwicklung,ein ansporn für uns,den kampf verstärkt fortzusetzen.
wir fordern euch auf,den 2.juni zu einem tag der solidarität mit den genossinnen und genossen zu machen,die aufgrund ihres entschiedenen kampfes gegen dieses system verfolgt werden oder im knast sitzen. egal ob wir die politischen ansichten und die praxis dieser genossen für richtig halten oder nicht,eins ist klar:sie wollen das gleiche wie wir,freiheit und glück,ein leben ohne ausbeutung und unterdrückung. sie gehören zu uns und wir werden uns durch die uralte taktik der herrschenden:teile und herrsche nicht auseinander dividieren lassen.denn für den staat sind wir alle terroristen,jeder von uns,der konsequent und ohne sich einschüchtern zu lassen gegen ausbeutung,entfremdung und umweltzerstörung widerstand leistet.wir alle sind der sumpf,der ausgetrocknet werden soll.sorgen wir dafür,daß dieser sumpf so groß wird,daß die herrschenden darin versinken!
demonstrieren wir am 2.juni unsere solidarität mit dem kampf der gefangenen und verfolgten genossen! freiheit und glück für alle!

ZUM 10. JAHRESTAG DER ERMORDUNG VON BENNO OHNESORG

DEMONSTRATION

SOLIDARITÄT MIT DEM KAMPF DES PERSISCHEN VOLKES GEGEN DAS FASCHISTISCHE SCHAH REGIME - WIDERSTAND GEGEN POLITISCHE REPRESSION UND ABBAU DEMOKRATISCHER RECHTE IN DER BRD

DONNERSTAG, 2. JUNI 1977, UM 17⁰⁰ UHR

TREFFPUNKT: WITTENBERGPLATZ – ABSCHLUSSKUNDGEBUNG: AN DER DEUTSCHEN OPER

Veranstalter: Aktionskomitee gegen Berufsverbote, CISNU, Gruppe Internationale Marxisten (GIM), Kommunistischer Bund (KB), Langer Marsch, MIR Chile, Rote Hilfe, Sozialistisches Büro (SB), Zentraler Koordinationsrat FU (Undatiert)

anmerkung 1)siehe hierzu die broschüre:wir müssen so radikal sein wie die wirklichkeit

ETWAS ÜBER UNS

am vergangenen donnerstag konnte in der fu endlich die am 18.april in der tu verhinderte knast und justiz-veranstaltung stattfinden.zwei stunden vor veranstaltungsbeginn war allerdings die veranstaltung wieder verboten worden.der zugesagte raum war verschlossen.da das audimax offen war,besetzten die anwesenden 600-700 leute diesen raum,um die veranstaltung durchzuziehen.die junge union,die eigentlich dort zum thema kernkraftwerke diskutieren wollte,überließ uns freiwillig den raum.weil die informationsbeiträge zu lange dauerten und die interessen der zuhörer auch nicht einheitlich waren,kam es nicht mehr zu einer diskussion über möglichkeiten praktischer solidarität.die veranstalter werden genau darüber weiterdiskutierten und auch praktische schritte unternehmen.
im folgenden drucken wir den rh-beitrag ab,in dem wir versuchten,mal was grundsätzliches über uns und unsere arbeit zu sagen.

rh

wir wollen mal einiges dazu sagen, was wir als rote hilfe machen und warum wir's machen.
für uns heißt rote hilfe, solidarität zu organisieren, solidarität mit verfogten und inhaftierten gegnern dieses gesellschaftssystems. wir haben uns konkret die aufgabe gestellt, knastarbeit zu machen, die dreckigen methoden der justiz und bullen aufzudecken und gemeinsam wiederstand leisten. darüberhinaus wollen wir basisgruppen und initiativen unterstützen, sowie eine effektivere zusammenarbeit der gruppen innerhalb der nicht parteiorientierten linken.
schwerpunkt unserer arbeit ist die knastarbeit, darauf wollen wir jetzt mal naher eingenen.

bis ende der 60er jahre war der knast so ziemlich der letzte gesellschaftliche bereicn, für den man sich interessierte und für dessen veränderung man sich einsetzte.in den blickpunkt der linken geriet der knast erst ende des letzten jahrzents, nachdem die ersten genossenaufgrund inrer teilnahme an militanten aktionen in den knast kamen. zuerst 1970 in westberlin und ab 1972 auch in anderen städten bildeten sich rote hilfen und ähnliche gruppen wie schwarze hilfen, schwarz kreuz, die sich zur aufgabe stellten, die inhaftierten genossen politisch und materiell zu unterstützen.
die genossen kommen im knast mit den anderen gefangenen zusammen, soweit sie nicht isoliert werden, denn ihr kampf ist im knast nicht zu ende, sie nützen jede möglichkeit, um ihre mitgefangenen kennen zulernen, mit ihnen zu diskutieren und sie zu politisieren, innen die ausweglosigkeit des individuellen protestes klarzumachen und formen kollektiven wiederstandes zu entwickeln. für die arbeiterklasse ist der knast das disziplinierungsmittel überhaupt. der wiederstand leistende unpolitische arbeiter ist der typische insasse der gefängnisse.
die agitation der genossen drinnen und die wachsende einsicht in die funktion von knast und strafvollzug als zentrales herrschaftsinstrument im kapitalismus führte dazu, daß die besser auf die genossen beschränkte unterstützunsarbeit in den letzten vier jahren auch auf die anderen gefangenen ausgedehnt wurde, die in zunehmenden maße begannen den

knast politisch zu begreifen und wiederstand gegen ihre unterdrückung im knast zu leisten. der kampf im gefängnis ist nicht allein aufgabe der genossen im knast, sie müssen ihn zusammen mit den anderen gefangenen führen. die unterstützung dieses kampfes ist unsere aufgabe draussen, indem wir versuchen die unbewußte, individuelle rebellion der anderen gefangenen gegen die herrschenden ausbeutung und unterdrückung in einen bewußten politischen kampf zu verwandeln.
wir stehen in ständiger politischer auseinandersetzung über die bestehenden verhältnisse und den kampf der dagegen geführt wird. wir unterstützen die gefangenen dabei kollektive wiederstandsformen zu entwickeln ihnen klarzumachen, daß der kampf gegen den knast als teil des revolutionären wiederstandes zu begreifen ist. 'doch viele genossen sagen:' was geht mich der knast an, ich habe damit nichts zu tun, ich mach sowieso nur legale arbeit, wer so denkt, unterliegt einem folgenschweren irrtum.eine trennung zwischen legaler und illegaler arbeit gibt es nicht. welche politische arbeit erlaubt ist?

bestimmen die gesetze der herrschenden und die sin
d nicht dazu da, revolutionäre arbeit zu fördern,
sondern sie zu unterdrücken. wer in diesen gesetze
n die grenzen seiner politischen betatigung sieht,
braucht eine politische arbeit erst garnicht anzu-
fangen, denn er kommt sowieso nicht weit damit.
wer heut revolutionäre arbeit macht, als militante
r sozialist oder kommunist kämpft, muß damit rech-
nen oder später in die klauen des herrschenden jus
tizapparates zu kommen und somit auch im knast zu
landen. man braucht nur mal ein verbotenes flugbla
tt zu verteilen, mord durch die polizei mord zu ne
nnen, als student gegen reaktionäre professoren vo
rgehen, oder wie wirs erlebt haben bei christoph
und peter sich gegen faschisten wehren, an einer
verbotenen demontration teil zu nehmen, um strafve
rfahren oder evebtuell knast an den hals zu kriege
n. wir dürfen den knast also nicht zu einem tabu
machen, sondern müssen ihn als einen wichtigen tei
l dieser gesellschaft begreifen. vor ihm darf unse
re arbeit nicht halt machen.
die auseinandersetzung mit den genossen im knast
sehen wir nicht als spezialistenaufgabe an, auch n
icht als privileg oder monopol der roten hilfen un
d knastgruppen. wenn knastarbeit erfolg haben soll
,dann müssen viel mehr leute sie machen, dann muß
eine verbindung zwischen knastarbeit und der arbeit
in anderen gesellschaftlichen bereichen geschaffen
werden. wenn man weiß, daß bestimmte lebens und ar-
beitsbedingungen kriminalität produzieren, daß die
späteren gefangenen meistens schon im jugendalter
sozial auffällig geworden sind, daß sie zu 60% in
heimen oder ähnlichen einrichtungen gefangen gehalt
en worden sind, dürfte klar sein, daß die genossen
-innen, die als sozialarbeiter, sozialpädagogen od
er erzieher tätig sind, mit dem knast und der krim
inalität sich befassen müssen.sie kommen, wenn sie
proletarischen vierteln arbeiten, täglich mit enem
aligen oder zukünftigen gefangenen in berührung.
arbeit in gesellschaftlichen bereichen, die krimi
nelle produzieren, kann ansatzweise dazu beitragen
protest und widerstand in form von bewußtem, orga
nisiertem klassenkampf. denn man kann nicht warten
,bis die betroffenen im knast gelandet sind, und
dann sozusagen betreuungsarbeit zu leisten, sondern
ziel einer linken politik muß es auch sein, dafür
zu sorgen, daß möglichst wenige im knast landen.
dieser punkt allerdings ist bisher so gut wie nich
t beachtet worden.

in dieser hinsicht sind auch jugendzentren wichtig
iort haben viele jugendliche selber erfahrungen mi
t dem knast, sei es persönlich oder durch freunde
die drinsitzen. betriebs und stadtteilgruppen sind
wichtig im hinblick auf die entlassenen gefangenen
.sie müssen genau wie wir irgendwo unter beschisse
nenverhältnissen leben und unter ebenfalls beschis
senen bedingungen arbeiten. eine integration in be
stehende gruppen kann helfen, diese verhältnisse b
esser zu ertragen und zu kämpfen.
letzendlich ist unser ziel die abschaffung der int
errückungsinstitution gefängnis, die ein, wie wir
festgestellt haben,notwendiger bestandteil dieses
gesellschaftssystems ist. wir sind allerdings der
meinung, daß die abschaffung der gefängnisse, psy-
chiatrische anstalten usw. nicht fordern können, s
ie können wir nur erkämpfen.
die abschaffung des knastes wird erst die revoluti
on, d.h. die zerschlagung, vernichtung, zerstörung
des kapitalistischen staatsapparates selbst bringe
n.für uns heißt das, der kampf gegen den knast ist
teil des klassenkampfes! teil des kampfes aller au
sgebeuteten und unterdrückten für ihre freiheit.
ein wesentlicher bestandteil des kampfes gegen die
mörderischen haftbedingungen, ist die schaffung eine
r gegenöffentlichkeit. sie ist eine wichtige waffe
gegen die justiz und den repressionen. die justiz
kann ihren terror im knast umso schwerer durchfühi
en je weniger verborgen sie ihn halten kann. z.b.
werden im knast laufend gefangene von rollkomandos
brutal zusammengeschlagen, im letzten jahr gab es
allein in moabit 13 selbstmordete. darüber wird n
atürlich in der bürgerlichen presse nichts geschri
eben, denn das würde den märchen über den humanen
strafvollzug allzusehr den boden entziehen. auch d

FLUGBLATTVERTEILUNG VOR M GERICHT

rh

er staatsschutzapparat lebt davon seine arbeit und
seinemethoden im dunklen zu halten. dies aufzudec-
ken, z.b. die versuche des verfassungsschutzes, ge
nossen als agenten zu gewinnen, kann andere davor
bewahren auf die machenschaften dieses apparatex here
in zu fallen. unsere öffentlichkeitsarbeit hat bis
anfang dieses jahres mehr oder weniger nur in arti
keln im info-bug und herausgaben von broschüren be
standen. mit der veranstaltung am 25.1.77 zum vor-
verurteilungsprozeß gegen die bewegung 2.6. haben
wir angefangen noch stärker unsere arbeit in die ö
ffentlichkeit zu tragen, denn unsere solidaritäts-
arbeit allein reicht nicht ,sie lebt davon. daß si
e von vielen mitgetragen wird. wie wichtig das ist
und wie gefährlich für die herrschend n haben ihre
reaktionen gezeigt. seit dieser veranstaltung lauf
t eine kriminalisierungswelle(kampange) vor allem
in dem springer blatt "die welt" die uns systemati
sch in die terroristenecke drängen wollen. so war
im märz in der welt zu lesen, daß die rote hilfe
die verantwortung für den bombenanschlag auf den v
orsitzenden der frankfurter rechtsanwaltskammer üb
ernommen hatte. nach der verbotenen veranstaltung
am 18.april1 wurden die veranstalter u.a. auch wir
als initiatoren terroristischer gewalttaten bezeic
hnet. das sind nur die dicksten hammer da sind noc
hmehr sachen gelaufen, die wir jetzt aber nicht alle
aufzählen wollen. wir werden uns dadurch nicht ein
schüchtern lassen sondern unsere arbeit offensiv v
erteidigen und weitermachen. gerade angesichts der
terroristennetze und der zunehmende versuche die g
enossen im knast und die draußen verfolgen als die
letzten unmenschen und blutrünstige killer hinzust
ellen, um damit von den unmenschlichen haftbedingun
gen abzulenken und ein klima zu schaffen wo gar di
rekt liquidierungen gerechtfertigt werden sollen,
ist eine verstärkte solidaritätsarbeit wichtig.

Presseinformation 25.5 1977

Am Samstagmorgen, 21. Mai 1977, wurden die Unter-
suchungsgefangenen Fritzsch, Klöpper, Meyer, Reinder
Teufel und Vogel, denen u.a. die Entführung des Ber-
liner CDU-Vorsitzenden Peter Lorenz vorgeworfen wird
sowie die Untersuchungsgefangenen Eberhard Dreher,
Norbert Kröcher und Manfred Adomeit gegen 7.45 Uhr
zu einer sogenannten Wahlgegenüberstellung in das
Polizeipräsidium am Tempelhofer Damm verbracht. Vor
der Gegenüberstellung wurde bei Reinders, Vogel,
Teufel und Fritzsch zwangsweise die Haar- bzw. Bart-
tracht verändert. Teufel wurde zwangsweise umgezogen

Die Gegenüberstellung wurde im Polizeipräsidium so
durchgeführt, daß jeweils zwei bzw. drei Gefangene

und fünf bzw. vier sog. Füllpersonen vor einem venezianischen Spiegel standen. Hinter jeder Person standen mehrere Staatsschutzbeamte (Mitglieder des Sondereinsatzkommandos - SEK). Diese Beamten hatten die Gefangenen an Knebelketten. Die Gefangenen, die während der Gegenüberstellung ihr Gesicht verzogen, die Augen schlossen oder ihren Kopf senkten, wurden von den SEK-Beamten mit Schlägen und Tritten in die Nieren und mit Schlägen an den Kopf bedacht. Zudem zogen die SEK-Beamten die Knebelketten an. Dies geschah mit dem Hinweis, die Gefangenen sollten es unterlassen, ihr Gesicht zu verziehen, die Augen zu schließen oder den Kopf zu senken.

Die Gefangenen mußten am Samstag vier- bzw. sechs Durchgänge dieser Gegenüberstellung überstehen. Ein Durchgang dauerte ca. 20 Minuten bis eine halbe Stunde. Bei jedem Versuch von Gefangenen, das Gesicht zu verziehen, die Augen zu schließen oder den Kopf zu senken wurden die Knebelketten in brutaler Weise angezogen. Drei Gefangene wurden hierbei erheblich verletzt. Durch den Druck der Knebelkette platzte die Haut bei Ralf Reinders in Richtung Ellenbogen auf, die Knebelkette selbst verursachte blutige Verletzungen, das Blut trat aus den Fingern. Ebenfalls blutige Verletzungen erlitt Andreas Vogel. Ronald Fritzsch wurde an beiden Handgelenken erheblich verletzt. Diese drei Gefangenen wurden am Abend in der Untersuchungshaftanstalt Moabit ärztlich behandelt. Es wurden ihnen Verbände angelegt.

Die Gegenüberstellungsaktion wurde am Sonntag, 22. Mai vorgesetzt. Es wurde mit denselben Methoden gegen die Gefangenen vorgegangen. Die Knebelketten wurden teilweise über den Verbänden an denselben Stellen angelegt, die schon am Vortage verletzt worden waren. Die Knebelketten wurden erneut in brutaler Weise zugezogen, wenn Gefangene sich nicht so verhielten, wie die SEK-Beamten es wünschten.

Die Verteidigung von Fritz Teufel hat am Morgen des 24. Mai 1977 Strafanzeige gegen die beteiligten Beamten wegen dieses Vorfalles erstattet. Es wurde gefordert, sofort einen Gerichtsmediziner zur Begutachtung der Verletzungen und der Ursachen für die Verletzungen zuzulassen, um Beweise zu sichern. Diesem Verlangen ist bisher nicht nachgekommen worden, obwohl man weiß, daß Verletzungsspuren sich sehr schnell verändern können.

Bei der gesamten Aktion am Samstag und am Sonntag war ein Vertreter der Bundesanwaltschaft, Herr Staatsanwalt Dörfler, anwesend. Die Verteidigung wird gegen diesen Staatsanwalt ebenfalls Strafanzeige erstatten.

Die Forderung, sofort einen Gerichtsmediziner zu den Gefangenen zu lassen, damit er ein Gutachten erstellen kann, um die Beweise zu sichern, wird hier öffentlich wiederholt.

Die Verteidiger sind der Ansicht, daß dieser Vorfall einer rückhaltlosen Aufklärung bedarf.

Der Bundesrichter Kuhn leitete heute eine Haftprüfungsverhandlung gegen Fritz Teufel. Hier wurde vom Vertreter der Bundesanwaltschaft mitgeteilt, die Ermittlungen stünden kurz vor dem Abschluß. Dieselbe Mitteilung wurde jedoch schon Anfang dieses Jahres gemacht. Die Verteidigung stellte wegen der vermuteten Verzögerung des Verfahrens an die Bundesanwaltschaft vier Fragen, die in einer dienstlichen Erklärung des federführenden Bundesanwaltes beantwortet werden sollen:

1. Warum hat sich bei der Durcharbeitung der Ermittlungsakten durch die Bundesanwaltschaft die Notwendigkeit neuer Ermittlungen ergeben?

Waren neue Ermittlungen erforderlich, weil die Ermittlungstätigkeit der Staatsanwaltschaft bei dem Landgericht Berlin Mängel aufwies?

Staatsanwälte ermitteln wegen Betrugsverdachts gegen Neubauer

DIE WELT 25.5.77

Piratensender übertönte Nachrichten

GENF: Die Schweizer Polizei fahndet nach einem Piratensender, der die Nachrichtensendung im Fernsehen 15 Minuten lang übertönte. Eine Frauenstimme kritisierte die Behandlung von Häftlingen in kapitalistischen Ländern. Im Hintergrund hörte man Schießgeräusche.

Die Staatsanwaltschaft hat gegen den früheren Innensenator und Weddinger Abgeordneten Kurt Neubauer (SPD) ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts des versuchten Betruges eingeleitet.

Hintergrund ist die durch Recherchen der WELT aufgedeckte Tatsache, daß Neubauer es als Aufsichtsratsmitglied der Berliner Bank versäumte, seit 1972 seine Aufsichtsratstantiemen (53 500 Mark) abzuführen.

Ein Sprecher der Justizverwaltung teilte gestern dpa mit, „von privater Seite" sei eine Reihe von Strafanzeigen gegen Neubauer gestellt worden. Dieses Thema spielte auch in der „Fragestunde" des „Tages der offenen Tür" am Mittwoch im Abgeordnetenhaus eine Rolle. Neubauer trat wegen dieser Affäre am 28. April 1977 auf Druck der FDP zurück, die dadurch wesentlich auch den Sturz des Regierenden Bürgermeisters Schütz herbeiführte.

Die Ermittlungen der Staatsanwälte erstrecken sich nicht nur auf Neubauer, sondern auch auf andere Bedienstete der Verwaltung, die offenbar auf das Versäumnis nicht rechtzeitig aufmerksam machten.

So wurden Neubauers Personalakten als Senator bei der Senatskanzlei geführt. Das Fehlen der notwendigen Haushaltsstelle für das Abführen der Tantiemen hätte längst der Finanzverwaltung auffallen müssen. Auch im eigenen Hause der Innenverwaltung blieb Neubauers Unterlassung jahrelang unbemerkt. Die Untersuchungen gegen Neubauer waren der Parlamentsverwaltung angekündigt worden.

L. R./dpa

2. Wann sind 90 Gutachten, die von der Bundesanwaltschaft in einer Stellungnahme zur Frage der Haftfortdauer erwähnt worden sind, eingegangen?

3. Warum wurde ein angeblicher Tatzeuge betreffend die Entführung des Berliner CDU-Vorsitzenden Lorenz den Beschuldigten erst am 28. Januar 1977 gegenübergestellt?

4. Warum fand eine Gegenüberstellung mit - dem Vernehmen nach - 140 Zeugen erst am 21./22. Mai 1977 statt?

Warum war dies nicht früher möglich?

Die Verteidigung ist der Ansicht, daß das Hauptverfahren erst dann durchgeführt werden soll, wenn das Urteil gegen Siepert und Doemeland rechtskräftig ist, damit es in der Hauptverhandlung gegen die angeblichen Haupttäter zum Beweis dafür verlesen werden kann, daß eine kriminelle Vereinigung Bewegung 2. Juni existiert hat.

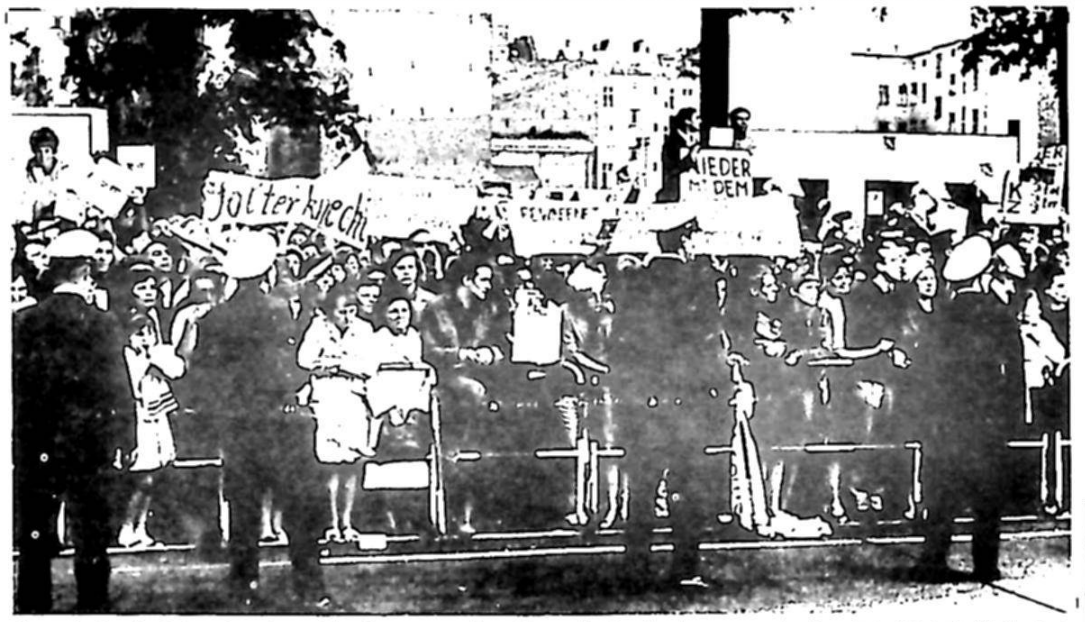
Der Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofes Kuhn gab wegen der isolierenden Haftbedingungen der Gefangenen heute bekannt, daß er der Ansicht sei, die Gefangenen sollten mit weiteren Gefangenen in einem sog. Hochsicherheitsbereich der Untersuchungshaftanstalt Moabit (sog. Turm) zusammengelegt werden. Zu der Möglichkeit gemeinsamer Freistunde sollte die Möglichkeit von Umschluß geschaffen werden.

Rechtsanwalt

2. Juni 1967

7

Das ist die Notstandspolitik in Aktion!



Tausende demokratisch gesinnte junge Menschen versammelten sich am Freitagabend, um gegen den Besuch des Schahs in Westberlin zu protestieren. Die Mißfallenskundgebungen, bei denen Freiheit für das iranische Volk gefordert wurde, waren für die Polizei ein offenbar willkommener Anlaß ...

Wehrlose Bürger wurden festgenommen und im „Polizeigriff" abgeschleppt. Das Gesicht des Mädchens zeigt den Schmerz, der ihr zugefügt wird

... knüppelschwingend und mit äußerster Brutalität wahllos gegen die Demonstranten vorzugehen. Hier ein schwerverletztes junges Mädchen

Wer waren vor der Oper die Schläger?

Mit Transparenten standen junge Menschen hinter den Gittern, die die Polizei an der Deutschen Oper aufgestellt hatte. Die Demonstranten waren gekommen, um von ihrem verfassungsmäßig verbrieften Recht der freien Meinungsäußerung Gebrauch zu machen.

Die Polizei war es, die aus dieser Demonstration ein Blutbad machte. Ihre Attacken mit Gummiknüppeln, Faustlieben, Fußtritten und schließlich Pistolenschüssen machten den Ort der Demonstration zu einer Stätte des Schreckens.

Diese Bilddokumente klagen an. Sie zeigen, wer die Schläger und Randalierer waren.

Einzelne Demonstranten wurden nach Augenzeugenberichten von „Greiftrupps" der Polizei aus der Menschenmenge herausgeschleppt und dann in brutalster Form mißhandelt. Gabriele Kuby, die Tochter des Schriftstellers Erich Kuby, beispielsweise sah diese Vorfälle mit eigenen Augen. Die Feststellung der Schuldigen wurde ihr unmöglich gemacht, da sich die Polizisten weigerten, ihre Dienstkarten auszuhändigen.

Herr Herbert K. aus Spandau berichtet aus eigenem Erleben, daß auf der Polizeidienststelle in der Keithstraße zusammengeschlagene Studenten eingeliefert wurden, die nicht mehr in der Lage waren, zu sitzen. Der Journalist Walter Barthel beobachtete, wie mehrere Polizisten einen schon am Boden liegenden Demonstranten mit Fußtritten gegen den Kopf traktierten.

Das alles spricht eine deutliche Sprache und widerlegt eindeutig die Zweckbehauptungen von Polizei und bürgerlicher Presse, die den Demonstranten die Schuld in die Schuhe schieben wollen.

Zusammengeschlagene Menschen – an Händen und Füßen ergriffen und wie Vieh von uniformierten Schlägern über die Straße geschleift. Dokumente der Schande für unsere Stadt.

Die Wut der Notstandsschergen machte auch vor Journalisten nicht halt, die das Wüten der Uniformierten im Bilde festgehalten hatten. Die Bilder zeigen eine bedenkliche Parallele zu faschistischen Ausschreitungen

Bewegung 2.Juni

Unser Mann in Berlin

Peter Lorenz

Jeder kennt ihn in dieser Stadt. Jeder weiß, was er von ihm zu halten hat: Ein Mann, dem man vertrauen kann. Nicht große Worte machen es, sondern die Fähigkeit, für unser Berlin entschlossene Politik zu treiben.

Peter Lorenz, der *die Bewegung 2.Juni* zur stärksten politischen Kraft führte, setzt der verschlissenen SPD eine tatkräftige unverbrauchte Mannschaft gegenüber. Nur *der 2.6.* kann bewirken, daß wir wieder auf unsere Stadt stolz sein können.

Aus Liebe zu Berlin:

Bewegung 2.Juni

Herausgeber: Anna Karies 5.77

Sommeruniversität

Vom 3. bis 8. Oktober 1977 ist wieder eine Sommeruniversität für Frauen an der FU geplant. Schwerpunktthema diesmal: „Frauen als bezahlte und unbezahlte Arbeitskräfte". Alle Frauen, die ein Referat oder eine vorbereitete Arbeitsgruppe machen wollen, werden gebeten, bis zum 13. Juni 1977 eine kurze Zusammenfassung ihres Beitrages und ihre Voranmeldung an Hanna Zidella, Kantstraße 125, 1 Berlin 12, zu senden. Darin sollen Thema, Beitragsform (Referat oder Arbeitsgruppe), Problemstellung und Herangehensweise (empirische Untersuchung, praktisch-politischer Erfahrungsbericht, theoretische Auseinandersetzung, literarische Verarbeitung usw.) und die wesentlichen Ergebnisse skizziert werden. Diese Zusammenfassung sollte nicht mehr als 2 getippte Seiten umfassen, damit sie ins Programmheft aufgenommen werden kann. FU-info

Vermischtes:

Abb. 1. Aussehen der Sonnenkorona bei der totalen Sonnenfinsternis am 1. Januar 1887. Nach einer photographischen Aufnahme.

ZWANGSVERLEGUNGEN IN JVA STAMMHEIM

am mittwoch den 25.5. traten sabine schmitz und verena becker in einen unbefristeten hunge4streik.sabine wurde von stammheim in die jva aichach zwangsverlegt während bei verena ein antrag auf zwangsverlegung nach berlin--moabit gestellt wurde.beide wollen in dem hungerstreik ihren protest gegen die erfolgte bzw. angedrohte zwangsverlegung ausdrücken.beide fordern weiterhin dass sie mit andreas baader jan raspe, gudrun ensslin, ingrid schubert, und irmgard möller zusammen in den 7.stock in stuttgart-stammheim verlegt werden.

Obdachlose freigesprochen!

Wie im letzten Info leider nur sehr schlecht zu lesen war, wurde am vorletzten Mittwoch eine Obdachlose, die von einem von der RZ gefälschten Lebensmittelgutschein Gebrauch gemacht hatte (Aktion zu Ostern 76), freigesprochen. Sie war vom selben Richter R. bereits rechtskräftig verurteilt gewesen, da sie gegen einen Strafbefehl nicht rechtzeitig Einspruch erhoben hatte. Jedoch hatte ein Wiedereinsetzungsgesuch Erfolg, das mit ihrer aus ihrer objektiven Lage resultierenden Unfähigkeit, sich 'rechtskundig' zu verhalten, begründet war.
Jetzt wurde sie in der Hauptverhandlung durch Richter R., dessen Auto wegen des ersten Urteils kürzlich 'flambiert' worden war, vom Vorwurf des Betruges und der Urkundenfälschung freigesprochen, da ihr trotz erheblichen Bemühungen des Gerichts nicht nachzuweisen war, daß sie die Fälschung hatte erkennen müssen.

Gedicht zum Artikel im letzten Info

im letzten info steht ein monti-brief zur guerilla(dort,wahrscheinlich mit irgendeinem zutreffenden grund "guerillie" genannt), der mich erst wütend, dann traurig gemacht hat...typ,was hast Du fürn schweinisches bild in Dein hirn geblasen bekommen, daß Du die genossen so mistust?
mir fiel dabei als antwort ein gedicht ein, das ich mal vor'n paar wochen gemacht hab-leg Dir mal an und nimm mich/Dich bitte ernst...

für monika und andreas

monika,ich traf Dich heute im gericht
und sah zuerst Dein freundliches gesicht
voll wärme,angst und mut und klugheit-
befangen noch in Deiner zeit
da ich Dich nur als fahndungsfratze kannte
mit lust an mord,mit kaltem herz
erfuhr ich tiefen schmerz
und scham-denn Du bist anders
ganz anders als das bild
das bullen in mir schufen.

ich denke an andreas jetzt
wie hat man mir den typ verhetzt
Du, ich hab Dich nie gesehn
und"wusste"doch so viel von Dir
und Deinem mackertum und Deiner gier
nach macht und kaviar...
wer lehrte mich dies bild?
die schweine,die mir sonst
nicht eine wahrheit sagen-
doch diesen lügen glaubt'ich gern
aus dummheit und aus angst

ich werde Ihnen nichts mehr glauben-
kann sein, Du irrst-
doch das als typ, andreas. u.

Werdet wild und tut schöne Sachen!!

Am 2.Juni jährt sich zum zehnten Male der feige Bullenmord an Benno Ohnesorg. Seitdem sind zehn Jahre ins Land gegangen,zehn Jahre,die gepflastert sind mit ermordeten Genossen (Georg,Tommi,Petra,..olger,..iggi,Ulrike usw.)In diesen zehn Jahren ist der staatliche Terrorapparat planmäßig zur Bürgerkriegsmaschinerie ausgebaut worden,wurden faschistische Gesetze erlassen,die Isolationsfolter im Knast eingeführt worden usw. Unsere Aufgabe in den nächsten zehn Jahren wird es sein,den staatlichen Terror mit verschärfter Gegenwehr zu beantworten und nicht mit Opportunismus und Resignation,wie manche Leute zu glauben meinen. Am 2.Juni 1967 begann die Geschichte der Studentenrevolte,unsere Geschichte. Wir sollten den 2.Juni nicht mit einem linken Fronleichnamszug,sondern mit angemessenen Aktionen begehen. Am 2.Juni müssen wir unsere Wut auf dieses entmenschte Scheißsystem deutlich sichtbar für alle auf die Straße tragen! Wir müssen wieder verstärkt militante Gegenwehr üben!
ERÖBERN WIR UNS DIE STRASSE ZURÜCK!!
DER 2.JUNI MUß EIN KAMPFTAG WERDEN!!
HABT MUT ZU KÄMPFEN,HABT MUT ZU SIEGEN!

gez.Theobald Terror

So ein Aufrührer

GROSSES TAN-TAM IM TIERGARTEN !!!

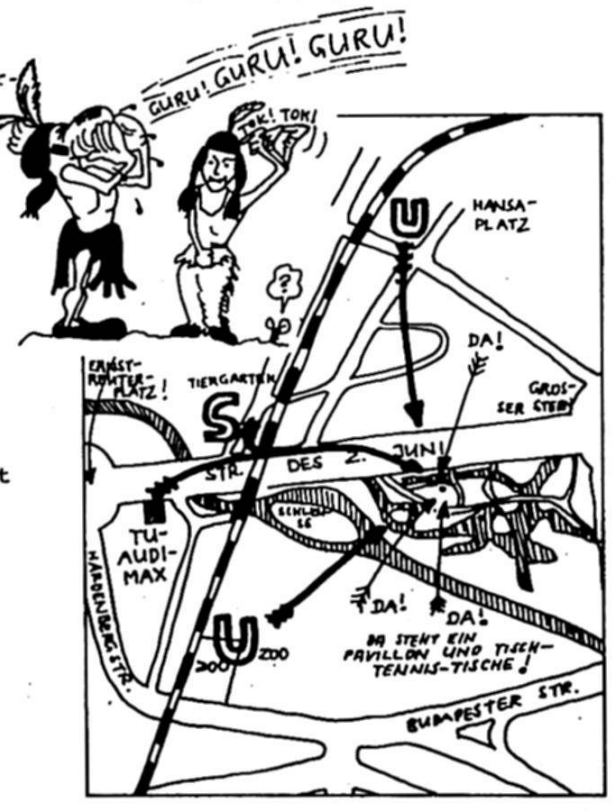
UNA FESTA SUI PRATI !

Auf Anregung der Moabiter Sechserbande haben wir ein Fest in den 2. Juni organisiert. Wir beginnen mit dem Fest erst um 21 Uhr, weil ab 18 Uhr in der TU ein Teach-in mit den italienischen Stadtindianern stattfindet. Wir und die italienischen Genossen selbst wollen es diesmal nicht bei einer Veranstaltung im geschlossenen Raum belassen.

Es ist wichtig, daß ihr selbst was zu trinken mitbringt, weil wir Toilettenwagen mieten müssten, wenn wir selbst Getränke verkaufen würden. (Ein Indianer pisst selten allein ...)

Bringt alle Musikinstrumente mit, damit es nicht ein Fest für uns, sondern ein Fest von uns wird. (Auch Tröten, Bongos, Topfkochdeckel klingen toll!)

Mittwoch ist Vollmond. Um aber auch unsere eigenen Feuer zum Brennen zu bringen, brauchen wir Holz. (Die paar mickerigen Bäume im Tiergarten sind TABU !!! (Manitou)). Wenn jeder von euch auch nur ein Brett mitbringt (Bücherbretter, Besenstiele, Anmachholz aus dem letzten Winter, ...), werden wir den 2. Juni feurig und warm beginnen.



Es sind dabei: Tommy, ich, Walter Mossmann, Tingel-Tangel, Los Tros Tornados, Rolling Stones, du übrigens auch, Madame Trudeaux, Klaus der Fiedler, Kölner Stadtmusikanten, eine Wohngemeinschaft aus Kreuzberg, das Mobile Einsatzorchester und einige Überraschungen ...

P.S.: (Latest Edition): Pfarrer Heinrich Albertz spricht um 24 Uhr das Wort zum Donnerstag, den 2. Juni 1977.

(Wir danken insbesondere den Berliner Spontis, die für diese Veranstaltung die Schirmherrschaft übernommen haben.)

PACKEN WIR'S AN,
ES GIBT NOCH VIEL ZU TUN !

F. Reudenfest

Italien: Der KPI "friedlicher Weg" zum Sozialismus

oder Winterreise gegen Frühlingserwachen

Anläßlich der am 1.Juni um 18^{00}Uhr im Audi Max der TU stattfindenden Veranstaltung zur Situation in Italien "Der sichtbare Aufstand" beginnen wir hiermit eine Artikel-Serie über den Eurokommunismus und die Rolle der KPs in den einzelnen Ländern.

Schwere Straßenschlachten tobten vor zwei Wochen in ganz Italien. In den großen Städten, wie Rom Mailand und Neapel wurden demonstrierende Jugendliche vom Gewehrfeuer einer Polizei empfangen, die die kommunistische Stadtverwaltung aufgeboten hat.
Hinter den Aktionen der Jugendlichen steht die ungeheure soziale Sprengkraft, die sich in den Armenvierteln und weiten Teilen der studentischen und der Arbeiterjugend angestaut hat:
65 Prozent der Arbeitslosen sind Jugendliche, Mehr als die Hälfte aller Studenten haben keine Aussicht, jemals einen Arbeitsplatz zu bekommen.
Die ohnehin schon miserable Lage ist durch das jüngste Sparprogramm noch enorm verschärft worden.
Die KPI benutzt ~~XXXXXXXXXXXXXX~~ putschistische Elemente und bewaffnete Provokateure, um die ganze Bewegung als "reaktionär" und sogar "faschistisch" zu denunzieren.
Berlinguers Kommunistische Partei ist jetzt die Hauptstütze der reaktionären Andreotti-Cossiga-Regierung, die sich nur mit Hilfe der KPI noch halten kann und sich immer mehr auf eine Diktatur zubewegt.
Sogar die Sozialistische Partei kritisierte die Polizeieinsätze. Die KPI jedoch, die auch die Stadt Rom regiert, fordert eine Stärkung von Polizei, Armee und Staatsgewalt.
Das ist der Eurokommunismus in der Praxis.
Jener "Kommunismus" ,der von sich behauptet, den Stalinismus überwunden zu haben und eine Alternative zur Moskauer Bürokratie zu bieten.
Jener "Kommunismus", der der Arbeiterklasse erklärt, daß es einen friedlichen, parlamentarischen Weg zum Sozialismus gebe.
Die große Mehrheit der italienischen Arbeiterklasse steht heute hinter der KPI und erwartet von ihr den Sozialismus; das zeigen die erhobenen Fäuste und der Applaus, der jedem der spärlichen Hinweise Berlinguers auf eine sozialistische Veränderung folgte.
Das Überwechseln von 3,5 Mio. Wählern zur KPI seit 1972 wiederspiegelt die Tiefe der Wirtschaftskrise in Italien und den völligen Bankrott der korrupten, abgewirtschafteten Regierungen.
Vor allem in den großen Städten gewann die KPI hunderttausende von neuen Wählern. In Florenz waren es über 50 %, in Neapel, einem ehemaligen Zentrum der Faschisten 40 % und in Rom, das früher als Zentrum der Rechten galt, gewann die KPI viele Stimmen.
Doch anstatt die Arbeiter und andere Bevölkerungsschichten für ein sozialistisches Programm zu mobilisieren und durch Klassenaktionen der bürgerlichen Herrschaft ein Ende zu bereiten, fesselt die KPI die Arbeiterklasse an Illusionen in den Parlamentarismus und versteht sich als Garant der bürgerlichen Ordnung. Führende KP-Funktionäre erklären, daß eine Notstandsregierung, bestehend aus allen Parteien, gebildet werden soll, die so lange an der Macht bleiben muß, bis die "wichtigsten wirtschaftlichen Schwierigkeiten" gelöst sind.
In wirklichkeit diktieren die internationalen Banken die italienische Wirtschaftspolitik.
Die von den Banken geforderten Maßnahmen zur Vergabe von Krediten(massive Senkung des Lebensstandarts der Arbeiterklasse,Drosselung der Konsumgüterimporte und Massenentlassungen)können nur von einem diktatorischen Regieme gegen die Arbeiterklasse durchgesetzt werden.
Genau diese Aufgabe soll die von der KPI angestrebte Notstandsregierung haben.
In der Provinz Emilia, wo die KPI seit zwanzig Jahren an der Macht ist, bot sie den bürgerlichen Parteien eine Allparteienregierung an, diesmal unter Einschluß der Faschisten.

"Der Ausschluß der Faschisten war ein großer Irrtum", erklärte der regionale KP-Vorsitzende Carvina."Ein Einschluß der Faschisten ist notwendig,um eine wirkliche Übereinstimmung des Volkes zu erreichen."
In Sezze war ein kommunistischer Jugendlicher ermordet worden. Die engen Verbindungen der Faschisten zu den rechten Terrorbanden und ihre Verwicklung in Putschkomplotte sind bekannt.

Die KPI geht heute in ihrer Unterstützung der nationalen Bourgeoisie weiter als die SPD in der Weimarer Republik. Hätte die SPD die Brüning-Regierung noch von außen unterstützt, so fordert heute die KPI, selbst die Hauptrolle darin zu spielen.
Diese völlige Unterordnung unter die Interessen der nationalen Bourgeoisie führt die KPI gleichzeitig zur Ablehnung der letzten Überreste des Internationalismus.
In der bürgerlichen Zeitung'Corriere della Sera' erklärte Berlinguer:"Die Nato könnte ein nützlicher Schild sein, um den Aufbau einer freien sozialistischen Gesellschaft zu beschützen."
Die beiden KPI-Abgeordneten Pecchioli und Boldrini im Verteidigungsausschuß der Westeuropäischen Union stimmten beide für eine Verbesserung der Nato-Ausrüstung,und für Aufrüstung dieses imperialistischen Militärbündnisses.
Mit dieser Verteidigung der Nato, dem Hauptinstrument des Imperialismus gegen die Sowjetunion, bereitet die KPI ihre Unterstützung eines imperialistischen Krieges gegen die entarteten Arbeiterstaaten vor.
Als die SPD 1914 ihren historischen Verrat beging und beschloß, die eigene Bourgeoisie im imperialistischen Ersten Weltkrieg zu unterstützen, stand sie unmittelbar unter dem Eindruck des ausgebrochenen Krieges; was die Eurokommunisten heute nach rechts treibt, ist einzig und allein die Angst vor der wachsenden Mobilisierung der Arbeiter
Die 12,6 Arbeiter,die für die KPI gestimmt hatten werden Berlinguer und seine Partei in die größten Schwierigkeiten bringen, wenn sie von ihm fordern werden, daß er gegen die Arbeitslosigkeit, die Inflation und den Zusammenbruch der sozialen Einrichtungen vorgehen soll.
Die Eurokommunisten haben nicht gebrochen mit dem Stalinismus, sie sind im Gegenteil seine wahren Erben.

Kein weiteres Kraftwerk in Berlin

BÜRGERINITIATIVE
KRAFTWERK
OBERHAVEL/OBERJÄGERWEG

Die Bürgerinitiative Kraftwerk Oberhavel/Oberjägerweg/Kein weiteres Kraftwerk in Berlin steht heute vor der dringenden Frage ihrer Weiterarbeits-Ansätze ,-Methoden ihrer Agitation und -Perspektive.
Der hier vorliegende Artikel will einen Anfang und Ansätze bieten,für eine offene Vorschlags-und Problem-Diskussion im INFO.

In den Städten muß Mensch Leben können!

Senat und Bewag halten unverändert an ihren Bedarfsprognosen und dem Energie-und Sparprogramm der Bundesregierung fest und planen weiterhin ein Großkraftwerk in Berlin, um den Industrieunternehmen zu noch "günstigeren Bedingungen" Strom liefern zu können und zum Segen der Konkurrenzfähigkeit und des Profits der Unternehmer Rationalisierungen, sprich Arbeitsplatzvernichtung zu ermöglichen.

Die Menschen brauchen jedoch Arbeits-und Erholungsmöglichkeiten!
Die privatwirtschaftlichen Interessen zerstören aber beides!!

Damit die Lebensqualität in Berlin nicht noch weiter vermindert wird, organisiert die Bürgerinitiative Oberhavel/Oberjägerweg/Kein weiteres Kraftwerk in Berlin den Widerstand gegen das Energie-und Sparprogramm des Senats.

Kein Kraftwerksbau sichert Arbeitsplätze!

Industrieansiedelungen bringen für die Bevölkerung ebensowenig wie ein Kraftwerksneubau einen Fortschritt, wenn ihr dadurch Lebens-und Freizeitraum, X Arbeitsplätze und Lebensstandart zerstört werden.
Darum fordern wir :
Umweltschutz und Arbeitsplatzverteidigung dürfen nicht länger gegeneinander ausgespielt werden !
IN STÄDTEN MUß MENSCH LEBEN KÖNNEN !
Berlin darf keine Großfabrik werden ! Keine weiteren Industrieansiedelungen in Berlin ! Kein weiteres Kraftwerk in Berlin !(Sie brauchen den Strom für Automaten, da können wir lange auf Arbeitsplätze warten !)
Keine Förderung der Unternehmer zu Lasten der Bevölkerung ! Keine Entlassungen und Arbeitshetze !
Sofortige Aufteilung der vorhandenen Arbeit auf alle und Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich !
Entschädigungslose Enteignung der Banken, Industrie- und Energieunternehmen!Produktion unter Arbeiterkontrolle !
Keine Kriminalisierung der Gegner des Energie-und Sparprogramms! Schluß mit allen Schikanen !

Wenn die Interessen der Unternehmer in Berlin mit Gewalt durchgesetzt werden sollen, dann muß die Bevölkerung Berlins ihre Interessen mit allen Mitteln aktiv verteidigen, dann muß auch in den Betrieben gestreikt werden,gegen die Vernichtung der Arbeitsplätze und gegen die Zerstörung unser aller Lebensgrundlagen und Erholungsmöglichkeiten !

Bei der Diskussion über Alternativen zum Energie- und Sparprogramm der Regierung geht es keineswegs um Konsumverzicht und gegen technischen Fortschritt. Ebensowenig um Standortwahl, Alternativenergien und Energieverbund schlechthin. All das rettet nicht die Lebensqualität, die Arbeitsplätze und den Lebensstandart !
Hier helfen auch nicht die Supermächte- und Dreiwelten-Theorien und die Sozialimperialismus/Sozialfaschismus-These von KBW und KPD weiter - im Gegenteil !
Es helfen auch nicht die Beschränkung auf "Basisarbeit", Proteste und Aktionen und nicht die "Durchsetzung" von Ideen durch Methoden der Anpassung an rückständiges Bewußtsein, faschistoiden Schlägermethoden oder mit diskriminierenden formalistisch-bürokratischen Manövern.

Nur mit einer klaren politischen Perspektive kommt der Kampf der Bürgerinitiative voran !
Es gibt keinen "unpolitischen" Umweltschutz !
Mobilisiert für sozialistische Maßnahmen !

Nur eine Planung der gesamten Wirtschaft, entsprechend den Interessen und Bedürfnissen aller Arbeitenden, wäre in der Lage, die Zukunft der Menschen zu sichern ! Das können die Arbeitenden jedoch nur selbst entscheiden ! Eine solche Planung beinhaltet die Erforschung lebensgerechter Energien und Produktionen.
Alle Konsumenten werden dann lernen, die Ressourcen der Erde sinnvoll zu nutzen !

VERTEIDIGT DEIN LEBEN - ARBEITE MIT IN DEN STADTTEILGRUPPEN DER INITIATIVE !

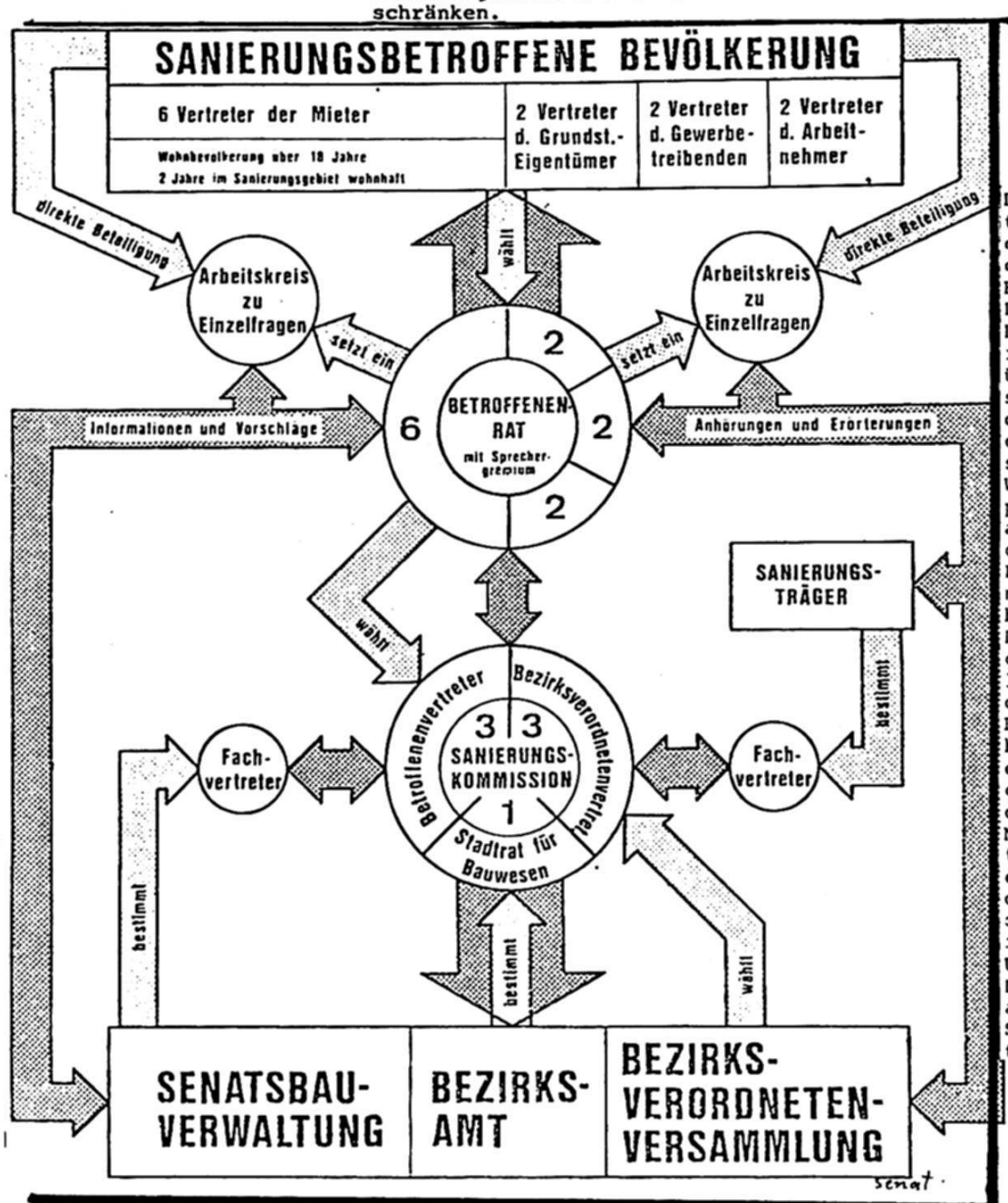
KONTAKTADRESSEN UND TERMINE :

Bezirk	Telefon
Wedding	Uschi 4527320
Tiergarten	Marion 3921252
Reinickendorf	Konrad 4954397
Charlottenburg	Egbert 2114273
Wilmersdorf	Ursel/Peter 8521551
Spandau I	[redacted] Jörg 3361448
Kreuzberg 36	Reiner 6147155
Kreuzberg 61	Peter [redacted] 6928459
Schöne berg	Friedrich 2615607
Steglitz	Lothar 8324271
Tempelhof	Klaus 7523375
Neukölln	Christian Rudolf 6232360

cia renoviert kreuzberg - ost

Seit Sommer letzten Jahres arbeitet eine Gruppe unter der Bezeichnung ICA (Institute of Cultural Affairs) in Kreuzberg-Ost. Dieser "gemeinnützige" Verein ist eine Unterabteilung des Ecumenical Institute und tarnt seine Aktivitäten als "Gemeinde Aufbau-Projekte" in Slumgebieten überall auf der Welt. Mit Hilfe modernster Managementtechniken wurde von diesen Leuten in Kreuzberg eine sozioökonomische Strukturanalyse angefertigt, die eine Hilf-, Hoffnungs- und Ratlosigkeit der Kreuzberger Bürger gegenüber Kriminalität, politischer Unsicherheit und Alltagskonflikten hervorhebt. Sie berufen sich auf eine in den Köpfen der Bewohner angeblich vorhandene Vision, die u.a. durch "freiwillige" Arbeitseinsätze Jugendlicher, Treppenhausrenovierungen durch die Hausbewohner für die notleidenden Hausbesitzer und auch durch Straßenpatroullen realisiert werden soll.
Der vorhandene Etat für 13 Realisierungsprogramme belief sich im Jahre 1976 auf 2,4 Mio. DM. Das ganze ist zunächst auf 4 Jahre geplant, hängt eng mit der Senatsplanung zusammen und übertrifft in finanziellen Möglichkeiten und Aktivitäten die Sanierungspläne und Gegenvorschläge à la "Strategien für Kreuzberg" bei weitem. ICA wird massiv durch Senat und Industrie sowie durch die Kirche unterstützt.
Weil wir uns hierzulande nicht vorstellen können, daß jemand 2,4 Mio. DM pro Jahr zu verschenken hat, sind wir der Ansicht, daß hinter diesen Sozial-Missionaren reines Profitinteresse steht. Um nicht plötzlich vor vollendeten Tatsachen zu stehen, schlagen wir vor, daß sich möglichst viele interessierte Leute bei uns melden. George o. Alex 6181865

Nachstehend gibt es eine Dokumentation über die Modelle des Senats und der Berliner Bürgerinitiativen zur Betroffenenbeteiligung bei Sanierungen. Diese Kontroverse ist nicht auf das Beschriebene zu Beschränken.



Grundsätze der Bürgerplanung von Bürgerinitiativen

1.) Die Planungen der öffentlichen Verwaltung für die Bürger müssen den Bedürfnissen der Bevölkerung entsprechen. Dies erfordert einen demokratischen Planungsprozeß, der von der Mehrheit der Bevölkerung getragen wird.

2.) Dies erfordert auch, daß die Planungsziele von den Betroffenen festgesetzt werden.

3.) Die Verwaltung hat in einem demokratischen Entscheidungsprozeß eine beratende Funktion den Betroffenen gegenüber, und sie gibt ihnen technische und Koordinierungshilfe.

I. Anlaß zur Bildung eines Planungsrates (PR)

1.) Der Senat (Bezirksamt) informiert alle Bürger, Bürgerinitiativen (BI), Gruppen, Organisationen und Institutionen des Zielgebietes über seine Planungsabsichten.

2.) Die Bürger müssen eine ausreichende Frist haben, die Bildung eines Planungsrates (PR) zu fordern. Wenn die Bürger die Bildung eines PR fordern, muß der Senat (Bezirksamt) dessen Wahl durchführen. Der Senat (Bezirksamt) kann auch dann zur Durchführung einer Wahl für den PR verpflichtet werden, wenn die Bürger von sich aus ein Planungsverfahren fordern.

3.) Der PR formuliert die Ziele der Planung.

4.) Der Senat (Bezirksamt) darf den Entscheidungen des PR mit planungsdurchführenden Maßnahmen nicht vorgreifen.

Wir lassen uns nicht VERSCHAUKELN

Die Diskussion über den Sinn von Bürger tiativen (BI's)ist am Anfang dieser Bew gung innerhalb der Linken sehr kontrover geführt worden.
Eine Seite sprach von Systemstabilisieren Die anderen von Basisdemokratie.
Durch die Praxis der fast gesamten Linken in den letzten Monatem, ist die Diskussion überholt, ob man solche Bewegungen unterstützen sollte-alle haben sich irgendwie dareingwhängt, als sie bemerkt haben, welche politische Kraft die BI's geworden sind.Machen die MLer diesen Schritt, um di Wiedersprüche zwischen "Lohnarbeit und Kapital" durch ihre Mitarbeit in den Initiativen aufzudecken, und ihre Parteisüppchen, ohne Rücksicht auf Verluste in der Bewegung zu kochen, so sollten die unorganiseirten Linken die Mitarbeit in BI's bewußter sehen.
Die in BI's ausgedrückte Stimmung der Bürger, selber zu bestimmen, was passieren s ll,mal konsequenter mal weniger, istfast direkt unsere politische Position.Das, wa Erfolge von BI's an Systemstabilisierung bewirken,(Na seht ihr, wir leben doch in einem Rechtsstaat), ist unwesentlich gegen das konkrete Erfahren des Prozesses der Selbstorganisation!
Nur eine Bevölkerung, die sich in konkreten Selbstbestimmungskämpfen Strukturen erarbeitet hat, die in einer nachrevolutionären Situation eine Selbstorganisation ohne große"Lernphasen" ermöglicht, kann in einer solchen Situation einer neuen Unterdrückung durch Parteikader begegneb!!
Der Erfolg einer Bürgerinitiative besteht auch darin, inwieweit die Strukturen der Selbstorganisation entwickelt werden konnten!
Unter diesem Gesichtspunkt ist auch zu betrachten, wenn BI's sich zu institutionalisieren beginnen.Es gibt schon die WUB in Zehlendorf, und wir müssen damit rechnen, Stellung beziehen zu müssen, wenn sich eine Umweltschutzgruppe an den kommenden Wahlen zum Abgeordnetenhaus beteiligt.
Auch der Senat sieht die Gefahr von unorganiseirten politisch aktiven Bürgern Nach bewähren Konzept der korrumpierung der Gewerkschaften setzen schon jetzt Versuche der Regierenden ein, auch die BI-Bewegung zu Institutionalisieren.
Ein Beispiel ist das"Spandauer Modell" der "Linken"SPD.Es ist im Schaubild dargestellt.Die Mieter sitzen mit 6 Vertretern im "Betroffenenrat", der 12 Mitglieder hat, Falls Sie doch mal sich gegen Gewerbetreibende und Hauseigentümer zusammen mit den Arbeitnehmern durchsetzen können, können sie in der Sanierungskommission immer durch die Mehrheit von Beziksamt und Stadtrat abgeblockt werden.Und überhaupt, auch diese für die regierende todtsichere Institution ist nur für Empfehlungen zuständig, um die sich in den Ämtern kein Mensch zu scheren braucht.
Für dieses Modell hatte dann die Bevölkerung auch entsprechend großes Interesse:Bei den Wahlen der Mietervertreter, waren nicht mal soviele Leute da, wie man gebraucht hätte, um die Pöstchen zu besetzen, trotzt hilfswilliger Presse, die die Kanidaten mit großem Rummel vorstellte.Nebenbei, es ist natürlich auch reiner Zufall, daß praktisch alle Mieter vertreten in der SPD sind,oder?

II. Der Planungsrat (PR)

1.) Wahl des Planungsrates
Der PR besteht aus 15 Mitgliedern
Gewählt wird der PR alle 2 Jahre in allgemeinen, unmittelbaren, freien, gleichen und geheimen Wahlen (GG Art. 38,1).
Die PR-Mitglieder sind jederzeit abwählbar.

2.) Wählbarkeit und Wahlrecht
Aktives und passives Wahlrecht hat jede Person über 18 Jahren, die im Zielgebiet wohnt, arbeitet, besitzt oder Grundstückseigentümer ist.

3.) Auch mittelbar Betroffene,
wie BIs, Jugendgruppen, Seniorenclubs usw, sind in den Planungsprozeß einzubeziehen, Sie wählen aus ihrem Kreis Vertreter und werden vom PR für zwei Jahre bestätigt. Sie sind aber jederzeit von der sie deligierenden Gruppe abwählbar. Sie haben im PR Rede-und Antragsrecht.

III. Rechte des PR (nach dem Holländischen Modell)

1.) Der PR bestimmt Gutachter.

2.) Auf Anforderung des PR haben öffentliche und private Stellen, alle die Planung betreffenden Unterlagen dem PR zur Verfügung zu stellen.

IV. Pflichten des PR

1.) Der PR tagt öffentlich mindestens alle drei Monate einmal und berichtet über seine Arbeit, Probleme und Erfolge.

2.) Die Arbeit des PR wird von Arbeitsgruppen unterstützt, in denen sowohl unmittelbar als auch mittelbar Betroffene mitarbeiten können.

3.) Die Tätigkeit ist für alle Mitglieder des PR ehrenamtlich. Die Kosten für die Arbeit des PR trägt der Senat.

V. Verbindlichkeit der Beschlüsse des PR

1.) Die Beschlüsse des PR über die Grundsätze der Planung sind für die Exekutive verbindlich.

2.) Wird ein Beschluß des PR vom Abgeordnetenhaus (Bezirksverorneter versammlung) mit 2/3 Mehrheit abgelehnt, muß über diesen im Zielgebiet ein Volksentscheid durchgeführt werden.

Als Berliner BI's sich iherseits Gedanken machten, wie, wenn überhaupt eine Beteiligung der Betroffenen in diesem Systen möglich sei, kamen sie auf Strukturen, die laut Presse "Stadtteilsowjets" waren. Der Entwurf einer Minimalforderung von BI's ist nebenstehend dokumentiert. Weil hier auch die Planungsziele von den Leuten selber bestimmt werden sollen, und vor allem, weil der Planungsrat zwar mit Einschränkungen aber immerhin, verbindliche Aufträge an die Verwaltung geben soll setzte eine Beispiellode Pressehetzteqegen die BI's ein. Es ist klar, daß die, die die Grenzen des Systems definieren, meinen eben diese seien hier überschritten, na denn-weiter so! Wir sollten die Diskussion solcher Kontroversen in den Stadtteilen einbeziehen in Strategien von künftiger Stadtteilarbeit. Sicherlich werden wir auch weiterhin auf Integrationstaktiken der Herrschenden bei den BI's antworten müssen, die Besetzung der Feuerwache ist dasselbe. Zeigen wir Ihnen, daß keiner irgendwas delegieren will, daßwir selber wissen was zu tun ist unser Kopft ist groß genug.

Es wäre schön, wenn mehr Mieterinitiativen und so was über ihre Arbeit berichten würden, auch wenn ihr Eure eigenen Zeitungen habt, für die Diskussion in der Undogmatischen Linken ist dieser Bereich sehr wichtig!

STIMME DES LESERS

Die BERLINER MORGENPOST veröffentlicht an dieser Stelle Stimmen von Lesern zu aktuellen Ereignissen. Heute eine Zuschrift zum Thema Mitsprache bei der Sanierung.

Bürgerbeteiligung

(Else Schmidt, Bln. 42)

Im Sanierungsgebiet Klausener Platz stand die Neue Heimat an der Wiege des Betroffenenrates, in der Spandauer Altstadt ist es die Bezirksverordnetenversammlung. In dieser institutionalisierten Form der Bürgerbeteiligung können sich die mit sechs Vertretern etwas unterrepräsentierten Mieter durch Anregungen, Empfehlungen, Rat- und Vorschläge so richtig betroffen fühlen, nur mitentscheiden dürfen sie nicht. Entscheidungen werden auch weiterhin im politisch-parlamentarischen Raum gefällt.

Ich habe das Gefühl, hier soll etwas geschaffen werden, was sich der Senat unter einer „legitimierten Bürgerinitiative" vorstellt. So bekommt man den spontanen Bürgerunwillen wieder in den Griff und hat sogar noch etwas zum Vorzeigen. Bevor die Sanierungsbetroffenen die ganze Hand fordern, gibt man ihnen doch lieber den kleinen Finger.

Ein Stück stärkerer Demokratisierung des Stadtplanungsprozesses, das mich betroffen macht!

STADTPLANUNG GEHT UNS WAS AN !

Das Märchen von der bürgernahen Verwaltung

Zum Wettbewerb:

die Situation in Kreuzberg 36 hat sich in den letzten Jahren dermaßen verschlechtert, daß der Senat gezwungen ist, etwas zu unternehmen. Zu einer Sanierung im alten Stil (Kahlschlag oder totale Modernisierung) fehlen die Mittel. Außerdem ist diese Form in letzter Zeit zu sehr in Verruf gekommen (mieten zu hoch, so daß die alten Bewohner raus müssen, andererseits Wohnungen leerstehen). Eine Sanierung wie am Kottbusser Tor hat sich auch nicht bewährt, die Mieter sind unzufrieden, das Parkhaus und die Läden stehen leer.
Einige Anregungen des Pfarrer Duntze hat der Senat aufgegriffen und sich entschlossen, einen völlig neuartigen Versuch zu unternehmen. In einem Wettbewerb "Strategien für Kreuzberg" werden alle aufgerufen, Ideen und Modelle zu entwickeln, wie hier in echter Zusammenarbeit mit der Bevölkerung Erneuerungen und Verbesserungen für Kreuzberg 36 geschaffen werden können.
Das ist ein bisher einzigartiger Versuch, zu einer Mitbestimmung bei Sanierung zu kommen, und deshalb hat dieser Wettbewerb überall größte Aufmerksamkeit erregt und wird zumindest von der Fachwelt genau verfolgt. Alle Blicke ruhen auf diesem Gebiet.
Nun soll aber genau in dieser Zeit die Feuerwache und das Pumpenhaus abgerissen werden. Dagegen hat die Bürgerinitiative mit einer besetzung der Feuerwache protestiert. Hier in der Feuerwache zeigte sich die gewünschte Bürgerbeteiligung, hier sind genug Leute, die Ideen haben und sie verwirklichen wollen.

Planung des Bezirksamts und Alternativen:

1. Die Sporthalle
An der Reichenberger Str. ist der Bau einer Sporthalle (wettkampfhalle) geplant. Sie ist sehr groß (41 x 42 m) und überdeckt eine riesige Fläche des jetzigen Schulhofes. Solche Hallen sind besonders gut für die Leistungssportler. Schulen sollen die Hallen mitbenutzen, aber dann immer drei Gruppen gleichzeitig!! Die Erfahrung zeigt, daß für den örtlichen Bedarf kleinere Hallen mindestens genauso gut sind - wenn nicht besser, denn die Schüler müssen sich dann die Hallen nicht teilen. außerdem wurde schon eine Wettkampfhalle für die Sportler an der Manteuffelstr. gebaut. die dort entstandene Häßlichkeit wollen wir hier nicht diskutieren.

Gegenvorschläge:
- eine doppelstöckige Halle auf Stützen, also beide Hallen übereinander und darunter ein freier Raum, der für den Pausenhof mitbenutzt werden kann. Bei diesem Plan geht für den Schulhof weniger Platz verloren als bei der Bezirksplanung.
- Ausbau eines Teils des Pumpenwerks zu einer Turnhalle (billiger und schneller als ein Neubau) und im anderen Teil ein Kino-, Theater- oder Veranstaltungsraum. Dazu die Errichtung eines Neubaus einer zweiten kleinen Halle an der Reichenberger Str. Diese kann auch halb versenkt werden (3 m unter der Erde), so daß das Dach als erhöhter Schulhof

genutzt werden kann.
- denkbar sind auch Standorte zwischen Pumpenhaus und Feuerwache, eingeschossig auf Stützen gestellt. (s.Plan 2)

2.Das Wasserbecken
Die Wasserwerke planen im Hof ein Wasserbecken genau an der Stelle, an der das Pumpenhaus stand. Das Becken soll im Falle von sog."Jahrhundertregen" und ungewöhnlichen Wolkenbrüchen große Wassermengen aufnehmen können, so daß es keine Überschwemmungen in den Straßen gibt, weil das Wasser durch die Kanalisation nicht schnell genug abgepumpt werden konnte. Außerdem soll hier der Schlamm und Dreck der Straßen abgefiltert werden, so daß das Wasser bei Überschwemmungen relativ sauber in den Kanal geleitet werden kann.
Die Wasserwerke behaupten seit Jahren, daß das Becken an keine andere Stelle kann, und daß das Becken angeblich aus Sicherheitsgründen nicht mit Gebäuden oder Spielflächen überbaut werden darf. Doch die Wasserwerke selber planen darüber den Bau eines Dienstgebäudes.
Dieses Becken kann jedoch überall zwischen Hauptkanal (Reichenberger Str.) und dem neuen Pumpwerk angeordnet werden. Die erwähnten Sicherheitsgründe werden nirgends erläutert, so daß sie nur Vorwand sein können.

Gegenvorschläge:
- entweder das Becken auf das Grundstück neben der Feuerwache. Dieses Grundstück gehört dem Senat, das Fabrikgebäude, was darauf steht, ist abrißreif und nicht mehr zu nutzen.
- neue Möglichkeit
- oder das Becken auf die Freifläche zwischen Feuerwache und Pumpe, die überdeckte Oberfläche als erweiterten Schulhof verwenden oder darüber eine aufgestelzte Turnhalle bauen.
Die Bürgerinitiative hat für die Problematik des Wasserbeckens ein Gutachten erstellen lassen, in dem die Notwendigkeit eines solchen Beckens geprüft und die Größe, die die Wasserwerke in ihrer Planung angenommen haben, nachgerechnet wird.

3.Der Schulhof
Der Schulhof soll in Richtung Ohlauer Str. und zum Paul-Lincke-Ufer erweitert werden; anschließend Turn- und Sportmöglichkeiten. Allerdings müssen dafür zuerst Häuser abgerissen werden, was noch lange dauern kann, da dafür keine Termine genannt werden. Die geplante Turnhalle an der Reichenberger Str. nimmt trotz geplanter Erweiterung einen großen Teil des Schulhofs wieder weg.

Gegenvorschlag:
die Feuerwache und Pumpenhaus erhalten, ohne daß deshalb der Schulhof viel kleiner werden muß (wie im Plan 2 zu ersehen ist).

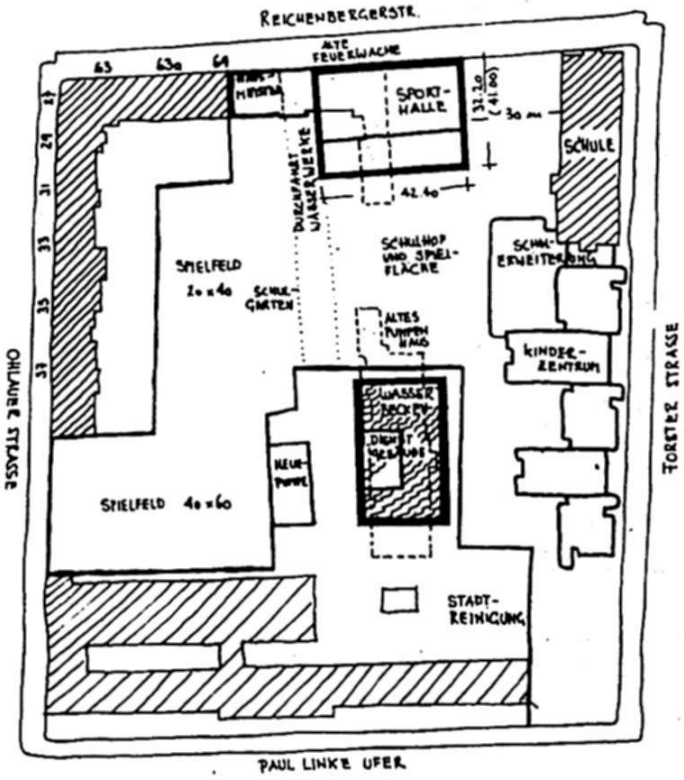
4.Abriß
Alle Wohnhäuser in der Forster Str. und die Hinterhofhäuser in der Ohlauer Str. sollen abgerissen werden. Stehen bleiben sollen nur die Vorderhäuser in der Ohlauer Str.27-37 und die an der Reichenberger Str. Dies wurde nur durch den Einspruch der Kirche, dem Arzt, dem Kaufmann und Apotheker erreicht, sonst würde auf dem Block kein einziges Haus mehr stehen bleiben.

5.Das Kinderzentrum
An der Forster Str. plant der Senat die Erweiterung der Schule und den Bau eines Kinderzentrums, eines riesigen Gebäudes, in dem 1200 Kinder unzergebracht werden sollen.

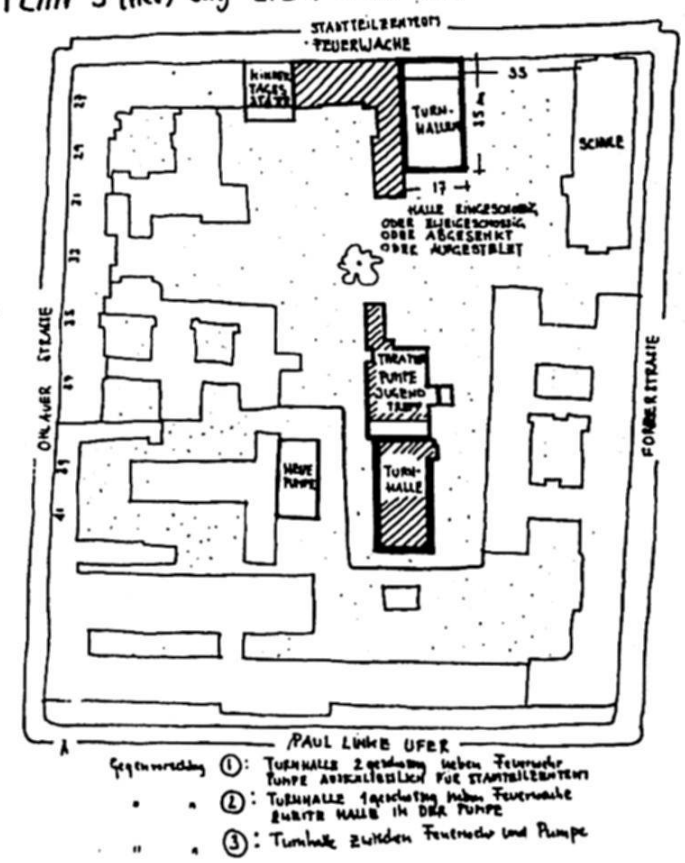
Gegenvorschlag:
Wir wollen eine Einrichtung für Kinder, aber kein Kinderzentrum. Das geplante Kinderzentrum des Senats ist eine noch üblere Einrichtung als die berüchtigten Mittelstufenzentren, Hier sollen schon die kleinsten (ab 3 Jahren) im rationellen Massenbetrieb abgefertigt werden. Ein Musterbeispiel ist schon in der Monumentenstr. zu besichtigen (das Ding, das man immer für eine Fabrik hält). Dort hat man auch die Erfahrung gemacht, daß die kleineren Kinder dem Massenbetrieb nicht gewachsen sind. Eine pädagogisch sinnvolle Arbeit wird sehr erschwert durch die in einer solchen Institution notwendige strenge Disziplin.
Das Kinderzentrum ist Teil einer Schule. Die von den Kindergartenpädagogen bekämpfte Vorverlegung der Schuöpflicht auf Fünfjährige soll hier unter dem eindruckvollen Namen "Kinderzentrum" versteckt werden.

Kleine Kinder brauchen kleine, überschaubare Kindergärten in ihrer Wohnumgebung.
Die Bürgerinitiative plant in der Feuerwache auch Einrichtungen für kleine Kinder. Vorgesehen sind Spielräume mit pädagogischer Betreuung für die Kinder aus der näheren Umgebung. der Weitläufige Hof bietet bessere Spielmöglichkeiten und mehr Sicherheit als die Straße. Eventuell kann auch eine Eltern-Kinder-Gruppe einziehen.
Kleinere Gebäude für die Kinder kann man neben der Feuerwache oder auf dem Gelände Ohlauer Str.33 unterbringen.

PLAN 1 BEZIRKSAMTSPLAN vom 10.9.76



PLAN 2 GEGENVORSCHLÄGE SPORT/TURNHALLE
PLAN 3 (neu) Lag z.Zt. nicht vor.



Wespennest - Zukunft

Vollversammlung Samstag 19.30 Uhr

Gewiß - ungewiß

viele wespennestler werden ihr interesse auf die feuerwache ausgeweitet haben. deswegen ist es im laden sehr ruhig geworden. unabhängig davon welches schicksal der wache widerfährt, ist uns der laden weiterhin wichtig, jedoch wird der ausgang des projekts feuerwache sicherlich den zukünftigen inhalt des wespennests mitbestimmen. uns erscheint eine diskussion mit den leuten notwendig, die bis jetzt etwas mit dem laden zu tun hatten, insbesondere inwieweit das wespennest eine funktion in zukünftiger stadtteilarbeit übernehmen kann.

Uns stinkt's !!!!!!

Wir,d.h. die"Rote Kralle"(Rauchhaus)-und Spektrum-Frauengruppe,die als einzige und feste Gruppen die längste Zeit in der AE mitgearbeitet haben (und das im doppelten Sinne)verlassen diese ab sofort bzw. die AE gibt es ab sofort nicht mehr -und zwar aus folgenden Gründen:

1.Zum Entstehen der AE
Kurze Zeit,nachdem die AE sich das erste Mal getroffen hatte,standen wir,d,h, 4 Frauengruppen und ca.4 Einzelfrauen in der Diskussion um das Selbstverständnis der AE.Den einzelnen Gruppen war noch nicht klar,welche Funktion die AE für ihre eigene Arbeit in den Frauengruppen haben sollte. Wir waren uns einig,daß die AE folgende Aufgaben haben sollte:
1.die AE soll ohne Abgrenzung nach links funktionieren(fortschrittliche Frauen,Frauenstadtteilgruppen..)
2.um Aktionen zu diskutieren,auszuführen und zu planen
3.Koordinationstreffen zum Informationsaustausch der einzelnen Erfahrungen und Arbeit der Frauengruppen.
Vielleicht sollten wir es noch einmal ganz klar sagen (falls ihr es doch einmal anders lest oder hört):Wir haben uns niemals vom Frauenzentrum (FZ)abgegrenzt oder als Konkurrenzorganisation verstanden,sondern haben vor allem andere Schwerpunkte in unserer Arbeit gesetzt als das FZ.Dieses Selbstverständnis schloß für uns jedoch eine Kritik an bestimmten Strömungen des FZ (Stichwort:"Neue Weiblichkeit" »Rückzug vom politischen Engagement)nicht aus - war aber nicht als Abgrenzung oder elitäres "Besserwissen" verstanden!

2.Schwierigkeiten innerhalb der AE:
Auf einem Plenum wurde dann festgestellt,daß
1.eigentlich keine Gruppe so recht von der anderen weiß
2.die Koordination eben doch nicht so gut klappte
3.Unklarheiten über die Funktion der AE auftraten (z.B.auch im Hinblick aufs FZ)
4.immer mehr Einzelfrauen auftauchten,die andere Interessen als wir als Gruppendelegierte haben, und sog. "Einzelfrauen",die mehr oder weniger offen mit dem KB sympathisierten.

Wir stellten folgende Fragen an die Einzelfrauen und den KB:
Was bringt euch die AE konkret für euch selbst?
Wie verarbeitet ihr oder mit wem verarbeitet ihr die neuen Sachen und Eindrücke?
Mit wem diskutiert ihr über richtig und falsch eurer Politik?
Warum seid ihr nicht in einer Frauengruppe organisiert??
An den KB:
Welche Interessen veranlassen euch dazu,bei der AE mitzumachen?

Daraufhin forderten wir am 22.4. eine grundsätzliche Selbstverständnisdiskussion,die bis heute noch nicht abgeschlossen war,u.a. deshalb, weil in der Zeit vor Weihnachten bis Februar schon die große Politik gemacht wurde ,in Form von einer § 218 Demonstration und einer Frauenveranstaltung (zum internationalen Frauentag) mit männergesang-
"Frauen kommt her,wir tun uns zusamen-"

Was wir vom einer derartigen "Frauenpolitik"halten,dürfte wohl klar sein!Wir haben z.B. auch an der(!)Veranstaltung wegen eben genannter widersprüchlichkeiten nicht teilgenommen.Diese Selbstverständnisdiskussion wurde dann auf den 6.Mai festgelegt.Eine woche vorher erfuhren wir dann durch Zufall,daß am Donnerstag,den 28.4. eine Selbstdarstellung der AE gegenüber den Labrys-Frauen,ohne uns,stattfinden sollte.Die KB-Frauen tauchten dabei offensichtlich als"Delegierte" der AE auf,begleitet von einer Radikal"-Frau und einer aB-Sympathisantin.
Und dieser Fall ist nur einer unter vielen,wo derart linke Praktiken angewandt worden sind, um uns endlich den Mund zu stopfen und ihre Politik ungehindert durchziehen zu können!!!!!!

3.Letzte gemeinsame Sitzung am 20.5.77
Am 20.5.,der letzten gemeinsamen Sitzung,hatten wir ein Papier vorgelegt,um die für uns strittigen aktuellen Punkte zu klären:Es bestehen vier Untergruppen(wie sind diese eigentlich entstanden?????) ,die losgelöst von den Frauengruppen arbeiten. Einzelne Frauen und die aB-Frauen arbeiten in diesen Gruppen;sollen sie etwa Ersatz für Frauengruppen sein?!!
Weiter:In einer richtigen AE würde eigentlich das Delediertenprinzip herrschen,d.h. daß jede Gruppe, auch der KB,verdammt noch mal- 1 oder 2 Delegierte zum Plenum hinschickt und die Delegierte die Meinungen und Beschlüsse der Frauengruppen vertritt und stellvertretendfür die jeweiligen Frauengruppen diskutiert,die Vorschläge der AE zurückträgt und in der Frauengruppe noch einmal berichtet und abstimmt.
In der ehemaligen AE herrschte dieses Prinzip nicht,weil ja keine Delegierten (mehr) da sind. Oder ganz einfach:wohin tragen die Einzelfrauen die Beschlüsse bzw.Vorschläge?Selbst wenn noch die eine oder andere Gruppe vertreten wäre,ginge das nicht,weil es wohl ein witz wäre,wenn eine Gruppe mit 16 Frauen das gleiche Stimmrecht hat wie eine Einzelfrau haben würde.

Im Klartext hießen unsere Forderungen dann:
1.die AE nur mit Frauengruppen
2.Selbstverständnisdiskussion mit Fragestellung:Ist eine alternative Organisierung zum FZ überhaupt nötig?
3.AE macht keine"eigene"Politik,sondern ist Koordinationstreff
4.langfristig(!)keine Einzelfrauen in der AE Alternative.Frauengruppen
5.keine Untergruppen als Ersatz für Frauengruppen
6.keine Hau-Ruck-Politik (ohne Rücksicht auf Verluste) und Inhalt und Klarheit.

4.Fazit
Eine sachliche und für uns klärende Diskussion konnte leider nicht geführt werden,da wir durch Polemik und Moral in die rechte Ecke gedrängt werden sollten.Uns wurde vorgeworfen:
1.wir würden"das Selbstbestimmungrecht jeder Einzelfrau verletzen",indem wir elitär über diese bestimmen
2.wir würden,nachdem wir für uns den Knatsch mit den KB-Frauen hinter uns gebracht hätten,dem FZ anbiedern
3.wir würden Unvereinbarkeitsbeschlüsse gegen "kommunistische und/oder organisierte Frauen" (Zitat aB-Obergenossin) verhängen.

ABER GENAU DAS WOLLEN WIR NICHT !!!!!!!!!!!!!!!!
Wir wollen mit allen Frauengruppen zusammenarbeiten.
Wir haben vor,ein Gesamttreffen aller Frauen-, Frauenstadtteilgruppen etc. einzuberufen,wo die einzelnen Gruppen über ihre Arbeit berichten,ein Erfahrungsaustausch vorgenommen werden kann,wo wir über Möglichkeiten diskutieren werden,wie,wo und wann wir etwas zusammen dikutieren,planen usw. können.

Treff wird bekanntgegeben!!!!!!

Nochmal zur Auseinandersetzung in der Frauen-"AE"

Seit der Veranstaltung zum Internationalen Frauentag war es innerhalb der Frauen-Aktionseinheit (AE) zu Konflikten gekommen.
Deshalb trafen sich am 2o.5. sämtliche Frauen und Frauengruppen, die sich unter dem Namen Frauen-Ae zusammengeschlossen hatten und besprachen die Möglichkeiten einer weiteren Zusammenarbeit. Das Ergebnis dieser Diskussion, die bereits seit Wochen geführt wurde:
Die "Spectrum-Frauen" und
die Kreuzberger Frauengruppe
"Rote Kralle" kündigen die Zusammenarbeit, die bereits seit längerem n i c h t mehr bestand auf, die anderen (wir) werden das wöchentliche Plenum beibehalten und die bisherige Arbeit weiterführen. Wir werden jedoch zu bestimmten Aktionen weiterhin an diese Gruppen herantreten.

<u>AE - ade, es lebe der.....
(Weiberrat II" ist in der Diskussion!)</u>

In einem Diskussionspapier stellten die beiden Frauengruppen "Spectrum" und "Rote Kralle" folgende Forderungen:
- AE nur mit Frauengruppen
- Keine Einzelfrauen in einer AE
- Untergruppen sind keine Ersatz für Frauengruppen

Sie verstehen AE also im üblichen Sinne als punktuellen Zusammenschluß von Frauengruppen auf Minimalkonsens zu einer bestimmten Aktion. Tatsache ist jedoch, daß bereits von vornherein ein über dieses Verständnis hinausgehende Zusammenarbeit geplant war. Es hat sich im Verlauf unserer Entwicklung gezeigt, daß es viele einzelne Frauen gibt, die eine Gruppe suchen, in der sie Frauenpolitik in der von uns angestrebten Weise machen wollen. Es deutet auf den Zustand der Frauenbewegung selbst, wenn z.Zt. ein Zusammenschluß linker Frauengruppen schwer möglich ist, stattdessen zahlreiche vereinzelte linke Frauen nach Arbeitszusammenhängen suchen. Diesem Bedürfnis müssen wir Rechnung tragen.

Es stimmt also, daß der Begriff "AE" irreführend ist, denn wir sind nach unseren Zielen und unserer bisherigen Arbeit nach mehr als ein Koordinationstreffen. Dieses Problem war allen von Anfang an bewußt. Deshalb finden wir es auch richtig, den Namen"Frauen-AE" nicht mehr als Gruppennamen zu benutzen. Wir werden aber jederzeit versuchen, zu bestimmten Punkten möglichst breite Aktionseinheiten herzustellen.

<u>Frauengruppe.....der Inhalt entscheidet!</u>

Im Laufe der letzten Monate haben sich Untergruppen zu verschiedenen Themen gebildet (§ 218, AAO, rechte Strömungen in der Frauenbewegung, Russell-Tribunal, Frauen gegen AKWs, Lohn für Hausarbeit (im entstehen)).Die Ergebnisse dieser AGs werden ins Plenum zurückgetragen und dort diskutiert. Das sind zum einem Schulungen, zum anderen Artikel, Stellungnahmen, Flugblätter, Aktionsvorschläge. "Spectrum" und "Rote Kralle" akzeptieren diese Untergruppen nicht. Ihr Verständnis von Frauengruppen kommt in folgenden Fragen.an die einzelnen Frauen zum Ausdruck:

- "Wie verarbeitet oder mit wem verarbeitet Ihr die neuen Sachen und Eindrücke?"
- "Mit wem diskutiert Ihr über richtig und falsch Eurer Politik?"
- "Warum seid Ihr nicht in einer Frauengruppe organisiert?" (Diskussionspapier)

Ein Zusammenschluß von Frauen auf politisch-inhaltlicher Grundlage wird von den beiden Gruppen nicht als Frauengruppe akzeptiert.Also: Frau schließt sich zusammen, auf Grundlage des Frauseins und nicht, weil sie eine bestimmte Politik machen will.
Wir wehren uns dagegen, daß eine bestimmte Form von Frauengruppen zum Dogma erhoben werden. Wir meinen, daß jede Frau selbst entscheiden soll, wie und auf welcher Grundlage sie sich mit anderen Frauen zusammenschließt.

<u>Selbstverständnisdiskussionen(ohne Ende) contra "Politik machen"</u>

Die drei anderen Forderungen der beiden Frauengruppen heißen:
- Selbstverständnisdiskussion mit Fragestellung, ist eine alternative Organisierung zum FZ überhaupt nötig?
- AE macht keine Politik (!) sondern ist Koordninationstreffen
- keine "Hau-Ruck-Politik"(ohne Rücksicht auf Verluste) auf Inhalt und Klarheit

(Diskussionspapier)
Die AE ist entstanden in der Kritik an bestimmten Tendenzen in der Frauenbewegung (Kein aktiver Kampf gegen § 218, keine öffentliche Auseiandersetzung über bestehende Widersprüche in der Frauenbewegung, "Unvereinbarkeitsbeschlüsse" gegen Frauen aus gemischten linken Organisationen). Wir haben niemals eine "Verdammung" des Frauenzentrums zur Voraussetzung der Mitarbeit gemacht, im Gegenteil immer wieder die Zusammenarbeit zu bestimmten Aktionen gesucht (§218, 1.Mai), die vom FZ immer wieder abgeblockt worden ist. Aufgrund unserer Erfahrung mit dem FZ ist die Antwort auf die Frage, ob "eine alternative Organisierung zum FZ überhaupt nötig ist" (siehe oben) klar. Im Gegensatz zu "Spectrum","Rote Kralle" meinen wir auch, daß eine AE Politik machen soll und muß. Umso mehr eine Gruppe wie wir, die langfristig zusammenarbeitet. Auf unserem Plenum laufen allerdings inhaltliche Diskussionen und wird nicht nur koordiniert.

Der letzten Forderung können wir voll zustimmen. Gerade deshalb sind für uns politische Auseinandersetzungen wichtig. Unser Verständnis von Politik beinhaltet vor allem eine öffentliche Auseinandersetzung zu allen anstehenden Fragen, auch zu Widersprüchen innerhalb der Frauenbewegung, einen offensiven Kampf gegen unsere Unterdrückung und keinen Rückzug auf feministische Oasen. Dieses Verständnis entsteht in der konkreten Arbeit und nicht in endlosen Selbstverständnisdiskussionen.

<u>Die wirklichen Differenzen blieben außen vor</u>

Wir bedauern den ergebnislosen Verlauf der Diskussion, die praktisch nur eine Namensänderung zum Resultat hat.
Die beiden Gruppen "Spektrum" und "Rote Kralle" tauchten, nachdem sie

Fortsetzung Frauen-"AE"

wochenlang nicht zum Treffen erschienen waren, mit der Forderung nach einer Selbstverständnisdiskussion auf. Darunter hätten wir eine inhaltliche Auseinandersetzung mit der bisherigen und der geplanten Arbeit verstanden, worauf beide Grupnen nicht eingingen. Stattdessen wurde auf dem "falschen" Namen und dem"Problem der Einzelfrauen", also letztlich formalen Dingen herumgeritten.

Für eine ehrliche, d.h. wirklich auf Zusammenarbeit orientierte Diskussion, halten wir es für schädlich, wenn mit Unterstellungen, Halbwahrheiten bis hin zu Unvereinbarkeitsbeschlüssen gegen Gruppen und einzelne Frauen gearbeitet wird.

So schaffen wir nie eine starke fortschrittliche Frauenbewegung !!!!

Wer mehr über uns wissen möchte:
Unsere erste Broschüre ist Anfang Mai erschienen (noch unter dem Namen "Frauen-AE")
FRAUEN GEGEN DEN STROM

ZUR LAGE DER NATION

Niemand verspürt einen Drang dabei
Wenn ich das Himmlische mal wieder fühlen möchte
sich mir anzuschliessen

Doch zur Lage der Nation
Lieferst du dein Pamphlet bei mir ab

Aus dem dreckigsten Erdloch kommend
Schmutzfüssig mit einer Flasche als Krücke in der Hand
Sind sie aufgebrochen um zu siegen.

Doch zur Lage der Nation lieferst du dein pamphlet
bei mir ab

Schon vor 2000 Jahren hat der Vater seinen Sohn geschickt
Um uns aufs Jenseits zu vertrösten
Vielleicht schickt er ihn noch einmal
Um uns von den Cola-Büchsen zu erlösen

Doch zur Lage der Nation
lieferst du dein pamphlet bei mir ab

Viele grosse Köpfe
Stehen in deutschen Studierzimmern
Neben Aschenbechern, die gefüllt sind mit selbstgedrehten Zigarretten kippen

Gote unter Goten

Doch zur Lage der Nation
lieferst du dein Pamphlet bei mir ab

In der Zwischenzeit wurde das Peacezeichen
Mit soviel nervös ängslichem Geschwätz geschwängert

Dass die pazifistische Ausgeburt
Schon lange ihre alternativen Gesichtszüge verlor

Doch zur Lage der Nation
Lieferst du dein Pamphlet bei mir ab

Diejenigen, welche glauben
Sie haben nichts mehr zu verlieren
Zieren ihren Stiernacken, den Steifen mit Schwarztüchern

Ach Gott, wie erregend !

Doch zur Lage der Nation
lieferst Du dein Pamphlet bei mir ab

Seid gegrüsst ihr Kampfer
Herren des kleinkarierten Krieges untereinander
Im Karussel der Spontibewegung
Denen, welchen es manchmal schwindlig wird
Empfehle ich
Ⓐspirin

Doch zur Lage der Nation
Lieferst du dein Pamphlet bei mir ab

Niemand verspürt einen Drang dabei
Wenn ich das Himmlische mal wieder fühlen möchte
Sich mir anzuschliessen ?

Isidor Kalbgeruch

P.P.Zahl wieder in totaler Isolation - Zwangsverschleppung in die JVA-Bochum

Seit seiner Verlegung in die JVA Werl unterliegt P.P. einer Vielzahl von Repressalien. Die Werler-Knastzustände sind bundesweit bekannt, jedenfalls in den andern Knästen. Zusammen mit einigen Brüdern sammelte P.P. Material über den Knast in Werl und dieses Material wurde von der Knastgruppe-Ossendorf zusammengestellt und veröffentlicht, in dem sogen. 'Werl-Report' (siehe hierzu info-bug nr???) hungerstreik in der JVA Werl') Sie prangerten in diesem Report u.a. die unmenschlichen Bedingungen auf der Station B I an und 15 Internierte Brüder gingen per 23.3.77 in einan Hungerstreikt, um die Abschaffung der menschenvernichtenden Isolierstation zu erkämpfen, Unter ihnen war auch P.P.Zahl.
Die Reaktion blieb nicht lange aus, die faschistische Justiz und ihr Büttel, der werler Anstaltskommandant Ihle:
P.P. wurde am 29.4.77 in die JVA-Bochum zwangsverschleppt, in total-Iso gelegt.
Am 5.5.77 beschlagnahmte man ihm sämtliche Verteidigerunterlagen.
Am 10.5.77 entzog man ihm seine Schreibmaschine - auf welche er als Schriftsteller angewiesen ist - diese hat er mittlerweile wieder ehralten.
P.P. mußte, wegen Krankheit, s einen HS abbrechen.
Noch immer verweigert man ihm seine Manuskripte, Arbeitsunterlgen, Zeitschriften und Bücher.
Am 13.5.77 erhielt er von der Staatsanwaltschaft Arnsberg dann eine 'Begründung' für die unmenschlichen Maßnhmen, denen er heute unterliegt.
P.P. bezeichnet dieses:
Am Montag den 16.5.77 legte er gegen diese brutalen Unterdrückungsmethoden Beschwerde beim Oberpossenreißer Posser ein und trat wieder in den Hungerstreik.
Am 23.5.77 wird P.P. einen Durststreik beginnen.
Es ist offensichtlich, mit welcher brachialer Gewalt P.P. psychisch, wie physisch zerstört werden soll! Es ist offensichtlich, daß man ihn lieber tot als lebend sehen würde! P.P. und die Brüder der JVA-Werl haben die Wahrheit gesprochen und geschrieben, es wird durch die Reaktion der faschistischen Anstaltskommandantur und der Staatsanwaltschaft bestätigt! Wie es den beteiligten Brüdern aus der JVA-Werl ergangen ist, ist leider bisher nicht zu erfahren, aber das Schlimmste zu befürchten!
Unterstützt die gefangenen Genossen in der JVA-Werl, unterstützt P.P.Zahl durch Protestbrife an:Justizminister des Landes NRW - Posser
Düsseldorv, Martin-Luther-Platz
Staatsanwaltschaft Arnsberg 5770 Arnsberg
Anstaltsleiter Ihle, 476 Werl, Postfach 301
Anstaltsleiter der VA-Bochum, 463 Bochum, Krümmede 3
Schreibt Soliaritätsbrife an: P.P.Zahl,
z.Zt. 463 Bochum, Krümmede 3
Freiheit für P.P.Zahl!
Freiheit für alle Gefangenen!!!!!!

Obdachlose freigesprochen
Letzten Mittwoch wurde eine Obdachlose, die von einem der gefälschten Lebensmittelscheine Gebrauch gemacht hatte, freigesprochen. Sie war bereits rechtskräftig verurteilt gewesen, da sie gegen einen Strafbefehl nicht rechtzeitig Widerspruch eingelegt hatte. Jedoch hatte ein Wiedereinsetzungsgesuch, das mit der aus ihrer objektiven Lage resultierenden Unfähigkeit, sich rechtskundig zu verhalten, begründet war, Erfolg.
Ein [illegible], dessen Urteil kürzlich wegen seines ersten Urteils 'Flambiert' wurde, freigesprochen.

NACHWORT ZU PETER GINESTONE

Das verstehst du bestimmt:

Der Tod von Peter war das Ende eines bis ins kleinste Detail vorprogrammierten Verdegan ges. Viele von uns haben dieselbe Geschichte, programmiert vom System mit seinem uns täglich umgebenden Terror, seiner permanenten Gewalt in offener und versteckter Form, den Mechanismen, die uns letztlich die Waffe in die Hand drängen. Und da seine Geschichte für viele von uns aus dem Lumpenproletariat identisch ist mit unserer eigenen, verdient das Ende seiner Geschichte unsere Achtung.
Peters Art sich zu wehren, war zuerst, nicht arbeiten zu gehen, denn er konnte nicht als Lohnabhängiger unter die Decke dieses maroden Gesellschaftssystem schlüpfen, weil er der dadurch unausbleiblichen Entfremdung von sich selbst nicht gewachsen gewesen wäre. Er wollte nicht verhungern und entschloß sich zum Knacken und Stehlen. Somit begann sein Kampf gegen das Kapital. Dies tat er aber nicht unter dem Aspekt der Anhäufung illegalen Kapitals, sondern er führte diesen Kampf sehr bewußt um zu leben, zu Überleben. Jenen etwas von dem wegzunehmen was sie ohnehin in Überfluß haben und das ihnen sowieso nicht gehört, war seine Devise. Diese sehr konstruktive, weil revolutionäre Klärung des Besitzanspruchs von "fremden beweglicher Sachen..." konfrontierte ihn immer wieder mit Polizei, Gericht, Knast. Und einmal hineingezogen in diese menschenverachtende Maschinerie, sah er sich immer mehr der Gewalt dieses Systems ausgeliefert. Er erkannte diese Gewalt in Form von Polizeiterror als er z.B. während einer Autofahrt den Kaiserdamm entlang sechzehn (!) Polizeifahrzeuge zählte, ohne daß irgendwo eine Demonstration stattgefunden hätte. Und sein Entsetzen brachte er durch die Bemerkung zum Ausdruck: Mensch, wir leben in einem Polizeistaat mit faschistischer Tendenz. Diese Erkenntnis war dann Motor für seine kriminelle Energie. 1975 beim Einbruchsversuch in den Laden eines persischen Teppichdealers, der mit den SAVAK kooperiert (alle persischen Teppichdealer sind Schahfans!), wartete bereits Polizei auf ihn, da diese Enteignungsaktion zur Teilhabe an der Belebung des Konjunkturaufschwungs vorher verraten wurde. Und dann begann wieder der "lange Marsch durch die Institution" Knast für ihn, der ihm keine andere Alternativen ließ als sich dem System zu beugen oder den aufrechten Gang zu lernen. Er entschied sich für den aufrechten Gang. Dies im Knast zu lernen, heißt sich über den politischen Hintergrund die Staates klar zu werden, denn der Knast fo[illegible] eine Frontstellung weil er System front ist.

Sein letzter Prozeß:
Die Staatsanwältin: "...höchst kriminell, keine Resozialisierungsaussichten vorhanden, deshalb ist eine Bestrafung nicht zu seiner Besserung, sondern zum Schutz der Gesellschaft vor ihm angebracht..."
(unter dem Aspekt der Beschützung der Gesellschaft, in Wirklichkeit des Kapitals, erfolgt heute fast jede weitere Verurteilung eines mehr als einmal Vorbestraften mit Eigentumsdelikt.)
Ein Gutachter: "...wer nachts um 3 Uhr auf dem Kurfürstendamm in ein Teppichgeschäft fährt, um dann nur noch einzuladen, ist am Tage zu noch was ganz anderem fähig..."

Der Richter: "...Wenn sie nochmal hier bei mir landen, dann verhänge ich gegen sie die Sicherungsverwahrung...".
Fazit des Meinungsterrors und des Paragraphengewalt dieser staatlichen Vereinigung: 3 Jahre Gefängnis für einen Einbruchsversuch.
Briefzitat von Peter nach diesem Prozeß:
"Wenn man ein armes Schwein ist, hat keiner echtes Interesse einem zu helfen, wenn es mit Arbeit verbunden ist. Nun ja, wie soll es auch anders in einer Klassengesellschaft sein in der nur der Profitgewinn zählt?"
Und außerdem schrieb er hinsichtlich seiner Zukunftsperspektive: "Ich will mich noch nicht festlegen, denn für voreilige Entscheidungen bin ich sowieso nicht zu haben, weil ich einen einmal festgelegten Kurs gerne beibehalte. Das verstehst du bestimmt."

In Regel wurde Peter von Knastinstrumentarium [illegible] dieses Systems fitgemacht zum Kombatschuß auf einen Polizisten. Fitmacher sind Unfreiheit, Arbeitszwang, Knüppelfaschismus, Schlüsselterror usw..
Seine sehr realitätsbezogenen Einschätzungen ließen ihm keine andere Alternative mehr offen als die des bewaffneten Kampfes. Er verachtete den Knast und all das Geschehen in ihm und kehrte nach einen Regelurlaub, der Ihm vom Strafvollzugsgesetz her garantiert war, nicht in den Reformknast Haus 4 (sozialtherapeutischer Vollzug) zurück. Er sah unter all den menschenfeindlichen Aspekten dieses "Reform"knasts keinen Sinn mehr in einer weiteren Strafvollstreckung. Unter Mißachtung aller scheißbürgerlichen Gesetze trat er ab diesem Zeitpunkt in die Instanz des bewaffneten Kampfes, weil er gesund von seiner wirklichen Sensibilität gesteuert wurde.

Rekonstruktion eines Moments aus Peters bewaffnetem Kampf

"Im Haus Voltastraße 35 ereilte den Mann der keine Angst kannte, das Schicksal" (BZ)
Gemeint ist der Karrieretiger und Menschenjäger Ludszuweit, dessen Beförderung zum Kommissar am 1. April sich 51 Tage später als tödlicher Aprilscherz herausstellte, denn ein Kommissar wird schon mal außerhalb seiner regulären Dienstzeit am Samstagmittag um 13 Uhr in seiner Wohnung angerufen und zur Beutejagd befohlen. Seine 12jährige Tochter krähte ihm noch hinterher: "Papa, laß Dich nicht anschiessen" (BZ). Kinder von friedliebenden Bürgern hätten sowas nicht drauf. Aber wenn sich X "Papa" die Knarre umbindet, kommts eben vor...
Das Zusammentreffen [illegible] des Kommissars mit seinem erhofften Opfer:

BZ

Als das Telefon bei Kommissar Ludszuweit klingelte, wurde ihm mitgeteilt, daß Schmuck, der einen Tag vorher beim Juwelier Kühnöhl in der Schloßstraße (Steglitz) gestohlen worden war, in Wedding für 48 000 Mark angeboten wurde.

Heinz-Wolfgang S. (22) und Bernd S. (31) wurden festgenommen. Einer der Festgenommenen behauptete, den Schmuck von „Peter" zu haben. Er gab eine Beschreibung, die genau auf Peter Gineston paßte.

Gegen Abend durchsuchte Günter Ludszuweit mit einem Kollegen die Wohnung von Heinz-Wolfgang S. in der Voltastraße 35 im vierten Stock. Günter Ludszuweit war schon wieder auf der Straße, als er beschloß, Carola S. (20), der Frau des Festgenommenen, noch ein paar Fragen zu stellen.

Mitten im Gespräch mit Carola S. klopfte es. Der Kommissar öffnete die Tür. Vor ihm stand Peter Gineston.

Ludszuweit: „Sie sind festgenommen."

Gineston ging die Treppe mit hinunter. Plötzlich hörten Hausbewohner zwei Schüsse.

Kommissar Ludszuweit lag erschossen auf dem Podest zwischen dem zweiten und dritten Stock. In seiner schwarzen Lederjacke, dem roten Pullover, in blauen Jeans und hellen Schuhen lag er auf dem Bauch. Alles war voller Blut.

Gineston hatte ihm in den Hals und in den Kopf geschossen.

Tagesspiegel

Hier nun entschloß sich Ludszuweit nochmals zur Rückkehr zur Wohnung des Festgenommenen. Er wollte dort die Ehefrau des Mannes noch einmal anhören. Während er sich in der direkt unter dem Dach gelegenen Wohnung aufhielt, klopfte es, wie die Frau den später ermittelnden Beamten der Mordkommission erklärte. Der Beamte öffnete die Tür und erklärte einen dort wartenden Mann für festgenommen. Daraufhin — so die Schilderung der Frau weiter — fielen zwei Schüsse, von denen nach gestrigen Angaben einer den Beamten tödlich am Kopf traf. Der Täter flüchtete und konnte entkommen.

Die Schilderung des Ablaufs kurz vor den beiden Schüssen in der Presse gleicht sich im Wesentlichen: Im Moment der beiden Schüsse waren keine Augenzeugen da!
Daß Peter geschossen hat, ist eine Polizeibehauptung!
Falls diese Behauptung der Wahrheit entsprich so ist der Gebrauch einer Waffe von Peter sehr verständlich.

FORTSETZUNG SEITE 19

Ausländer in Tegel

an den senator für justiz und andere stellen des öffentlichen lebens

betrifft: haftsituation der ausländischen gefangenen
bezug: bereits früher abgegangene schreiben und vom senator gemachte versprechungen

wir,die unterschreibenden ausländischen gefangenen, wenden uns wieder einmal an Sie,weil sich an der haftsituation(benachteiligung,diskriminierung aufgrund unserer herkunft)noch nichts geändert hat.
vor den gerichten begegnet man uns mit vorurteilen und voreingenommenheit.bei gleichen oder ähnlichen delikten werden wir zu höheren strafen verurteilt als deutsche staatsangehörige.
oft werden ausländische gefangene durch die aussagen eines unglaubwürdigen zeugen zu langjährigen haftstrafen verurteilt,ohne sich im ger ngsten gegen die bestehenden gesetze vergangen zu haben.hier kann von einer gleichheit vor dem gesetz(art.3 GG)nicht mehr die rede sein.
aber auch während der haftverbüßung unterl egen wir benachteiligungen.wir erhalten,obwohl es sich bei den meisten von uns um erstbestrafte handelt,nur selten 2/3 der strafe auf bewährung ausgesetzt und wenn wir sie erhalten,meistens miteiner abschiebung oder ausweisung verbunden.manchmal geschieht das sogar unter permanenten druck der staatsanwaltschaft.
alle versprechungen der behörden und insbesondere der justizverwaltung,unsere situation zu verbessern und die diskriminierung und benachteiligung abzubauen, haben sich als betrügerisch erwiesen.
aus diesem grund fordern wir zum wiederholten mal:

1)abschafffung der diskriminierung der ausländischen gefangenen und gleichberechtigte behandlung in den haftanstalten und vor gericht.
2)beendigung der doppelbestrafung,die von der staatsanwaltschaft und der ausländerpolizei praktiziert wird durch massive bedrohung und durch die damit verbundenen nachteile.es ist ein unhaltbarer zustand,wenn die einen 2/3 erhalten und dann abgeschoben werden,die anderen aber die gesamte strafe absitzen müssen und gegen den eigenen willen abgeschoben werden.
3)wir fordern anpassung an die entwicklung,wie sie fast in der ganzen welt praktiziert w rd:nämlich nach verbüßung eines sehr geringen teils der strafe erfolgt bereits die ausweisung.das müßte ohne sehr großen aufwand zu bewerkstelligen sein.
4)wir fordern ferner die gleiche behandlung bei den angeboten der bildung,ausbildung sowie bei regelurlaub,tagesausgang,freigang und bei ausführungen.

wir fordern den senat von berlin und damit die justizadministration nicht zum ersten mal auf,unsere haftbedingungen zu ändern.aber wir sind der meinung,daß hiermit zum letzten mal eine aufforderung ergeht.wir lassen uns nicht zu puppen machen,die man behandeln kann,wie es einigen in den kram paßt.wir erleben hier jeden tag,wie unsere rechte eingeengt werden.fortschrittliche beamte werden abgezogen und die alten, die sich nicht an die neuen zustände gewöhnen wollen (können),bleiben.
wir gefangenen aus der dritten welt erfahren hier am eindruckvollsten,daß der rassismus und die faschistische einstellung,wie wir sie aus den tagen der nazi-herrschaft in erinnerung haben,unter den vollzugsbeamten noch lebendig sind.so werden wir ein bündnis mit den antifaschistischen deutschen gefangenen herstellen,um gemeinsam gegen diese bestien zu kämpfen.
der senat zwingt uns dazu,für unser recht zu kämpfen und er weiß,daß dieser kampf eines tages todesopfer fordern kann.
denn,wenn uns unser recht nicht zugestanden wird, werden w r es mit den uns zur verfügung stehenden mitteln erkämpfen müssen.
wir versuchen noch einmal mit diesem schreiben unserem recht nachdruc k zu verleihen,sollte es wieder ungehört verhallen,sollte bedacht werden,daß wir bereit sind,für unser recht und unsere ehre bis zum tod zu kämpfen.und das ist ein versprechen und wir sind gewohnt unsere versprechen zu halten,nicht so,wie es bei einigen der hiesigen beamten,die den begriff ehre nicht zu kennen scheinen,der fall ist.
die unterschreibenden gefangenen ausländischer herkunft erwarten eine baldige antwort,denn ein großer teil wartet schon sehr lange und hat bald keine geduld mehr.
wir möchten herrn detert an seine worte erinnern, daß gegen die aus-und schulbildung von ausländischen insassen nichts einzuwenden sei.auch von erweiterten sprechstunden ist die rede gewesen.aber bisher ist nichts geschehen.wir vergessen nichts.das wollten wir noch sagen.

--- ---

es folgen die unterschriften von 62 ausländischen strafgefangenen der jva tegel.unterstützt wird die petition mit den unterschriften von 46 deutschen gefangenen.

WOHNUNGSSELBSTHILFE àla HEIDELBERGH

auszüge aus einer presseerklärung der wohnungsselbsthilfe heidelberg: vom 18.5.777

wohnungsselbsthilfe
heidelberg
c/o CAPITOL
bergheimerstr.59-61

friede den hütten,
kampf den palästen!
georg büchner

daß du dich wehren mußt
wenn du nicht untergehen
willst, mußt du doch
einsehen.
bert brecht

mehr lebensqualität!
will y brandt

auf jeden fall nicht weniger lebensqualität!
wohnungsselbsthilfe

"der alte stadtkern der stadt heidelberg,mit seiner zum teil noch von der vorkriegszeit bestimmten gestalt und bausubstanz stellt ein sozial lebens- und auch äußert leistungsfähiges gebilde dar, in dem natürlich gewachsene beziehungen der bewohner unter einander vorherrschen. in letzter zeit plant allerdings die stadt, diesen meist linksrheinisch gelegenen teil der wohnungen dieser stadt zu zerstören, d.h. zu sanieren."..."dem setzen wir unsere entschlossenheit zum widerstand gegen wohn-,lebensraum und umweltzerstörung entgegen und haben deshalb das seit über einem halben jahrzehnt leerstehende ehemalige kino 'CAPITOL' besetzt, um es als wohn- und veranstaltungsraum wieder zugänglich zu machen.das 'CAPITOL' stellt neben seiner funktion als wohnraum aber acuh eine bauliche bereicherung des stadtbildes dar, das eigentlich eher dem denkmalschutz unterstellt, als noch diesen manat abgerissen werden sollte,genau aber diesen abriß plant die gesellschaft 'plan und bau'. als nächstes sollen dann auch noch die im nebengebäude wohnenden türkischen familien auf die straße gesetzt werden, da ihnen ausdrücklich keine ersatzwohnungen zugeteilt werden. das bedeutet unter umständen für viele von diesen die abschiebung in ihr heimatland. um all dies zu verhindern, haben wir heute das 'CAPITOL besetzt."

"mit freundlichen grüßen! wohnungsselbsthilfe"

FORTSETZUNG VON: NACHWORT ZU PETER GINESTONE

SEITE 18

Der Bulle ist das System und ein Denunziant jeder revolutionären Moral, weil er ihn nicht laufen läßt. Das wußte Peter und er wußte auch, daß er nicht wieder zurück in den Knast kann, zurück in den Psychoterror, der seine Identität zerstört hätte. Somit ist es als Aktion der Selbstverteidigung zu sehen, revolutionär ist diese Aktion deshalb, weil durch sie ein erhaltender Teil der herrschenden Verhältnisse beseitigt wurde.

Peter hat in seinem Leben nie gefixt. Zu keinem Zeitpunkt hat er süchtigmachendes Rauschgift zu sich genommen. Diese Darstellung ist ein von der Polizei lanciertes Gerücht, um die Bevölkerung in Panik vor einem "rauschgiftsüchtigen Mörder" zu stürzen. Der Erfolg dieses Vorgehens bei der Generalmobilmachung gegen ihn, stellte sich einige Stunden nachdem die Polizeiführung zu seiner Ergreifung 5ooo Mark ausgelobt hatte, ein. Ein Denunziant veranlaßte seinen Abschuß in einem Pensionszimmer.

Die Polizei trauert um eine "schwarze Lederjacke, roten Pullover, blaue Jeans und helle Schuhe", die der in seinem Blut liegende Bauch anhatte.
Einer der beiden Toten bekommt ein feierliches Begräbnis mit regem Öffentlichkeitsinteresse, über den anderen Toten muß das Volk nachdenken, denn um das Volk verdient gemacht hat sich Peter.
DAS VERSTEHST DU BESTIMMT

Ein. Bericht zum „Turm" oder Trakt Moabit

In einem Flügel des Untersuchungsgefängnis Moabit ist eine Isolationsabteilung mit besonderen Sicherungsmassnamen entstanden, wo sich aber nur weibliche Gefangene befinden, nämlich Waltraut SIEPERT, Ilse JANDT und Monika BERBERICH, hinzu kommen 4 weitere Frauen die aber nicht wegen politischer motivierten Straftaten verurteilt worden sind. Die aber mit Androhung von Gewalt zwangsverlegt worden sind. Der Trakt liegt im obersten Teil eines Flügels und ist von der eigentlichen Eingangstür noch zusätzlich durch ein Gitter gesichert das auch den Raum für die Beamten mit einschließt. In der Tür ist eine Art Fenster eingelassen das durch eine Klappe von Aussen verschlossen ist, die nur dann geöffnet wird wenn sich das Aufsichtspersonal von jeweils einem männlichen u und einer weiblichen Beamt,in im Trakt befinden, die dann durch das Fenster nochmals von weiteren Beamten beobachtet werden können. Von aussen an (über) der Tür ist eine Sirene angebracht! Der Trakt besteht aus 13 Zellen wobei 7 auf der einen Seite liegen und die restlichen auf der anderen Seite. Zwischen den Zellen der dort schon länger festgehaltenen Gefangenen Waltraut SIEPERT, Ilse JANDT und Monika BERBERICH ist jeweils eine Zelle frei die auch nicht belegt werden darf, auf der anderen Seite ist das nicht der Fall. Weiterhin befinden sich ein Gruppenraum und eine Dusche dort. Auf dem Flur sind Tischtennisplatten aufgestellt die aber fast nie benutzt werden. Die Decke ist aus Glas und ist durch ein darunter angebrachtes Gitter gesichert. Hinter dem Glas befinden sich Neon Leuchten. Dazu kommt das an der Decke 2 Kameras befestigt sind die eine ständige Überwachung leisten Die dazu gehörenden Monitore befinden sich im Beamtenraum ausserhalb des Traktes und werden ständig überwacht. Auch im Gruppenraum sind diese Kameras angebracht. Die Zellen sind groß und hell ausgestattet sodaß eine sterile Atmosfäre aufkommt Die Zellentüren sind ausser dem Schloß noch zusätzlich durch einen Riegel gesichert und verschlossen Der Spion erfasst die ganze Zelle. Der persönlichkeitsbereich entfällt dadurch total.... In 7 Zelle sind die Fenster größer das heißt sie gehen in der Mitte der Wand über die ganze Front und sind durch 2 kleine Fenstertüren zu öffnen. Bei den anderen Fenstern die erheblich kleiner sind ist nur eine Klappe angebracht die von oben nach zur Mitte zu öffnen sind. An allen Fenstern ist ausser dem üblichen Gitter kleines maschenartiges Gitter befestigt so daß gerade eine Zigarette hindurch passt. Dieses kleine Gitter beeinträchtigt besonders bei den kleinen Fenstern das Licht so, daß oft den ganzen Tag das Licht brennen muß. Das Licht wiederum ist nur von aussen zu betätigen. Das auch noch zusätzlich durch drehen dieses Schalters beliebig vermindert oder ganz aufgedreht werden kann. Eine selbstständigkeit die im eingeschränkten Masse im normalen Vollzug möglich ist,wird dadurch nicht nur noch mehr eingeschränkt sondern total ausgeschlossn.

Am 14.5.77 wurde mir an meinem Arbeitsplatz eröffnet, ich sollte meine Sachen packen denn ich werde in den Turm oder Trakt Moabit verlegt. Daraufhin verlangte ich die Anstaltsleitung Frau Ringle zu sprechen die aber angeblich in einer wichtigen Besprechung sei und somit keine Zeit für mich hätte. Als ich äusserte, ich wolle nicht nach Moabit,wurde mir mit Gewalt gedroht. Ich packte daraufhin meine Sachen und mit einem Wagen der schon bereit stand nach Moabit gebracht. Nach meiner Ankunft wurden meine Sachen alle durchleuchtet und ich selber untersucht. Nach einem Marsch durch den ganzen Knast kam ich in den eigentlichen Trakt. Mein erster Eindruck war, als wenn eine lebendige Begrabung stattfindet. Die Zelle wurde geöffnet und nach meinem eintreten verschlossen und durch einen Riegel extra gesichert. Die kalte Atmosfäre lies mich zuerst nicht damit fertig werden daß dieses auch Knast sein sollte. Um 14 Uhr gingen dann die Zellentüren alle auf und der sogenannte Aufschluß begann. Zuerst habe ich mir alles angesehen und mir fiel sofort auf das sich kein Aufsichtspersonal im Trakt befindet sondern nur über Kameras alles überwacht wird. Auch die dort schon länger untergebrachten Gefangenen Waltraut Siepert,Ilse Jandt und Monika Berberich kamen aus ihren Zellen und wir setzten uns zusammen und überlegten was wir gegen diese Zwangsverlegung machen könnten.Ich entschied mich für den unbefristeten Hungerstreik dem sich später noch ein Durststreik anschloss. Mir war doch klar das ich anders nichts erreichen werde das meine Rückverlegung veranlassen würde. Meine Forderung war sofortige Rückverlegung in die JVA Lehrter Str. ! Dieses ging an die Anstaltsleitung und an den Senator für Justiz. Gegen 16 Uhr kam das Abendbrot, das von einer Beamtin verteilt wurde und ein männlicher Beamte stand an der Tür, zwei weitere hinter dem Fenster in der Tür. Mir wurde eröffnet, daß ich zur Anstaltstoilette eröffnet daß ich zur Anstaltsleitung sollte, wo man mir dann die sogenannte Hausordnung mitteilte. Keine Kontaktaufnahme zu jeglichen männlichen Gefangenen am Fenster, keine Bilder an den Wänden anbringen und sonstige Gegenstände, die den absoluten Überblick der Zelle nicht gewährleisten, kein Waschen der Wäsche, das aber in der Lehrter Str. möglich ist. Sonst könnte ich mich frei bewegen auf „Monitore"! Er bedaue te noch daß der Gruppenraum geschlossen ist und gab mir als Grund dafü daß die Linsen gewaltsam entfernt wurden von den Kameras und eine Überwachung nicht möglich ist. Sobald die Linsen wieder eingebaut werden, ist der Gruppenraum zum Fernsehen geöffnet. Als ich zurück kam zog ich mich in einen der Hafträume zurück, da es mir fast unmöglich war, mich unter der Aufsicht der Kameras zu bewegen. Um 18 Uhr wurden dann die Messer eingesammelt, diezu unserem Besteck gehören und erst wieder am nächsten Morgen ausgegeben. Danach kam die Beamtin erst wieder, um uns für die Nacht einzuschließen. Der Einschluß erfolgt um 22Uhr und um 24 Uhr wird das Licht ausgemacht. Die Beamten werden generell jedes mal durch die Tür von weiteren Beamten überwacht. Ein einzelner Beamter betritt die den trakt. am nächsten morgen wird um 6 uhr laut gegen die tür geklopft das bedeutet aufstehen. das frühstück wird um 7 uhr verteilt. ich fragte eine beamtin was mit meinen restlichen sachen passiert ist darauf bekam ich die antwort wie auf alle anderen fragen: das weiß ich nicht, das darf ich nicht sagen, schreiben sie an das hausbüro. dann kam die freistunde die beim spiesruten laufen durch das haus anfängt und durch das ständige beobachten im hof aufhört. die freistunde beträgt eine stunde und der hof ist extra durch einen beamten der in einem wachturm sitzt und zwei weiteren im hof überwacht. die zellen werden jeden tag kontrolliert, das heißt die betten werden auseinander genommen und alle sachen durchwühlt. nach der freistunde geht es wieder in die zellen wo es dann um 12 uhr mittag gibt. der aufschluß ist dann wieder um 14 uhr. ausser zu den malzeiten und wenn von einem von uns was gewollt wird bekommt man keinen beamten zu gesicht. das bedeutet der kontakt ausser zu den mitgefangen en entfällt fast. auch die fähigkeit den kontakt zu mitgefangenen aufrecht zu erhalten, bricht nach einiger zeit völlig zusammen da andere orientierungsmöglichkeiten abgelehnt werden (entfallen) bei den besuchen ist eine berührung jeglicher art verboten und das einbringen aller geganstände untersagt,sogar blumen sind nicht erlaubt. ich fragte einmal nach dem grund der mir folgendermaßen begründet wurde: es könnte ja sein das sich sägen in den blumen stielen befinden.es gibt außer bücher keinerlei beschäftigung oder arbeit und man sitzt den ganzen tag untätig in der zelle herum. der kontakt zu den politischen gefangenen ist gering da diese nicht bereit sind den weg der zweck der zwangsverlegung zu unterstützen und zu zustimmen da sie die beweggründe des senators baumann voll erkennen,die anderen wollen sich nicht den besonderen haft und sicherungsmaßnahmen unterwerfen und fordern ihre zurückverlegung dazu ist noch zu sagen, daß dieser vollzug der im trakt vollzogen wird psychisch nicht zu ertragen ist die spaltung ist dadurch ganz deutlich und damit senator baumann sein liberales verhalten wieder in den vordergrund stellen kann wird er eventuell eine rückverlegung der dorthin zwangsverlegten frauen veranlassen unddamit die weitere isolationshaft der anderen wieder legalisieren. durch meine konsequente handlung wurde ich am 24.4. 77 zurückverlegt in die jva lehrterstr.

anschließend ist noch zu sagen,daß von mitte september bis mitte dezember ein aushang in der JVA lehrterstr. war,der folgenden ungefähren wortlaut hatte

ich bin beauftragt ihnen mit zuteilen. in der UH moabit ist eine neue frauenabteilung entstanden mit ungefähr 15 plätzen. diese ist für den wohngruppenvollzug vorgesehen. arbeit (zellenarbeit) wird beschaffen und dann gestellt werden. weiterhin werden gruppen stattfinden und es kann tischtennis gespiel werden. frauen, die an einer verlegung interessiert sind sollen sich per vormelder an die anstaltsleitung wenden. unterzeichnet vom anstaltsleiter.

KSV... auf alten Pfaden

auf diversen plakaten kündigt der ksv seit einigen tagen eine veranstaltung am 1.juni im audi max tu zur studentenbewegung an.
dies wäre keiner weiteren beachtung wert,wenn nicht das audi max zum selben zeitpunkt von seiten des info-bug,des kb & ssb für eine italienveranstaltung angemietet worden wäre.
auf einer wandzeitung vom 27.5. war z.b. nachzulesen, daß von den italien-veranstaltern das audi-max erst nach einem raumverbot für den ksv beantragt worden sei,um aus dem raumverbot für den ksv "kapital für sich zu schlagen".desweiteren erdreistet sich sich der ksv von den veranstaltern zu verlangen von der italien-"veranstaltung abstand zu nehmen",da "das audi max ...am 1.juni dem ksv zu (steht)".
da von seiten des ksv nicht versucht wurde mit den italien-veranstaltern in kontakt zu treten,um das raumproblem zu erörtern,sondern mit einer reihe von lügen gearbeitet wird,können wir das nur als eine gezielte provokation ansehen.
faktisch sieht es so aus,daß der zeitpunkt der italienveranstaltung seit ca. dem 10.5.feststeht.das tu audi max wurde am 13.5. telefonisch reseviert und am 20.5.schriftlich beantragt.am 26.5. wurde der mietvertrag unterzeichnet.
der ksv behauptet gar audi max am 16.5. vorbestellt zu haben.auf anfrage teilte die tu jedoch mit,daß der ksv erst am 24.5. also nach erscheinen des info-bug in dem die italienveranstaltung angekündigt wird,einen schriftlichen antrag gestellt hat.
da der ksv entgegen allen fakten nach wie vor davon berichtet,daß die italien-veranstalter "kapital" aus seinem raumverbot schlagen wollten und angekündigt hat sich das audi max am 1.6.zu nehmen,fordern wir ihn hiermit zu einer öffentlichen richtigstellung auf.
desweiteren erklären wir jedoch,daß uns das vorgehen des ksv auf der gim-veranstaltung vom 6.12.75, wo der ksv z.t. mit eisenstangen auf die teilnehmer der veranstaltung losgegangen ist,in erinnerung geblieben ist.wir fordern den ksv auf nicht weiter für das audi max zu mobilisieren!
info-bug,kb/ssb

Gedenkminute für BUBACK im Bezirksamt Spandau

-VON EINEM,
DER SITZENBLIEB
UND JETZT
GEFEUERT WERDEN SOLL-

Dokumentation
zum Fall U D O K N A P P
Personalrat im BA Spandau

Unter diesem Titel hat das FHSS-KOMITEE GEGEN BERUFSVERBOTE UND POLITISCHE DISZIPLINIERUNGEN eine 32seitige Dokumentation herausgegeben.
Udo Knapp ist Diplom-Politologe und seit Februar 1972 Sachbearbeiter für politische Bildung in der Jugendpflege beim Bezirksamt Spandau. Seit 3 Jahren ist er Mitglied des Personalrats und seit 5 Jahren Mitglied der ÖTV.

Während einer Schweigeminute für Buback im Personalrat am 13.4. ist Udo sitzengeblieben. Das war alles! Daraufhin verteilte die reaktionäre Beamtengewerkschaft KOMBA ein Flugblatt mit riesiger Auflage mit der Überschrift: "Terroristen-Sympatisanten und Extremisten in der Spandauer Verwaltung?"
Außerdem stellten reaktionäre ÖTV-Personalräte einen Antrag auf Ausschluß aus der ÖTV, der inzwischen von der ÖTV-Führung angenommen wurde. Gegen Udo läuft jetzt ein Gewerkschaftsausschlußverfahren, somit ist er auch aus dem Personalrat gefeuert worden, weil er zu den anstehenden Personalratswahlen nicht mehr auf der Liste der ÖTV kandidieren darf.
Der Stadtrat für Familie, Jugend und Sport, Gabriel, entzog Udo die Leitung eines Sommer-Ferienlagers und beantragte seine Versetzung, sowie die Einleitung eines Disziplinarverfahrens mit dem Ziel, Udo endgültig aus dem Öffentlichen Dienst zu feuern.
60 ÖTV-Kollegen in Spandau haben jetzt eine Unterschriftensammlung begonnen, die auch in anderen Bezirken durchgeführt werden soll.
Es ist sehr wichtig, diesen Fall öffentlich zu machen; deshalb wurde eine ausführliche Dokumentation zusammengestellt, von der die 1. Auflage mit 1000 Exemplaren binnen weniger Stunden total vergriffen war. Im Bezirksamt Spandau wurden schon allein über 300 Stück verkauft. Eine 2. Auflage mit 4000 Stück ist jetzt erschienen. Sie kann für -,50 DM in den linken Buchläden gekauft werden oder gegen Einsendung von -,80 DM in Briefmarken beim FHSS-Komitee gegen Berufsverbote, Goltzstr. 43, 1000 Berlin 30 bestellt werden.
Wer in seinem Arbeitsbereich, Freundeskreis etc. mehrere Dokus verkaufen will, kommt am Freitag zwischen 17 und 19 Uhr zur Sitzungs des Komitees in die FHSS (obige Adresse), Raum 202 und holt sie sich dort ab.

2. Juni 67 — 2. Juni 77

"Heute, 10 Jahre später, wissen wir, daß es unsere Aufgabe ist, gegen Verschleierung und geschichtsloses Vergessen Aufklärung, Wahrheit und Verständnis der kleinen und großen politisch-wirtschaftlichen Zusammenhänge und Verflechtungen zu verbreiten. Dies ist notwendig zur Bekämpfung des Todes, nicht zuletzt des atomaren Todes, der sonst zahllosen Menschen droht. Dies ist zugleich unsere Art, an Benno Ohnesorg zu denken, der sonst ganz umsonst gestorben ist." (Aus einem Aufruf zum 2.Juni mehrerer fortschrittlicher Intellektueller)

Am 3.Juni 19^{00}Uhr TU H104 führen AStA PH, FHSS-Komitee gegen Berufsverbote und politische Disziplinierung, SSB, KB eine Veranstaltung durch unter dem Thema: "10 Jahre Studentenbewegung - welche Lehren können wir für unseren heutigen Kampf daraus ziehen?"
Auf dieser Veranstaltung sollen in einer Podiumsdiskussion sprechen: Udo Knapp (ehemaliges SDS-Mitglied) Sebastian Kobler ("Die Gewalt geht vom Menschen aus"), Vertreter der ASten Göttingen, PH Westberlin und Bochum.
Als Ausdruck unserer Solidarität mit den politischen Gefangenen gerade am 2.Juni haben wir Horst Mahler, K.H.Roth, P.P. Zahl und Fritz Teufel eingeladen, einen Beitrag über ihre Erfahrungen und politischen Konsequenzen aus der APO vortragen und mitdiskutieren zu lassen. Bisher haben K.H. Roth, P.P. Zahl und H. Mahler zugesagt.

Hier ist zuviel Weiß

Im Anschluß an die Podiumsdiskussion ist eine offene Diskussion vorgesehen.

Ziel dieser Veranstaltung soll es sein, die Erfahrungen der Studentenbewegung für die heutigen Auseinandersetzungen nutzbar zu machen. Nicht gedient wäre uns mit einer reinen Nostalgieveranstaltung über die APO.
Die Veranstalter der Podiumsdiskussion am 4.6. (u.a. SB, Langer Marsch, AK FÜ, UStA) zeigten leider keinerlei Bereitschaft eine Diskussion zwischen Vertretern unterschiedlicher politischer Strömungen und im Hinblick auf die aktuellen Auseinandersetzungen zuzulassen. Unter dem Vorwand, keine "Organisations-Veranstaltung" zu wollen, wird von ihnen von vornherein das Spektrum linker Politik ihren Vorstellungen entsprechend eingeengt. Daher haben wir uns entschlossen diese parallele Veranstaltung durchzuführen.

Fr. 3.6.77 TU H104 19^{00}

In memoria: Nicht nur das Sein, auch "Der Stein bestimmt das Bewußtsein."(linkeck)

Der grosse Bulle schmatzt wieder

ich mag das alles nicht so rational ausgefeilt: hier bringen, mir ist's lediglich irgendwo verdammt übel geworden: einmal scheint sich allgemein so 'ne seltsame, schlaffe stimmung zu verbreiten - jedenfalls nehm ich's so wahr - und dann offen en paar recht suspekte sachen ... na, ja konkret: ich komme in die dresdnerstraße, sieht alles recht abgestorben aus, früher saßen da ab und zu en paar leute im/vorm wespennest oder vorn am oranienplatz - und jetzt weiß ich nicht mal, ob wir in der hängematte was zum straßenmusikerfest(ival? hm...) machen wollen - bei'n andern läden weiß ich's momentan eh nicht - und in der feuerwache sind laufend irgendwelche feten (besäufnisse?? frustabladeplatz von'n paar leuten), wo ich mich dann auch nicht so recht wohlfühl/was anfangen kann!
ich krieg das irgendwo nicht mehr zusammen: diese leute
lasche stimmung, "feten,festival,veranstaltung:!"
im SO, im pflasterstrand diese seltsamen artikel ohne irgendwelche infragestellungen (ich meine da die "klein-affüre") - und auf der anderen seite wird die unterdrückung immer dicker, offener, <u>legal</u>!!
lasch, schlaff, abwarten, passiv: wir können doch nicht den revolutionären kampf abgehoben von den massen führen - krampf: und die masse ist: BZ, BILD, plastic-world: mein auto, meine frau, meine kinder, meine tiefkühltruhe, meine kneipe, mein info,....SCHMATZ, der große bulle frißt uns, verdaut uns, scheißt, spült runter,...mahlzeit!!!
-ja, nicht abgehoben von den massen: also abwarten, uns da irgendwo einordnen, anpassen, überleben: ja konsequent (so steht s im pflasterstrand): den bewaffneten kampf bekämpfen! und mit welchen mitteln?
-"wir kennen viele namen. wir würden nicht davor zurückschrecken, sie zu nennen. "mir wird gaucleno. wie einfach das ist, dieses BILD-bild zu übernehmen. staatguerilla/RZ=mörderbande; klein: ich habe erzählt, daß dort ein gefühlsloser vorherrscht gegen den man selbst ein grönlandgletscher noch als warm bezeichnen kann." - das soll stadtguerilla/RZ sein, was in diesem brief da steht, was die pflastersträndler darüber schreiben?? ne abstrakte institution. BILD-bild, der große bulle malt: so schrecklich kann unsre konsequenz aussehen.... worum geht s denn überhaupt: wir wollen MENSCHEN werden!! wenn ich auf s land geh, wenn ichne waffe in die hand nehm, wenn ich mich schminke, wenn ich was klau, schwarzfahr, wenn <u>ich</u> das alles mach, dann hat das was mit mir zu tun, dann bin <u>ich</u> das!! LEBEN,LIEBE,MENSCHWERDUNG!!
was ich nicht versteh: ist das denn so fern von uns: eine waffe:? wenn ich die permanente unterdrückung spur, den allgegenwärtigen großen bullen: wer sich nicht fressen läßt/unverdaulich ist/blähungen hervorruft, wird abgeführt - berufsverbot für einen, der bei ner buback-gedenkminute nicht mitgedenkt (also sitzenblieb), ein verfahren gegen die theologiestudenten, die dem sonnenberg schrieben, daß

sie den bewaffneten kampf <u>ablehnen</u>, 36 monate knast für einen aus unserm kollektiv für'n scheißdreck,....
ist das so fern von uns: weiter weg als der atomtod. weiter weg als plastic-world.
...komm raus zu uns, schmeiß dich nicht weg, zeit bleibt nicht stehn....
auf zur großen bullenjagdt, wir brauchen nicht lange zu suchen, der große bulle ist überall:
im plastikfraß, im kühlschrank, in unsern klamotten, in unserm verhalten als mann(/als frauen, in der arbeit/der uni, auf der straße, auf'm amt, in der kaserne,....in uns

nen grimmigen lieben gruß

Fortsetzung von Köln?

Diente das Ganze nun wirklich der Sicherheit des einzelnen Bürgers oder hatte das vielleicht nicht eine andere Funktion? Soll nicht vielmehr bezweckt werden, das vorhandene Potential in Routine zu halten, neue Praktiken und Taktiken zu entwickeln, ebenso neue Formen der Überwachung und Computerauswertung anzuwenden.
Als Nebeneffekt soll dem Bürger gegenüber mal wieder die gut funktionierende Polizeigewalt (gezeigt werden) demonstriert werden

Köbes Ubier

Gefangenenrat. Ffm.

am 5.9.77 soll der prozeß gegen den frankfurter gefangenen-rat vor der staatsschutzkammer in ffm beginnen.
einige der leute vom GR sind schon seit knapp 1 1/2 jahren im knast. zu diesem prozeß muß nicht nur eine öffentlichkeitskampagne gestartet werden, es genügt auch nicht, wenn wir massenhaft zu diesem prozeß hinrennen.
genauso wich ig wie die öffentlichkeit, die unterstützung von uns im verhandlungssaal (als zuschauer) sind die kohlen.
sicher ist, daß an allen ecken und enden zu spenden aufgerufen wird, wir glauben aber, daß es auch hier sehr nötig ist.
der prozeß wird sich über monate hinziehen, aber die anwälte müssen auch leben.
leute, verzichtet mal auf ein bier, eßt einmal mehr zu hause statt in der kneipe und spendet für die verteidigung des gefangenenrats.

Postscheckkonto ffm.
Nr.: 3608 95 - 604
c/o Wolfgang Wraase

dieses konto ist eigens für die verteidigung eingerichtet worden.

Was ist los in Köln?

Seit einiger Zeit hat sich das Straßenbild in Köln auffallend verändert. Wohin man guckt - überall grün.... Aber keineswegs maigrün (dazu wurden schon zuviele Bäume ausgerissen). Nein, sondern das nicht allzu vertrauenserweckende Grün von Uniformen. Unsere 'Freunde und Helfer' in Grün und Grau in Grau sind allenthalben unterwegs. Bei Tag und Nacht: Fernsehkameras schwenken über die Straße (big brother is watching you 1977) Berittene preschen über die Straße (wild west in Köln?). Autokontrollen von Zivilstreifen (wie z.B. ... Weg abschneiden, mit gezogener Waffe aus dem Wagen springen, Türen aufreißen, "Papiere"!..... schon fühlt sich der Bürger beschützt. Ganze Stadtteile werden abgesperrt und Ausweise von MP-bewaffneten kontrolliert.
Sind die Kölner plötzlich besonders gefährdet oder gar gefährlich?
Wie man der Tagespresse entnehmen konnte, dient dies der vermehrten Sicherheit des Bürgers. Wie man uns immer erzählt, bilden die Bürger ja den Staat. Um dessen Staat zu schützen, verselbständigt sich der Staatsschutz und bedroht die Sicherheit der Bürger. Einige Bürger fühlen sich sehr verunsichert, wenn sie frühmorgens um 6.00 Uhr durch eine Menge bewaffneter Univormierten und Ziviler aus dem Bett geworfen und die Wohnung auf den Kopf gestellt werden.
So geschehen am 22.4.1977 in diversen Kölner Wohnungen, wo Beamte vom K 14, des LKA, MEK, BKA die Wohnungen stürmten (natürlich ohne Hausdurchsuchungsbefehl) durchwühlten Wäscheschränke, Schreibtische, sammelten diverse Zettelchen wie Kassenbons, sogar offizielle Schreiben der Staatsanwaltschaft ließ man mitgehen. Anwaltsakten, Briefe (gleich stapelweise) Taschenlampenbatterien und Reisepässe würden auch nicht verschont. Grundrisse von den Wohnungen wurden gemacht, eine Wohnung wurde sogar vollständig fotografiert - aus jeder Perspektive, Fensterbreiten wurden ausgemessen und welche Richtung sie zu öffnen sind,

man schaute nach Fluchtmöglichkeiten.....
Etliche Bewohner der durchsuchten Wohnungen wur-

den vorübergehend festgenommen. Andere wiederum nicht. Die festgenommenen wurden zum Waidmarkt gebracht, erkennungsdienstlich behandelt und mehr mehrere Stunden festgehalten.
Ein Teil der sichergestellten Sachen wurde nach einigen Tagen kommentarlos zurückgegeben!!!!!
Das Ganze war wohl mal wieder ein Rundumschlag w willkürlicher Art gegen Leute aus dem linken Milieu, der sogenannten Sympathisantenscene
WER SYMPATISANT IST DASS BESTIMMT DER STAATSSCHUTZ!!!!

Kommentar, Polemik, Meinung zur Gründung der 'Sozialistischen Initiative'

...ch möchte hier 'nen paar Gedanken zu einigen Vorstellungen von einigen Genossen, die im Info '55 und 157 zur Gründung der "Alternative Sozialistische Initiative" geäußert wurden. Ichhoffe, die paar Zeilen werden als positive Kritik zur Befruchtung der Diskussion verstanden und ausgewertet!!!
Wer sichdas Nichtfestlegen zum Prinzip gemacht hat, kommt bei der bisher dargestellten"Konzeption"voll auf seine Kosten.Die"Problematik der Linken"wird auf eine rein organisatorisch-technisch-modellhafte Diskussionsebene geschoben. So kommt sicher auch nicht mehr heraus,als bloß spontaner Protest, woran auch schon die Studentenbewegung Ende der 60er Jahre ihre Grenze fand.
Da auch die GI die Arbeiterklasse bisher nicht sieht, reicht ihr gesellschaftlicher Weitblick auch nur bis zum eigenen Nabel.
So gefallen sich die Oberbleibsel der 68er Studentenbewegung darin, sich als die Hauptbetroffenen jetzt und in Zukunft, der Unterdrückungsmaßnahmen,den Abbau der demokratischen Rechte,der Berufsverbote und Unvereinbarkeitsbeschlüsse und der §§ 88a und 130 darzustellen.
Weil sie die Tiefe der kapitalistischen Krise leugnen und damit die Vorbereitungen der herrschenden Klasse, die Arbeiterklasse durch Diktatur und Faschismus niederzuschlagen, sind sie auch nicht in der Lage zu verstehen, daß die staatliche Repression nicht ein paar Konformisten und verwirrten Linksintellektuellen gilt.
So sollen oberflächlichen Aktionseinheiten(Gollwitzer) zu allen möglichen Erscheinungen gebildet werden, die genauso schnell zerfallen, weil sie nicht auf der Grundlage von sozialistischen Prinzipien gebildet werden.
Ich will das mit einigen schon bekannten'Versuchen' illustrieren.
So tritt der Ho-Chi-Mord(Arbeiterkampf)für die Aktionseinheit von Demokraten,Sozialisten und Kommunisten gegen die"Faschisierung"ein.Das sind hohle Phrasen!
Wenn das Problem einer faschistischen Diktatur nur ein Problem der Linksintellektuellen ist und die"Demokraten" nur die Perspektive einer bürgerlichen Demokratie haben, mit der die herrschende Klasse heute selbst am Ende ist, dann ist die "Aktionseinheit" bloß unbewußter Protest.
Als ein Weglaufen vor der wirklichen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen,kann man auch die Entwicklung der Frankfurter Spontis,die im "Revolutionären Kampf"zusammengeschlossen sind(RK) einschließlich ihres Führers Cohn-Bendit sehen. Sie fordern zur bürgerlichen Gesellschaft 'alternative Lebensformen'und"autonome"Bewegungen wie'Basisansätze",Wohngemeinschaften,'Betriebszellen, Landkommunen usw. als "revolutionäre Zellen' zu organisieren. Da kann man nur mit dem Kopf wackeln, wenn Leute auf Landkommunen o.ä. ziehen wollen,um auf die Probleme von Massenarbeitslosigkeit,Polizeieinsätzen bei Streiks, Illegalisierung von Streiks durch Mitbestimmungsgesetz und Integration der Gewerkschaften in den bürgerlichen Staat keine Antwort geben zu müssen.
Muß dementsprechend die sozialistische Politik endlich die Worte"Liebe,Zärtlichkeit und Wahrheit"(C-Bendit) mit einschließen? Wird das den Arbeitern eine große Hilfe bei den Bürgerkriegsauseinandersetzungen sein, wozu die staatliche Repression ja aufgebaut wird ???
Ist das eine Alternative: protestiert, aber tragt mit zur Verdummung der Arbeiterklasse bei, lehnt eine entschlossene marxistische Führung ab, aber engagiert euch ein bißchen mit dem Sozialismus und haltet euch den Kapitalismus offen.?
Geht es um ein Sammelsurium von Linken (Motto "Starke Linke") oder um konsequente sozialistische Politik und die Vorbereitung der Arbeiterklasse zur Durchführung von sozialistischen Maßnahmen(entschädigungslose Enteignung der Banken und Industrien - Produktion unter Arbeiterkontrolle etc)entgegen dem Motto aller Stalin-Parteien: Gebt uns die Macht und wir werden Euch zum "Sozialismus"führen!(denn wir Euch vorher nicht verkaufen und das tun wir immer!) ?
KEINE HINKE-LINKE ,sondern AUSBILDUNG DER ARBEITERKLASSE , DAMIT SIE SELBST DIE MACHT ERGREIFT ! ! !

-bodo-

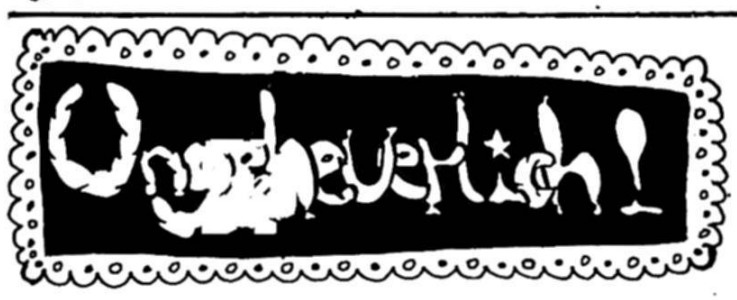
● welche eben kein Glaubensbekenntnis (oder Dogmen basiert) darstellen ,sondern eine wissenschaftliche Erkenntnismethode mit klarem Klassenstandpunkt ermöglichen

Die Angst,sich zu zeigen – Antwort auf Franz Fotofeind im letzten INFO

Franz Fotofeind hält dasfotografieren bei Aktionen wie der Maidemo für gefährlichen Leichtsinn souvenirsüchtiger Freaks(das Zeug könnte der Verfassungsschutz kriegen) Deshalb droht er ihnen an,ihre Filme zu belichten- außerdem meint er:"fotografieren kann jeder,und hält ab,was produktives zu machen.
Sag mal,Franz,hast du nicht vielleicht zuhause ein paar tolle Fotos vom 88 Berliner Mai,oder sonst sowas hängen? Denk mal drüber nach,wann es sinnvoll ist,"konspirativ" zu sein,und wann nicht.-Eines ist klar,wenn wir was illegales/halblegales machen,dann können wir nicht jeden frei Schnauze fotografieren lassen,aber z.B. bei der Demo am 1.Mai liegt das doch anders.
Gerade wenn wir uns auch bei legalen Aktionen nicht mehr trauen,uns zu zeigen,geht das Kalkül des Staatsschutzes auf.Die Parallele bei den Berufsverboten:Es geht dem Staatsschutz nicht so sehr um die paar Hundert, die er mit Berufsverboten dran kriegt,das wichtigste ist für ihn,daß viele Tausende aus Angst davor den Mund halten(und vielleicht noch meinen,sie sind die ganz Schlauen).
Übertragen auf die Fotofrage:Was uns vor allem fehlt,ist unsere Öffentlichkeit,unsere Kommunikation,Filme,Fotos, Zeitungen,Videobänder von Aktionen und Leuten von uns, für uns und andere Leute'-gerade,wenn wir versuchen,die herkömmliche (partei)organisation durch den Aufbau von Kommunikationsstrukturen und unseren Diskussionsprozess zu ersetzen.
Darum hindert einen das fotografieren nicht ,was produktives zu tun,sondern kann was produktives sein.
Und wenn du Angst hast,auf'ner legalen Aktion gesehen zu werden,dann hat bei dir das Einschüchterungskalkül voll Verfangen.Wir zeigen uns immer irgendwo,und solange sie keine Strafrechtliche Geschichte draus machen,kannuns

Inzwischen der Strich in der Akte mehr oder weniger auch egal sein.
Aber wir sind in unseren Möglichkeiten echt eingeschränkt, wenn inzwischen bei ganz harmlosen Sachen jede Videogruppe noch einen Trupp Graucht,der sie vor den Paranoikern schützt,die hier Dammel haben,aber dann bei irgentwelchen Veranstaltungen begeistert Bänder von Aktivitäten anderswo anschauen.Wo kriegen wir noch solche Dokumente her, wie imm letzten Info die Fotos von den Zivilbullen/Provokateuren im Spandauer Forst,Wenn jedem, der da fotografiert,von den Franz Fotofeinden der Film belichtet wird?
Zugegeben,unheimlich viele Leute verwenden ihreFotos nicht (Scheiße wird's,wenn die wirklich für die Enkel liegenbleiben)Aber da müssen wir eifach die Möglichkeiten schaffen. Wir könnten z.B.versuchen,im Spektrum oder im Objektiv mal eine Fotoausstellung über die Maidemo zusammenzusammeln(Videobänder gibts auch)und wenn diegut ist- es gibt in Westdeutschland genug Leute,die an sowas interessiert wären.
Also Franz, vielleicht kannst du'ne Antwort schreiben, wir müßen die Sache irgentwie klarkriegen,sonst hauen wir uns demnächst irgentwo die gegenseitig die Fresse voll, Und das nützt garnix,da gibt's genug andere Fressen zum

Vollhauen Hallo Knipskultur



ZENSUR IM Pflasterstrand

(die Krankschrift aus Zeitfurt)

Wir fühlen uns schwer untergangen. Es ist schon ein gehässisches Gefühl, nach 3 Jahren Selbstzensur fremdzensiert zu werden. Wir appellieren an alle demokratischen und fortschrittlichen und kräftigen Menschen...
Das gemeinsame Kommuniqué von BUG-Info und Pflasterstrand haben Frankfurter Lokalredakteure unterschlagen, und damit sich von sich selbst distanziert. Pfui Teufel!
Pflastert Euren Strand alleine! Die Info-Redaktion erklärt ihren Austritt aus dem Pflasterstrand.
Jetzt endgültigt.
Hier der Wortlaut des K muniqués:

"Klarheit statt Wahrheit!
Unter der Losung "Der sc..limmste Bug im ganzen Land ist und bleibt der Pflasterstrand" trafen sich dieses Wochenende auf der 6. ausseror dentlichen.....
Der Vorsitzende des Koordinationsausschusses für spontaneistische Public Relation und Mitglied des kollektiven ZK für Propaganda beim offiziellen Organ "Pflasterstrand" traf am Wochenende mit einer Delegation des Zentralorgans der Berliner Zersplitterten Linken (BZL) "Info-Bug" in der Hauptstadt von Niemandsland zusammen, wo sie unter der Schirmherrschaft des Präsidenten des Landes, Norbert Niemand, nach den für solche Gelegenheiten üblichen Floskeln über wichtige Dinge berieten.
Das Treffen wurde eingeläutet mit dem Hauptreferat unter der Zuspitzung "Der Sozialgriffel ist ein Papierguerilla"..Noch während des Referates verließ der vorgesehene Co-Referend, Genosse Hurra-Peng, wutschnaubend den Tagungsort, ohne seinen Beitrag "Erst Freundschaft, dann freier Wettbewerb" gehalten zu haben.
(Aber wir müssen uns nun auf das Wesentliche beschränken)
Gegenstand der Beratungen waren vor allem Probleme im Wirtschaftsbereich. Der Präsident, Norbert Niemand, erklärte sein grundsätzliches Einverständnis über ein Aussenhandelsabkommen, in dem Investitionen für den Anbau von Cannabis in den warmen, schlecht entwickelten Regionen im Rahmen eines Entwicklungsprogrammes vorgesehn sind. Die Presseorgane deuteten ebenfalls auf ein Interesse gemeinsamer Förderung des Fraktionstourismus des von Mauern und Zäunen umgebenen Landes hin.
Auf dem Festbankett am Sonntag wurde über die Notwendigkeit sportlicher und akrobatischer Aktivitäten konferiert.
Die Abnahme der mit modernsten Waffen ausgerüsteten Ehrengarde im naheliegende Tegeler Forst konnte wegen der vom Wetteramt vorhergesagten dicken Luft nicht stattfinden. Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz nahmen die Vertreter auf die letzten Äusserungen im Spiegel ("Anarchisten für Abkehr vom Terrorismus") und erklärten den Journalisten: "Wir weisen die Diffamierungen schaff zurück. Wir distanzieren uns von uns." Zur Praxis bürgerlicher Medien sagten sie: "Wir produzieren unsere Gerüchte selber."
Am Ende haben sie sich fest in die Hand versprochen dem Gegner den Friedhof nicht kampflos zu überlassen."

Das letzte INFO ist (wieder einmal) beschlagnahmt worden. Diesmal nach § 88a (in Verbindung mit...), offensichtlich wegen dem göttinger "Buback-Nachruf". D.h. nach diesem Paragraf können auch die Verteiler belangt werden, z.B. die Inhaberin vom Zeitungskiosk Adalbertstr.
Das ist für mich ein Problem: ich weiß einfach nicht, wie es zu verantworten ist, Leute zu gefährden, die mit dem INFO eigentlich nichts zu tun haben. - Das gilt auch für die dadurch gefährdeten linken Projekte (Buchläden, Maulwurf); keiner weiß, ob es bei Inkrafttreten irgendwelcher Urteile (nach Berufung, Revision in mehreren Jahren) noch einen INFO-(oder anderen) Zusammenhang gibt, der die politische und (vor allem) finanzielle Verantwortung der Folgen unserer Veröffentlichungs-Praxis übernimmt. (Proze?kosten und Geldstrafen summieren sich schnell zu astronomischen Größenordnungen.)
Außerdem besteht die Gefahr, daß "Wiederhohlungstäter" irgendwann keine Geldstrafe mehr, sondern Knast aufgebrummt kriegen.

Aber ich bin auch der Meinung, daß es unsere Entscheidung und nicht die des Staatsanwalts ist, welche Texte veröffentlicht werden.

Das läßt dann aber nach dem oben gesagten eigentlich nur noch eine Möglichkeit offen:(wenn wir eine breite Verteilung in vielen Bezirken über Kioske, Läden, Kinos, Kneipen weiterhin wollen) - Artikel, von denen anzunehmen ist, daß sie unseren Sonderdezernenten bei der Staatsanwaltschaft zur Beschlagnahme reizen, werden in Zukunft als Extra-Blatt gedruckt und gesondert verteilt. Dadurch wird gewährleistet, daß diese Artikel öffentlich zugänglich sind, und das INFO wird in Zukunft seltener beschlagnahmt und d.h. weniger Ärger mit der Bullerei für die Verkäufer.

einer, der öfters mal beim INFO mitmacht

Melodie Flower-Power Hit - nur etwas schneller

If you are going to Feuerwache

Wenn Du kommst zur alten Feuerwache

Mitten im tiefen Kreuzberg

So bin ich sicher du findest dort Leute
G D
Die denken so wie Du-!

Dass der Abriss heiler Haeuser

verhindert werden muss

dass wir gemeinsame Plaetze brauchen

um in dieser Stadt nicht kaputt zu gehen

Platz zum Treffen , lernen , Basteln

Platz zu helfen, denen es dreckig geht

Tu;en wir alle was dafuer, dass die

Feuerwache DIE Reichenberger Nr.66 bleib

Denn

Wenn Du kommst zur alten Feuerwache

Mitten im tiefen Kreuzberg

So bin ich sicher Du findest fort Leute

Die denken so wie Du.

Antrag gegen Klärbecken zur Rettung der alten Feuerwache

Die rechtliche Auseinandersetzung um die alte Kreuzberger Feuerwache in der Reichenberger Straße ist um eine neue Variante reicher geworden. Der am 16. Mai beim Verwaltungsgericht gestellte Antrag auf eine einstweilige Anordnung gegen den Abriß der alten Wache wurde gestern zurückgenommen. Gleichzeitig wurde aber von zwei Anwohnern des Blocks 145 ein neuer Antrag gestellt. Das Eingreifen der Anwohner ist die Folge einer Sitzung der Projektkommission „Strategien für Kreuzberg" am 20. Mai, in der ein Experte der Berliner Entwässerungswerke und auch der Kreuzberger Stadtrat für Volksbildung, Gericke, von hartnäckig fragenden Bürgern arg in Bedrängnis gebracht worden war.

Der Experte berichtete damals von einer möglichen Explosionsgefahr im Bereich des geplanten Mischwasser-Klärbeckens, falls in dieses durch irgendwelche Unfälle brennbare Stoffe wie Benzin oder Benzol einlaufen würden. Auf die Frage, warum die Abgase der Mischwasseranlage nicht über den bestehenden Schornstein abgeführt werden können, erklärte er, daß sich bei Abwässern bildender Schwefelwasserstoff und freiwerdende Schwefelsäure den Schornstein zerfressen würden.

Die neuen Antragsteller werfen den Planern jetzt vor, daß der geplante Bau des Mischwasser-Klärbeckens gegen das Bundesimmissionsschutzgesetz verstoße. 800 Schüler der unmittelbar angrenzenden Grundschule, 1000 Kinder des geplanten Kinderzentrums sowie die Bewohner des Blocks 145 seien davon betroffen. Dem Antrag ist weiter ein Gutachten des Professors für Baugeschichte, Posener, über die bauhistorische Bedeutung der alten Feuerwache beigefügt. Die Entscheidung des Verwaltungsgerichts wird nicht vor Mittwoch nächster Woche erwartet. (Tsp)

REVOLUTIONÄRE ZELLEN ZUM BRIEF VON HANS JOACHIM KLEIN:

„DIE HUNDE BELLEN UND DIE KARAWANE ZIEHT WEITER"

nans joachim klein hat die guerilla verlassen. er hat seinen entschluß, in der bewaffneten linken zu kämpfen, zurückgenommen, weil die konflikte, in die ihn das gestürzt hat, für ihn nur die aufgabe des kampfes bedeuten konnten. wir sind betroffen, weil wir versagt haben an dem punkt, diese entwicklung, diesen prozeß bei hjk zu sehen, zu bemerken.

in unseren schriftlichen äußerungen, vor allem 1975 in unserem interview, steht, welches unsere ansprüche sind, sein müssen an kämpfer der guerilla: die notwendigkeit von vertrauen und genauigkeit unter den kämpfern, ohne konkurrenz, ohne imageprobleme, ohne mackertum, ohne jeden zwang. gerade in der logik der guerilla liegt es, widersprüche in den eigenen reihen zu lösen durch offenheit, vorbehaltlose solidarität, liebe. nur so bringen wir es überhaupt, diesen kampf aufzunehmen, zu führen auszuhalten. die rz hat nie genossinnen oder genossen aufgenommen, nur weil sie getönt haben, "sie seien drauf". unter uns, zwischen uns und "neuen" läuft der mühsame und langwierige prozeß, entscheidungen immer wieder zu überprüfen, sich selbst und sich gegenseitig kennzulernen, durch erfahrungen, durch reden, reden, reden, durch kleine schritte in gemeinsam praxis erst herauszubekommen, ob die identität zwischen leben und politik im bewaffneten kampf wirklich die jedes/jeder einzelnen ist. bei hjk haben er und wir das nicht geschafft. unsere schwäche, diese ansprüche nicht immer und umfassend verwirklichen zu können, weil wir keineswegs die tollen neun menschen sind, zeigt sich daran auch: es ist nicht gelungen diesen verhältnis zu hjk herzustellen; wir haben nicht gesehen, daß hjk sich übernommen hatte, wir haben uns und ihm zuviel durchgehen lassen, wir sind auf ihn abgefahren.
zum teil sehen wir erst jetzt, wie der mensch hjk 'funktioniert'.
da er weiß, daß es die alternative fighter oder bulle für uns nicht gibt, hätte er mit uns lösen können, was ihm die fortfühtung des bewaffneten kampfes verunmöglichte, wie er "aussteigt", wie seine zukunft zu sichern ist. wir, er, die linken wissen, daß das verlassen der guerilla selbstverständlich immer möglich ist. jeder, jede, hat die möglichkeit, unauffällig zu leben und zwar mit unterstützung von allen, mit denen er vorher gekämpft und gelebt hat. das weiß jeder, der diese politik anfängt. gerade hjk hätte viele möglichkeiten gehabt. wie schon viele vor ihm. er wußte dies, viele unter euch linken wissen dies ganz genau, selbst die bürgerliche presse weiß dies (hjk-artikel der faz!).
den kampf in der stadtguerilla aufzuhören, ist kein verrat. wider besseres wissen entbloden sich einige leute jedoch nicht, das problem, wie man sich gegen verräter schützt, gleichzusetzen mit geschichtlichen ereignissen wie in kronstadt, der ukraine, katalonien, die dadurch gekennzeichnet sind, daß abweichende politische einstellungen, praxen beseitigt werde sollten durch liquidierung der individuen.
hans joachim ist für die guerilla weltweit ein problem - nicht weil er sich politisch getrennt hat; das kann jeder, ohne daß ihm auch nur ein haar gekrümmt wird. er ist ein problem, weil die art seines aussteigens die befürchtung begründet, daß er auch vor verrat konkreter einzelheiten, strukturen, treffpunkten namen nicht zurückschreckt. die ersten namen im jemand-brief, die veröffentlichung angeblicher pläne, deren durchführungen angeblich damit vereitelt, sind die ersten signale - auch für die bullen, daß er zum deal bereit ist, wenn er's nicht merh aushältoder wenn sie ihn erwischen.

der andere, selbstverständliche weg hat sich für hans joachim klein verboten.
sein verzweifelter drang, immer der größte sein zu müssen, der top fighter, der king, der bewunderte, erlaubte ihm das nicht: schwäche (vermeintliche schwäche!) zu zeigen, offenzulegen. erschafft es nur, indem er einen neuen rahmen wählt, wo er seine star-show abziehen kann, wo er seine probleme, seiner tiefen unsicherheit herr werden kann. bei seinen jetzigen publikum ist dies jedoch nur möglich durch anbieten dessen, was diesesh ören will. das deckt sich jedoch nicht mit seinen alten erfahrungen mit ihnen, den erfahrungen mit ihnen, den erfahrungen mit uns, den erfahrungen seiner letzten anderthalb jahre. daher der dreck und die lügen in seinem brief an spiegel und pflasterstrand.
wir wissen, daß es unmöglich und unsinnig ist, hier die lügen wie in einem kriminalprozeß zu widerlegen. es wäre tatsächlich eine glaubenssache, vor allem bei den leuten, die schon seit langem wissen, was sie über die stadtguerialla glauben wollen. wir können hier n nur sagen, daß gerade die präzisen hinweise in seinem brief, wo er unsere druckausübung auf ihn, unsere faschistischen überlegungen für menschenverachtende aktionen, unsere instrumentellen verhältnisse zu uns, zu ihm, zu ausländischen befreiungsorganisationen, unser unsere grönländische gefühlswelt "beweisen" will, samt und sonders erlogen sind - was er weiß! (an angie: was hätten theo und suse zu all dem gesagt...?) aber vielleicht glaubt er's inzwischen selber?
was macht jemand damit? was macht die pflasterstrandlinke damit? sie behaupten, politische kritik von staatsschutzaktivität unterscheiden zu können, dem revolutionär hans joachim k. zu helfen. die realität ist eine andere,

der mensch hans joachim klein ist ihnen scheißegal. sie sind nicht von"bohrender genauigkeit", wollen nicht "kennen lernen". in der logik dieser JEMAND liegt es, ihn zu verheizen, zu instrumentalisieren: er soll benutzt werden, um endlich, endlich der stadtguerilla in deutschland den garaus zu machen.
auf unsere realität und kontinuität in fünf jahren von aktionen, erklärungen, wirkungen ist von diesen linken keine politische kritik gekommen. es funktionierte und funktioniert durch unterstellung, behauptung - und dann

mit dem Hammer drauf auf die kranken Ausgeburten ihrer Phantasie (gerade in Frankfurt konnten wir jede Woche Dementis rausgeben über Dinge, die in der Szene von uns schaudernd kolportiert werden).

Mit uns als wirklichen Menschen, als real existierender Kämpfender Gruppe, mit den politischen Inhalten, mit der Logik von Stadtguerilla wird sich nicht auseinandergesetzt – z.B. Galinski: Ihr fahrt auf Hans Joachim Klein's Horrorstory ab, statt zu überlegen, welche Rolle Galinski spielt für die Verbrechen des Zionismus, für die Grausamkeiten der imperialistischen Armee Israels, welche Propaganda- und materielle Unterstützungsfunktion dieser Typ hat, der alles andere ist als nur „jüdischer Gemeindevorsitzender", und: was man dagegen machen mußte und was man in einem Land wie unserem dagegen machen kann... Ihr entzieht euch dieser politischen Auseinandersetzung und geilt Euch auf an dem behaupteten (antisemitischen?) Faschismus der RZ und ihrer Hintermänner.

HJK's Brief ist der noch fehlende „Beweis" für den Dreck, den diese Linken absondern, um die Auseinandersetzung mit dem Konzept bewaffneter Widerstand, mit uns, mit sich, mit der Angst in diesem System vermeiden zu können. Vor Haß auf uns geifernd, sortieren, sie jede ‚Information' in ihre vorhandenen Raster ein, wird „kein Blatt mehr vor den Mund genommen" (Pflasterstrandredaktion). Die betreffenden Beiträge in diesem Blatt aus Frankfurt sind Satz für Satz Beweis dafür, für den Selbstbetrug, für den kolonisierten Kopf, für die gestörten Erinnerungen an gemachte Erfahrungen (mit sich, mit uns, mit Hans Joachim Klein), für die hemmungslose Hetze im Versuch, mit allen Möglichkeiten die dünne Basis von Stadtguerilla zu zerstören, für die Bullenmentalität, mit der Hans Joachim zum Mittel ihrer psychologischen und praktischen Kriegsführung gegen uns gemacht wird. Wenn diese Clique politische Bekämpfung durch Verrat an die Bullen – und das heißt Liquidierung von Individuen, heißt Kronstadt – nicht wollte, wenn sie stattdessen Hans Joachim Klein helfen will, dann darf sie ihn nicht bestärken in seiner Rolle als „Revolutionär", son-

NUR TOTE SCHWEIGEN

Klein–Klein ist ein Genosse, den viele von uns kennen, der mit uns eine weithin gemeinsame Geschichte hat. Es ist die Geschichte der linksradikalen Bewegung in Frankfurt. Eine Geschichte auch von Niederlagen, Verwirrungen und Resignation. Klein–Klein hat diese Situation, die er nur noch als elend und schmählich empfand, nicht mehr ausgehalten: er schloß sich der Stadtguerrilla an. Daß er sich jetzt– nach schlimmen Erfahrungen – von ihr wieder trennt, freut uns. Zu Selbstbestätigung und Selbstbefriedigung ist freilich kein Anlaß: die elende deutsche Situation dauert an, eine kämpferische, revolutionäre und lebensbejahende Antwort haben wir nicht gefunden. Wir suchen. Die Stadtguerrilla hat bis vor ganz kurzem den „Kämpfer" Klein für sich reklamiert. Dem abgesprungenen Genossen Klein–Klein, der sich in einer entsetzlichen Lage befindet, weil er nirgendwo zurückkehren kann, wollen wir helfen, wir wollen mit ihm reden– wir wollen ihn aber nicht für uns reklamieren. Er kann für sich selber sprechen.
Dem Brief ist zu entnehmen, daß Klein–Klein Angst hat: vor der Rache der Stadtguerrilla, national oder international.
Wir halten diese Angst für mehr als berechtigt. Die Stadtguerrilla sagt von sich, ihre Verkehrsformen seien von Solidarität und Liebe geprägt. Wir glauben davon kein Wort. In der Logik der Stadtguerrilla liegt es viel eher, die sogenannten „Widersprüche in den eigenen Reihen" militärisch zu lösen. Der Mord an Schmükker trägt diese Handschrift genauso wie eine Parole an einer Wand der Universität in Frankfurt: Andreas raus, Dany rein!
Wo es nur die Alternative Fighter oder Bulle gibt, befindet sich die Abweichung immer in tödlicher Gefahr. Das Liquidierungsdenken hat mit Revolution, Befreiung und Autonomie aber auch nichts zu tun. Es gibt eine „revolutionäre" Blutspur: Kronstadt, Ukraine, Katalonien: Ausmerzung von Räten, Anarchisten, Trotzkisten, Demokraten, Bürgerrechtlern. In dieser Tradition – von der die Revolution heute vielerorts loskommen will– steht voll und ganz die Stadtguerrilla.
Wir wünschten uns eine eindeutige Stellungnahme der verschiedenen Gruppen der Stadtguerrilla zum „Abspringen" von Klein–Klein und den Konsequenzen, die daraus gezogen werden. Erzwingen können wir diese Stellungnahme nicht: es gibt keine Adresse, an die wir uns wenden könnten. Daß Klein–Klein jetzt über Nacht auf der „Hinrichtungs"–Liste steht, können wir uns – leider – vorstellen. Sicher, die Stadtguerrilla lebt gefährlich: fliegt sie auf, wartet auf sie die Hölle der Isolation und Vernichtung.
Aber das Operieren aus der Illegalität heraus hat auch sein furchtbar Einfaches: man ist der Diskussion, Auseinandersetzung und Veränderung entzogen, man schmeißt den Leuten bewaffnete Fakts vor die Füße– wenn's sein muß, die Leiche des Verräters. Das ist dann der heroische, in die Zukunft weisende Beitrag der Stadtguerrilla zu dem Problem, daß einem bewaffneten Kämpfer Zweifel gekommen sind: die Kugel aus dem Untergrund. Wir können Euch nicht– wie Ihr sehr wohl uns– drohen. Nur: wenn Ihr Klein–Klein umbringen wollt, dann seid Ihr eine dreckige Mörderbande– keinen Deut besser als die Bullen, die Euch jagen.
Die vielen JEMANDE bitten wir, dem Jochen Klein unsere liebevollen, aber auch traurigen Grüße auszurichten. Wo wir es können, sind wir bereit, mit ihm zu reden, ihm zu helfen, finanziell und sonstwie.
Wir vermuten, daß Jochen noch vieles zu sagen hat über die Erfahrungen, die er in den letzten zwei Jahren gemacht hat. Das wird nicht einfach und nicht ohne Selbstzweifel möglich sein, denn das, worum es vermutlich geht, rührt zutiefst an die inneren Solidarisierungstabus der Linken.
Wir meinen aber, daß diese Diskussion in aller Konsequenz geführt werden muß: nicht das sogenannte „Auspacken" ist konterrevolutionär (Jochen weiß sehr wohl WIE er sprechen wird), sondern das Verschweigen, Zudecken und Weiterwursteln. Selbstverständlich sind wir bereit, soweit es uns möglich ist zur Veröffentlichung einer solchen Diskussion beizutragen.
Für die Stadtguerrilla sieht es vermutlich so aus: mit dem „Abspringen" des „Verräters" hat sich der revolutionäre Körper gereinigt, ist der bewaffnete Alltag wiederhergestellt und der Unruheherd beseitigt. Wir sehen es anders: ein ungeheuer wichtiger Prozeß hat gerade erst angefangen. Es ist schlimm, daß erst die Erklärung von Klein-Klein uns stärker ermutigt hat, das zu sagen, was wir schon länger denken und vermuten: jetzt aber werden wir ganz entschieden kein Blatt mehr vor den Mund nehmen.

Pflasterstrand–Redaktion

BRIEF VON JEMAND

Die Spirale von Liquidierung und Denunziation fängt an zu kreiseln. Einerseits stellt das Wissen von Jochen über die Internationale Guerilla einen Schutz dar, andererseits die Ursache für seine Gefährdung. Es ist eine Frage von Planspielen, und miesem Agentenscenarium.:
a. Ein Geheimdienst legt ihn um und bekommt ein paar bewaffnete Linke frei Haus.
b. Die Guerilla legt ihn um und unterstellt es einem Geheimdienst. . . . . . .

Genossinnen und Genossen!

Wir müssen etwas sagen: Wir gehören zu dem JEMAND, von denen Genosse Jochen Klein in seinem Brief spricht.
Auch wenn wir nicht vollständig damit einverstanden sind, wie Genosse Klein an die Öffentlichkeit getreten ist, halten wir es für unsere revolutionäre Pflicht, ihn zu unterstützen.

Er i s t ein Revolutionär. Er will niemand verraten, er nennt keine Namen. Das Prinzip von Kritik und Selbstkritik ist nicht das Prinzip des Verrats – es ist revolutionäre Notwendigkeit. Deshalb haben wir den Brief des Genossen Klein an den „Pflasterstrand" übermittelt. Wir vertrauten nicht darauf, ob er im „Revolutionären Zorn" veröffentlicht worden wäre.

Genosse Klein war Mitglied der Guerilla. Er hat sie verlassen. Er ist aber nicht Müller oder Ruhland. Er will erreichen, daß die Guerilla mit ihrer Politik in Deutschland Schluß macht.
Das ist kein Akt der Verzweiflung, es ist eine politische Entscheidung. Weil der Genosse Klein ein konsequenter Revolutionär ist, sagen wir allen, die glauben, auf seine Kosten ihr schmutziges Süppchen kochen zu können: Genosse Klein läßt sich nicht als „ehemaliger Fighter" für die psychologische Kriegsführung anheuern.
Für alle Neugierigen: J. K. ist überall. In Monaco hat er sich mit Prinzessin Caroline verlobt, damit sie nicht entführt wird. In Frankfurt sitzt er im Magistrat. An Sonntagen treffen wir uns in Raumstationen. Sucht ihn überall, in allen Revieren. Ihr findet ihn überall. Macht Meldung, wenn ihr ihn findet. Sagt allen, wo ihr ihn zuletzt gesehen habt: überall!
Alle Versuche, uns zu ermitteln, um das Todesurteil (outside Operation) an Genossen Klein vollstrecken zu können, werden als das behandelt, was sie sind: Bullen-Aktivitäten (Angie an die Familie: warum haben Nada und Jonny in Wien ....?). Wir kennen viele Namen. Wir würden nicht davor zurückschrecken, sie zu nennen.

Der Kampf geht weiter!

JEMAND

dern müßte versuchen, ihn aus seiner politischen und psychischen Verzweiflungssituation herauszubringen nicht indem sein Haß geschürt wird, sondern ihm seine Situation klargemacht wird: Die Situation von einem Menschen, der an einer Aktion teilnahm, der eine Politik begann, der er nicht gewachsen war. Der nach dieser Aktion wegen der Bullen (!) nicht mehr zurück kann, der kein legales Leben, keine legale Politik wie die Spontis mehr führen kann, der nur noch zurückgezogen leben kann,heimlich, immer in der Gefahr aufzufliegen, der das ohne Identität als bewaffneter Kämpfer politisch wie psychisch nur sehr, sehr schwer wird aushalten können.

Alles, was jetzt läuft, ~~duetet~~ allerdings an, daß das Gegenteil beabsichtigt ist, weil der Hauptzweck unsere Bekämpfung geworden ist. Doch das wird nicht laufen! Den Bullen, der Justiz , der Vernichtungshaft, der Folter, dem CIA und den Zionisten ist es nicht gelungen, Guerilla in Deutschland und anderswo zu zerstören, weil Widerstand, Kampf nötig sind und bleiben. Das werden Hans Joachim Klein und JEMAND und „die Redaktion" auch nicht schaffen. Die Guerilla läßt sich von Euch zu nichts zwingen; Hans Joachim K. ist für uns nicht die „Reinigung des revolutionären Körpers", die „Beseitigung des Unruheherdes im bewaffneten Alltag", mitnichten, Freunde! Was wir jedoch damit anfangen, wie wir uns dazu verhalten, wie wir uns daran weiterentwickeln, ist unsere Sache, ist eine Sache der politischen Kritik, Selbstkritik und Praxis.
Unsere Aktionen, unsere Erklärungen, unsere Politik, unser Widerstand, unser Leben lassen wir uns nicht von Euch vorschreiben, die Ihr uns mit Verrat, Isolation, Vernichtungshaft droht. Wie Eure bisherige „Kritik", Eure Dreckkübeleien, es nicht vermochten, Stadtguerilla zu verunmöglichen, wird es Eure und HJK's Lügenpropaganda nicht schaffen und werden es Eure kursierenden Namenslisten, Euer geschwätziger Verrat erst recht nicht.

Ihr geht davon aus, daß diese Politik, bei der jeder jederzeit Freiheit oder gar Leben riskiert, einer solch lächerlichen Drohung nachgeben würde. Eure „revolutionäre" Auseinandersetzung – nämlich die Bullen zuhilfe rufen – wird unter Umständen einige von uns hinter Gitter bringen, wenn Ihr so weitermacht; damit werden wir dann allerdings umzugehen wissen. Doch Eure Drohung und Eure Vorbereitungen zu Ihrer Verwirklichung läßt Guerilla in Deutschland nicht verschwinden. Die Guerilla ist nicht erpreßbar.

24.5.77 Revolutionäre Zellen."

Buback und kein Ende? Oder: Spinnen die Bullen?

Göttingen:

brutaler bullenüberfall auf den asta göttingen
protestdemonstration des asta göttingen

am freitag, den 27.5.77 wurden der asta, der buchladen rote str[illegible], sowie verschiedene räumlichkeiten des kbw in göttingen von der ~~pizei~~ polizei durchsucht. darüberhinaus wurden hausdurchsuchungen in einer bis jetzt noch nicht bekannten zahl (ca. 1 dutzend) bei amtierenden und ehemaligen referenten des asta sowie mitgliedern der redaktion der asta zeitung "göttinger nachrichten" vorgenommen.
anlaß dieser polizeiaktion, die offensichtlich bundesweit angelegt war, wie wir aus der beteiligung von beamten des bundeskriminalamtes un und der abteilung t (für terrorismusbekämpfung) schließen müssen, war nicht nur die veröffentlichung eines artikels zum tode bundesanwalts buback in den "göttinger nachrichten" sondern nämliche allgemeinpolitische stellungnahmen und aktivitäten von seiten des asta, wie die beschlagnahme von papieren und protokollen zur anti-akw-problematik, internationalismus etc. veröffentlichen.
der asta protestiert aufs schärfste gegen diese maßnahme, zumal in fast allen fällen die minimalsten rechte der betroffenen verletzt wurden. so wurde die hinzuziehung eines rechtsanwaltes verweigert, einsicht in die durchsuchungsbefehle wurde mehrmals verweigert, in abwesenheit der betroffenen wurden gewaltsam türen geöffnet und schließlich wurde den betroffenen nicht erlaubt, bei der beschlagnahmung als zeuge anwesend zu sein.

diese informationen sind einem flugblatt des kbnord entnommen, da uns leider noch keine anderen informationen vorlagen:

in einer gezielten, bundesweiten aktion besetzten rund 500 bullen am 27.5.77 unter beteiligung von beamten des bka und der abteilung t[illegible] – mit mp bewaffnet – den göttinger asta.
am gleichen abend besetzten bullen auch den asta braunschweig.
in göttingen wurde außerdem das ortsbüro des kbw ein linker buchladen und eine druckerei von den bullen durchkämmt. außerdem durchsuchten die bullen insgesamt 17 wohnungen, wobei angeblich umfangreiches beweismaterial (tagesschau, 27.5.) sichergestellt worden sei.
in einer presseerklärung des leitenden oberstaatsanwalts heißt es zur begründung:
"die durchsuchungen erfolgten bei ermittlungsverfahren, die bei der staatsanwaltschaft göttingen wegen volksverhetzung, öffentliche billigung von straftaten, verunglimpfung des ermordeten generalbundesanwalts buback und untreue anhängig sind."
damit hat die terroristenhetze der westdeutschen bourgeoisie einen neuen höhepunkt erreicht. ziel dieser staatsschutzübung ist es, das "geistige umfeld der terroristen" (bundesregierung), d.h. alle diejenigen, die ihre "klammheimliche freude" über den tod des bundesanwalts nicht verbergen können (mescalero-artikel in der göttinger studentenzeitung) und alle, die sich mit dem artikel solidarisieren massiv einzuschüchtern.
des weiteren stellt die staatsschutz-aktion einen weiteren angriff auf die organe der studenten und dessen kriminalisierung dar.

die massiven angriffe des bürgerlichen staates wurden in göttingen mit einer spontanen demo, an der rund 2000 menschen teilnahmen, beantwortet! dabei wurde zunächst eine verkehrsreiche kreuzung besetzt, anschließend der göttinger hauptbahnhof und die abfahrt eines güterzuges verhindert, ehe die bullen die demo zerschlugen.
auf einer tagung des zentralrates des vds in dortmund wurde der vorschlag verhindert, ehe die bullen

mund wurde der vorschlag, sich mit den göttinger studenten und dem asta zu solidarisieren und die tagung des vds in göttingen fortzuwetzen, mit 23 zu 6 stimmen abgelehnt. die basisgruppenfraktion zog daraufhin geschlossen aus und wird nach göttingen fahren, um sich mit den genossen zu solidarisieren.

Ein Typ vom AStA Göttingen erzählt am Freitag in der TU näheres!

Brief der Tübinger Theologie-Studenten

lieber günther sonnenberg!

du bist hier nach tübingen gebracht worden, wo wir in der fachschaft ev. theologie in der politischen auseinandersetzung mit den kräften stehen, mit denen auch du zu tun hast. wir suchen darin vermutlich andere formen als du (wir lehnen z.b. tötende gewalt im kampf um eine bessere form des zusammenlebens ab).
wir wünschen dir und uns, daß wir in nicht allzuferner zukunft in einer gesellschaft leben, in der entfremdung aufgehoben, haß und gewalt überflüssig, solidarität und zärtlichkeit die menschlichen umgangsformen sein werden. x)

mit besten genesungswünschen!

der fachschaftsrat ev. theologie

x) übrigens wünschen wir das auch den polizisten, die dann allerdings nicht mehr nötig sein werden!

reaktion auf diesen brief in der bürgerlichen presse entsprach in etwa der stellungnahme von theologiedozenten aus tübingen:
"mit bestürzung haben wir die geistige verwirrung einer gruppe von theologiestudenten zur kenntnis genommen, die sich in der übersendung von brief und blumen an den wegen mordverdacht inhaftierten günther sonnenberg ausdrückt.
auch mitgefühl mit einem schwerverletzten kann nicht schritte legitimieren, die die grenze zwischen recht und unrecht verwischen.
solche schritte werden unweigerlich zur sympathieerklärung für die gesetzlosigkeit. daran ändert auch distanzierung von terror und mord nichts.
die einsatzbereitschaft für das bessere sollte sich nicht von den terroristischen zielen weniger missbrauchen lassen."

kommentar erübrigt sich.....

Wir suchen 4-7-Zimmerwohnung im Wedding. Tel. 614 29 46 Horst

RATHAUS JOURNAL

Banditen - im Dienst der Wissenschaft

Eine traurige Komödie über die Einbildungen der Realität und über die Realität der Einbildungen

Maerz,77

Thesen zum Entwurf eines Gesetzes ueber die Hochschulen im Land Berlin (Berliner Hochschulgesetz)

I. Das Universitaetsgesetz, das Gesetz ueber die Hochschule fuer bildende Kuenste, das Fachhochschulgesetz und das Hochschullehrergesetz werden zu einem Berliner Hochschulgesetz zusammengefasst.

2. Der Entwurf des Berliner Hochschulgesetzes geht davon aus, dass die paedagogische Hochschule Berlin im Zeitpunkt des Inkrafttretens des Berliner Hochschulgesetzes bereits in die Universitaeten und die Hochschule der Kuenste Berlins integriert ist.

3. Die wichtigsten politischen Grundsaetze, die dem Entwurf zugrunde liegen, koennen wie folgt zusammengefasst werden:

3.I Die Hochschulreform soll fortgesetzt werden, wobei der Schwerpunkt bei der Reform der Studiengaenge liegen soll.

3.2 Die Berliner Hochschulen sollen mit dem Ziel der Bildung integrierter Gesamthochschulen in Gesamthochschulbereiche zusammengefasst werden, fuer die je ein Gruendungsrat eingesetzt wird.

3.3 Fuer die Berliner Universitaeten und die Hochschule der Kuenste Berlins sollen Kuratorialverfassung und Globalzuschuss erhalten bleiben.

3.4 Hochschulverwaltung und Hochschulplanung sollen effizienter und reibungsloser gestaltet werden durch Schaffung eines Planungsinstrumentariums, Verkleinerung der Hochschulgremien, Beschraenkung der Kompetenz der Fachbereichsraete auf grundsaetzliche Angelegenheiten, Staerkung der Stellung der Fachbereichssprecher und Verlagerung von Zustaendigkeiten insbesondere im Personalbereich auf die wissenschaftlichen Einrichtungen.

3.5 Verfasste Studentenschaften: Stellungnahme wird nachgereicht.

3.6 Die Personalstruktur im Hochschulbereich muss bei aller Vereinheitlichung und Vereinfachung so differenziert sein, dass sie den vielfaeltigen Aufgaben der Hochschulen gerecht werden kann. Sie soll insbesondere im Bereich des wissenschaftlichen Mittelbaus nicht durch pauschale Ueberleitungen belastet werden.
Im einzelnen liegen dem Entwurf die folgenden Grundsaetze zugrunde:

4. Die neue Regelung ueber die Rechtsstellung und die Aufgaben der Hochschulen soll nach der zwingenden Regelung in Parag. 58 und 59 Abs.2 HRG klarstellen, dass die Hochschulen zugleich staatliche Einrichtungen sind und dass bei der Personalverwaltung, der Wirtschaftsverwaltung und Haushalts- und Finanzverwaltung sowie in der Bauverwaltung Staat und Hochschule zusammenwirken muessen. Dies geschieht bei den Universitaeten und der Hochschule der Kuenste ueberwiegend in besonderen Gremien (Kuratorien).

5. Nach Parag. 4 Abs. 2 HRG muss das Hochschulwesen mit dem Ziel neugeordnet werden, die gegenwaertig von Hochschulen mit unterschiedlicher Aufgabenstellung wahrgenommenen Aufgaben in Forschung, Lehre und Studium zu verbinden.

5.I Zweck dieser Neuordnung soll insbesondere sein, ein Angebot von inhaltlich und zeitlich gestuften und aufeinander bezogenen Studiengaengen mit entsprechenden Abschluessen und die Durchlaessigkeit zwischen den Studiengaengen gleicher oder verwandter Fachrichtungen zu gewaehrleisten (Parag.4 Abs.3 HRG).
5.2 Zur Erreichung der Ziele nach 5.I bietet Parag.5 HRG die folgenden Wege an:
a) Zusammenschluss zu integrierten Gesamthochschulen;
b) Verbindung zu kooperativen Gesamthochschulen;
c) Sicherstellung einer engeren Zusammenarbeit der Hochschulen;
d) Kombinationen dieser Moeglichkeiten, wobei die einzelnen Moeglichkeit auch einzelnen Moeglichkeiten auch lediglich als Zwischenstufen angelegt (werden koennen?)

5.3 In Berlin sollen baldmoeglichst integrierte Gesamthochschulen eingerichtet werden. Zur Vorbereitung hierauf werden Gesamthochschulbereiche gebildet. Fuer jeden Gesamthochschulbereich wird ein Gruendungsrat eingesetzt, der je zur Haelfte aus Vertretern des Staates und den Leitern der betroffenen Hochschule besteht. Die Gruendungsraete haben die Aufgabe, die Planung durch Empfehlungen im organisatorischen, haushaltsmaessigen und personellen Bereich vorzubereiten; der Gruendungsrat des suedlichen Bereichs soll auch pruefen, ob eine dritte Gesamthochschule errichtet werden soll. Ueber die Realisierung der Empfehlungen der Gruendungsraete entscheidet der Gesetzgeber mit der Errichtung der integrierten Gesamthochschulen.

6. Die Studienreform soll sich nach Moeglichkeit im Rahmen der Entwicklung integrierter Gesamthochschulen vollziehen.

6.I Zur Vorbereitung der curricularen Voraussetzungen der integrierten Gesamthochschulen werden regionale Studienreformkommissionen (Parag. 9 Abs. I Satz I HRG) eingesetzt, die auch die Arbeit der Fach- und Verbindungskommissionen (Parag. 4I,42 FHSG) weiterfuehren. Die Studienreformkommissionen arbeiten unabhaengig von den Gruendungsraeten (vorstehend 5.3); sie stimmen aber ihre Vorschlaege mit der Planung der Gruendungsraete ab.

6.2 Entsprechend Parag. 9 Abs. I HRG sollen die aufgrund von Vereinbarungen mit den anderen Bundeslaendern zu errichtende ueberregionale Studienreformkommissionen Vorrang vor Studienreformkommissionen im Land Berlin haben.

6.3 In Studienreformkommissionen fuer Studiengaenge mit einer Hochschulabschlusspruefung soll das Ermessen des Landesgesetzgebers nach Parag. 9 Abs. 3 HRG dahin ausgeuebt werden, dass die Hochschulvertreter mehr als die Haelfte der Stimmen haben sollen.

6.4 Studiengaenge mit staatlich geregeltem Abschluss sollen in das Instrumentarium fuer Studienreform mit einbezogen werden; dabei sollen Entscheidungen ueber die Umsetzung der Empfehlungen der Studienreformkommissionen durch das jeweils fuer die Pruefungsordnung zustaendige Mitglied des Senats von Berlin im Einvernehmen mit dem Senator fuer Wissenschaft und Kunst moeglich sein.

7. Auch in der vorlesungsfreien Zeit sollen Moeglichkeiten zur Foerderung des Studiums geboten und bei Bedarf auch Lehrveranstaltungen durchgefuehrt werden.

8. Nach der zwingenden Regelung in Parag. IO Abs. 2 HRG sollen in Zukunft Regelstudienzeiten fuer jeden Studiengang vorgesehen werden. Nach Parag. IO Abs. 4 HRG soll die Regelstudienzeit bis zum ersten berufsqualifizierenden Abschluss vier Jahre nur in besonders begruendeten Faellen ueberschreiten; in geeigneten Fachrichtungen sind Studiengaenge einzurichten, die bereits innerhalb von drei Jahren zu einem ersten berufsqualifizierenden Abschluss fuehren. Da das HRG somit eine Tendenz zur Verkuerzung der Studienzeiten enthaelt, soll die Regelstudienzeit fuer Studiengaenge, die bis zum Inkrafttreten des HRG eine Studienzeit von sechs Semestern hatten, sechs Semester nicht ueberschreiten. Im uebrigen muessen die Regelstudienzeiten in Kooperation mit den anderen Bundeslaendern und dem Bund unter Beruecksichtigung des Bildungsgesamtplans und der Vorstellungen des Wissenschaftsrates festgelegt werden.

9. Fuer den Ausbau und die Entwicklung von Aufbau- und Kontaktstudiengaengen sollen im Rahmen der Aufgaben der Hochschulen in der Weiterbildung die gesetzlichen Grundlagen geschaffen werden.

IO. Moeglichkeiten eines Fernstudiums sollen entwickelt und gefoerdert werden; das Berliner Hochschulgesetz soll Regelungen ueber den Einbau von Fernstudieneinheiten in das uebrige Lehrangebot und in das System sonstiger Studienleistungen enthalten.

II. Die Studienberatung soll ausgebaut werden; zu diesem Zweck soll das Berliner Hochschulgesetz Regelungen ueber

die Aufgaben der allgemeinen Studienberatung und der Studienfachberatung enthalten.

I2. Entsprechend der zwingenden Regelung in Parag.I7 HRG soll vorgesehen werden,dass Studenten nach Aufforderung und Erloeschen der von ihnen beantragten Nachfristen exmatrikuliert werden,wenn sie in den Pruefungsordnungen fuer die Meldung zu Pruefungen vorzusehende Fristen nicht einhalten; dem Studenten ist auf seinen Antrag eine Nachfrist von sechs Monaten einzuraeumen; bei Vorliegen besonderer Gruende kann eine laengere Nachfrist eingeraeumt werden; die Gesamtdauer der Nachfrist darf

zwoelf Monate nicht ueberschreiten,wenn der Student die Gruende zu vertreten hat. Der dem Landesgesetzgeber nach Parag.I7 HRG gegebene Spielraum soll zugunsten der Studenten voll ausgeschoepft werden.

I3. Bei der Regelung ueber die Verteilung der Forschungsmittel soll zur staerkeren Steuerung der Forschungsvorhaben an Hochschulen die Moeglichkeit,Forschungsmittel zentral zu verwenden,im Gesetz praezisiert werden.

I4. Die Sonderregelung ueber Drittmittelforschung soll diese nicht behindern,sondern lediglich verhindern,dass durch die Drittmittelforschung die Erfuellung von Aufgaben der Hochschulen beeintraechtigt wird. Drittmittelprojekte sollen deshalb dadurch kontrolliert werden,dass diese ueber den Fachbereich dem Leiter der Hochschule angezeigt werden und sie seiner Genehmigung beduerfen,wenn dafuer Personal,Sachmittel und Einrichtungen der Hochschule in Anspruch genommen werden.

I5. Parag.38 Abs.2 HRG sieht zwingend vor,dass
a) die Professoren,
b) die Studenten,
c) die wissenschaftlichen und kuenstlerischen Mitarbeiter sowie die Hochschulassistenten,
d) die sonstigen Mitarbeiter

je eine Gruppe bilden. Das HRG regelt die Gruppenzugehoerigkeit der Lehrkraefte fuer besondere Aufgaben und der Lehrbeauftragten,soweit diese nach Landesrecht Hochschulmitglieder sind,nicht. Die Lehrbeauftragten sollen wie bisher lediglich an der Hochschule der Kuenste und den Fachhochschulen Hochschulmitglieder sein. Die Lehrkraefte fuer besondere Aufgaben und die Lehrbeauftragten sollen wegen ihrer Aufgaben in der Lehre den wissenschaftlichen und kuenstlerischen Mitarbeitern und,soweit diese nicht vorhanden,einer eigenen Gruppe zugeordnet werden.

I6. Nach der zwingenden Regelung in Parag.38 Abs.2 HRG soll die Gruppe der Professoren in allen Gremien mit Entscheidungsbefugnis in Angelegenheiten,die Forschung, kuenstlerische Entwicklungsvorhaben,Lehre oder die Berufung von Professoren beruehren,die absolute Mehrheit der Stimmen haben. Unter diesen Grundsatz sollen der Akademische Senat,die Fachbereichsräte,die Direktorien der wissenschaftlichen Einrichtungen und die Berufungskommissionen,dagegen nicht das Kuratorium und seine Kommissionen,das Konzil und seine Ausschuesse sowie sonstige Kommissionen oder Ausschuesse fallen. Die Gruppe der Professoren soll in Gremien,in denen sie die absolute Mehrheit haben muss,eine gerade Zahl von Sitzen haben.

I7. Nach der zwingenden Regelung in Parag.38 Abs.5 HRG soll vorgesehen werden,dass Entscheidungen,die Forschung, kuenstlerische Entwicklungsvorhaben und die Berufung von Professoren unmittelbar beruehren,ausser der Mehrheit des Gremiums auch der Mehrheit der dem Gremium angehoerenden Professoren beduerfen und fuer eine Entscheidung die Mehrheit der dem Gremium angehoerenden Professoren genuegt, wenn ein Beschluss auch im zweiten Abstimmungsgang nicht zustandekommt. Dabei soll bei Berufungsvorschlaegen die ueberstimmte Mehrheit des Gremiums berechtigt sein,ihren Vorschlag als weiteren Berufungsvorschlag vorzulegen.

I8. Nach der zwingenden Regelung in Parag.38 Abs.4 HRG sollen die sonstigen Mitarbeiter Stimmrecht in Angelegenheiten der Forschung,der Lehre und der kuenstlerischen Entwicklungsvorhaben nur haben,soweit sie entsprechende Funktionen in der Hochschule wahrnehmen und ueber besondere Erfahrungen in diesen Bereichen verfuegen.

I9. Nach Parag.40 Abs.I HRG muessen lediglich die Sitzungen des Konzils oeffentlich sein. Der dem Landesgesetzgeber somit gewaehrte Spielraum soll derart ausgefuellt werden, dass die Regelungen ueber die Oeffentlichkeit der Sitzungen der Hochschulgremien im uebrigen zur Sicherstellung eines geordneten Ablaufs der Sitzungen beitragen muessen. Das Gesetz soll deshalb Kontrollen und Einschraenkungen, die dies gewaehrleisten koennen,vorsehen. Der Vorsitzende des Gremiums soll auch die Moeglichkeit erhalten,die Oeffentlichkeit auszuschliessen,wenn eine Stoerung oder Sitzung des Gremiums auf andere Weise nicht zu verhindern oder zu beseitigen ist.

20. Die Regelungen ueber das differenzierte und abgestufte Berliner Ordnungsrecht sollen gemaess der zwingenden Regelung in Parag.28 HRG dahin ergaenzt werden,dass die Exmatrikulation als Ordnungsmassnahme nur in den im HRG ausdruecklich vorgesehenen Faellen moeglich ist.

2I. Bei der Regelung ueber die Staatsaufsicht soll nach der zwingenden Regelung in Parag.59 Abs.2 HRG vorgesehen werden,dass bei der Ermittlung der Ausbildungskapazitaeten und der Festsetzung von Zulassungszahlen die Fachaufsicht gegeben ist. Im uebrigen soll der Umfang der Staatsaufsicht unveraendert bleiben. Das gilt auch fuer die Kuratorien und ihre Kommissionen,deren Stellung zwischen Staat und Hochschule aufgrund des HRG neu definiert werden muss.

22. Nach der Regelung ueber das Bestaetigungsrecht soll ueber die Bestaetigung von Rechtsvorschriften der Hochschulen nicht nur,wie bisher,unter Beruecksichtigung der Verpflichtungen des Landes Berlin gegenueber dem Bund, sondern auch im Hinblick auf sonstige Verpflichtungen Berlins,insbesondere gegenueber anderen Laendern,entschieden werden. Ausserdem soll der Senator fuer Wissenschaft und Kunst in besonderen Faellen die Moeglichkeit erhalten,bestimmte Regelungen mit den von ihm geforderten Aenderungen fuer so lange in Kraft zu setzen, bis die Hochschulen neue Regelungen getroffen haben und diese bestaetigt worden sind; dies soll allgemein nur fuer den Bereich der Studien- und Pruefungsordnungen und im uebrigen nur insoweit gelten,als die Hochschulen im Einzelfall trotz der dringenden Notwendigkeit einer Regelung hierzu nicht in der Lage sind.

23. Als Leiter der Hochschule sollen lediglich die Universitaeten und die Hochschule der Kuenste hauptberufliche Praesidenten,dagegen die Fachhochschulen nur nebenberufliche Rektoren erhalten; dies laesst Parag. 62 Abs. 5 HRG zu.

23.I Nach der zwingenden Regelung in Parag.62 Abs.3 HRG sollen die Praesidenten vom Senat von Berlin bestellt werden. Eine Abwahl ist nach der zwingenden Regelung in Parag.62 Abs.3 Satz2 HRG nicht mehr moeglich.

23.2 Nach der zwingenden Regelung in Parag.62 Abs.4 HRG sollen fuer die Praesidenten der Hochschulen Qualifikationsvoraussetzungen vorgesehen werden: Abgeschlossene Hochschulausbildung und mehrjaehrige verantwortliche berufliche Taetigkeit,insbesondere in Wissenschaft,wirtschaft (.....?)

23.3 War der Präsident vor seiner Bestellung Professor so soll vorgesehen werden,daß er nach Ablauf seiner Amtszeit auf seinen Antrag als Professor in den Dienst der Hochschule zu übernehmen ist.

24. Der Akademische Senat an der Universität soll von 24 auf 19,der an der Hochschule für Künste von 18 auf 16 und der an den Fachhochschulen von 16 auf 15 Mitglieder verkleinert werden.Die Stellung des Akademischen Senats soll dadurch verstärkt werden,daß er ensprechen der zwingenden Regelung in § 63 Abs.2 HRG am Berufungsverfahren mitgewirkt sowie Entscheidungen von grundsätzlicher Bedeutung in Fragen der Forschung und der Förderung des wissenschaftlichen und künstlerischen Nachwuchses treffen kann.Außerdem soll der Akademische Senat im Rahmen seiner Koordinierungsbefugnis entsprechend §§ 11 Abs.1 Nr.4 UniG,8 Abs.1 Nr.2 FHSG die Möglichkeit erhal ten,in dringenden Angelegenheiten anstelle der betroffenen Fachbereiche zu entscheiden,wenn diese dazu nicht in der Lage sind.

25. Als ständige Kommissionen sollen nur noch die für Entwicklungsplanung sowie Forschung und wissenschaftlichen Nachwuchs obligatorisch sein;an der Freien Universität soll darüber hinaus eine ständige Kommission für Medizin eingerichtet werden.

26. Die Fachbereichsräte sollen an den Universitäten von 15 auf 11 an den Fachhochschulen von 15 auf 9 verkleinert werden.

26.1 Der Vorsitzende des Fachbeireichsrates soll nach der zwingenden Regelung in§ 64 Abs.4 HRG Organstellung und künftig stärker als bisher Aufgaben zur selbständigen Erledigung erhalten;er soll über die Verwendung der wissenschaftlichen,künstlerischen und sonstigen Mitarbeiter des Fachbereichs,soweit diese nicht einer wissenschaftlichen Einrichtung zugewiesen sind,entscheiden.

26.2 Die Zuständigkeit der Fachbereichsräte soll sich demgegenüber stärker als bisher auf Angelegenheiten von grundsätzlicher Bedeutung wie Personalvorschläge, die Koordinierung der Lehr- und Forschungsprogramme und den Erlass der Prüfungs- und Studienordnungen entsprechend dem allgemeinen Organisationsgrundsatz in § 61 Abs.2 HRG konzentrieren.

26.3 Die Mitglieder der Fachbereichskommissionen sollen nicht mehr unmittelbar von den Mitgliedern des Fachbereichs gewählt werden,sondern über Zusammensetzung und Mitglieder dieser Kommissionen sollen die Fachbereichsräte entscheiden.

27. Von der Gliederung der Fachbereiche in wissenschaftliche Einrichtungen soll abgesehen werden können,wenn die Größe, die Zusammensetzung und die Aufgaben eines Fachbereichs der Gliederung in wissenschaftliche Einrichtungen entgegenstehen;dies läßt die Kann-Regel ung in §66 Abs.1 HRG zu.

27.1 Die wissenschaftlichen Einrichtungen sollen anstelle der Fachbereichsräte für die Vorschläge zur Einstellung, Weiterbeschäftigung und Entlassung von wissenschaftlichen,künstlerischen und sonstigen Mitarbeitern sowie studentischen Hilfskräften zuständig sein,soweit die Stellen und Mittel ihnen dafür zugewiesen sind;zudem sollen sie nach der zwingenden Regelung in § 66 Abs.1 HRG über die Verwendung der wissenschaftlichen, künstlerischen und sonstigen Mitarbeiter sowie studentischen Hilfskräfte und Sachmittel,die ihnen zugewiesen sind,entscheiden.

27.2 Die Direktorien der wissenschaftlichen Einrichtungen sollen von bisher höchstens 16 auf höchstens 15 Mitglieder verkleinert werden.

28. Die Sonderregelungen im Universitätsgesetz über die Klinika der Freien Universität,insbesondere die Identität von Klinikum und Fachbereich,sollen mit der Ausnahme erhalten bleiben,daß der Ärztliche Leiter des Klinikums aus dem Kreis aller (.....) Amtszeit 4 statt bisher 2 Jahre betragen soll.

29. Für die klinisch-theoretischen Institute der Klinika soll klargestellt werden,dass es sich bei diesen um wissenschaftliche Einrichtungen handelt und dass für Spezialbereiche der klinisch-theoretischen Medizin,für die eine besondere ärztliche Veranwortung erforderlich ist, selbstständige Funktionsbereiche eingerichtet werden können.

30. An jeder Hochschule soll die Hochschulbiblothek als eine zentrale Einrichtung ausgewiesen werden;für die Fachbibliotheken soll sie ihre Aufgabe nur im Einvernehmen mit den Fachbereichen,zu denen die Fachbiliotheken gehören,erfüllen können.

31. Die Universitäten und die Hochschule der Künste sollen weiterhin Globalzuschüsse erhalten.

32. Nach der zwingenden Regelung in §§ 67 bis 69 HRG soll für die Hochschulplanung ein umfassendes Instrumentarium in Gestalt von Ausstattungsplänen für die Organisationseinheiten der einzelnen Hochschulen, von Hochschulentwicklungsplänen für jede Hochschule und eines Hochschulgesamtplanes für das Hochschulwesen des Landes Berlin vorgesehen werden.

33. Nach der zwingenden Regelung in § 42 HRG soll das wissenschaftliche und künstlerische Personal an den Hoschschulen nur noch aus den Professoren,den Hochschulassistenten,den wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeitern sowie den Lehrkräften für besondere Aufgaben bestehen:

34.1 Die Regelung über die Dienstaufgaben der Professoeren soll gewährleisten,daß die Aufgaben in Forschung und Lehre differenziert und flexibel ausgestattet werden können;

34.2 Professoren an Fachhochschulen sollen als Einstellungsvoraussetzungen besondere Leistungen bei der Anwendung oder Entwicklung wissenschaftlicher Erkenntnisse und Methoden in einer mindestens 5-jährigen beruflicher Praxis,von denen mindestens 3 Jahre außerhalb des Hochschulbereichs ausgeübt worden sein müssen,nachweisen;

34.3 Professoren sollen gemäß § 45 Abs.4 HRG Zusagen über die Ausstattung des vorgesehenen Aufgabenbereichs nur in Rahmen bereits vor der Ausschreibung der Stellen geltender Ausstattungspläne erteilt werden;

34.4 nur Professoeren,die noch nicht eine zumindest einjährige selbstständige Lehr- und Forschungstätigkeit an einer Hochschule ausgeübt haben,sollen bei ihrer ersten Einstellung zu Beamten auf Probe ernannt werden können;die Probezeit soll höchstens ein Jahr betragen ;

34.5 Forschungssemester sollen wie bisher nach jeden 5. Semester gewährt werden können;

34.6 für die Verordnung über Nebentätigkeiten im Hochschulbereich soll eine genaue,konkrete Ermächtigungsgrundlage vorgesehen werdeh;dabei soll entsprechend § 52 HRG vorgesehen werden,daß wissenschaftliche oder künstlerische Nebentätigkeiten gemäß § 30 Abs.1 Satz 1 Nr.2 und 3 des Landesbeamtengesetzes,die entgeltlich ausgeübt werdeh,der Dienstbehörde über den Fachbereichssprecher,an Hochschulen ohne Fachbereiche über den Leiter der Hochschule angezeigt werden müssen;

34.7 dem Hochschulassistenten soll für die Erfüllung seiner Aufgaben in Forschung und Lehre mindest die Hälfte seiner Arbeitszeit verbleiben (§ 149 Abs. 3 Satz 3);

34.8. auf die Vorschläge zur Einstellung von Hochschulassistenten sollen die Vorschriften über die Dreierliste bei Berufungsvorschlägen Anwendung finden (§ 152);

34.9. der Spielraum des § 53 Abs. 1 HRG, der neben den eigentlichen wissenschaftlichen Dienstleistungen auch einen differenzierten Einsatz der wissenschaftlichen Mitarbeiter in der Lehre zuläßt, soll voll ausgeschöpft werden, um die Erfüllung der vielfältigen Aufgaben der Hochschule insbesondere in der Lehre zu gewährleisten.

ENDE ★

Ein schwerer Kampf auf dem Feld der Wissenschaft und Technik

Ab INFO 159 könnt ihr unsere neue und reichbebilderte Serie lesen:

Wie die Deutschen lernten, daß besetzen besser ist als besitzen.

vom tode betroffen oder bedroht sind aber nicht nur unsere genossen,die radikalsten und konsequentesten kämpfer,mit denen viele von uns eine zeitlang gemeinsam gekämpft haben,unsere trauer gilt allen opfern des staatlichen terrors,bei dem die toten nur die spitze eines eisbergs sind.seit 1967 starben im kugelhagel schießwütiger bullen mindestens 64 menschen.in dieser zahl -deren dunkelziffer erheblich höher liegen dürfte- sind all die verletzten,verkrüppelten,in polizeihaft und vollzugszellen krepierten nicht inbegriffen.
nicht inbegriffen sind ebenfalls tausende,die unter unmenschlichen bedingungen in den knästen verkommen.
von der ausbeutergesellschaft zu außenseitern und asozialen gemacht und zu verbrechern gestempelt,entledigt sich dieser staat,der sich "freiheitlich demokratisch"nennt,ihrer auf die einfachste weise:im knast.während die größten verbrecher,die kapitalisten und ausbeuter und ihre schergen in unserem staat die gesetze machen,werden diejenigen,die sich gegen diese gesetze stellen,erbarmungslos verfolgt.dazu hat sich die bourgeoisie in den letzten 10 jahren einen gut abgestuften katalog von repressionsmaßnahmen geschaffen,der immer dann angewendet wird,wenn die präventive,staatstragende propaganda versagt.und von diesen maßnahmen ist jeder betroffen:ob revolutionär oder eierdieb,ob kraftwerksgegner oder vorlesungsstörer,ob demonstrant oder landstreicher,der endpunkt der auflehnung gegen den repressiven staat ist knast oder tod - es sei denn, man paßt sich an.

„Wünschen Sie die Kirschen mit oder ohne Stein?"

das instrumentarium ist reichhaltig.man kann nur einige beispiele herausgreifen aus den neuen errungenschaften unserer freiheitlich demokratischen grundordnung:

-notstandsgesetze 1968,sonderkommandos von vs und bka gegen "ausländischen terror"1969,handgranatengesetz in westberlin 1970,zentralisierung der polizeigewalt im bka und einrichtung von computerzentralen 1970,bürgerkriegsmanöver der bundeswehr wintex 1971,radikalen-erlaß 1972,schwerpunktprogramm "innere sicherheit"1972,verschärfung der ausländergesetze 1972,bundesgrenzschutz als "polizeiliche eingreifreserve"1972,einrichtung der mobilen einsatzkommandos 1973,verteidiger-ausschluß-gesetz 1974,erweiterung der internationalen bullenzusammenarbeit in europa 1975,antiterrorgesetze(§129a terroristische vereinigung)1975,maulkorbgesetz §88a 1976.

und damit ist die entwicklung noch lange nicht am ende.in der vorbereitung sind zur zeit die mündliche überwachung der verteidigergespräche,schärfere verteidigerausschlußbestimmungen,ein verbot sogenannter "passiver bewaffnung",worunter schutzkleidung gegen bullenterror zu verstehen ist,sowie ein einheitliches polizeigesetz,das schußwaffengebrauch auch gegen eine menschenmenge - ja sogar gegen kinder zuläßt.weiter im gespräch ist die sicherungsverwahrung für "terroristen",die dafür sorgen soll, daß linke lebenslänglich hinter gittern verschwinden,auch wenn sie ihre strafe abgesessen haben.
parallel zu diesen maßnahmen ist der systematische terror durch einschüchterung und bespitzelung innerhalb und zunehmend auch außerhalb der gesetzlichen grundlagen in den letzten 10 jahren immer stärker geworden.einen vorläufigen endpunkt erleben wir hier in westberlin mit der einsetzung von blockwarten, den sog. kobs,deren hauptfunktion in der ausschnüffelung von "staatsabträglichen umtrieben"besteht.
wer sich irgendwie verdächtig macht,ein linker zu sein,ist ständiger repressalien ausgesetzt.schwierigkeiten auf ämtern,mit den hauswirten,bei der arbeit usw.stellen sich dann ein.hausdurchsuchungen und ähnliche schikanen sind an der tagesordnung.besonders betroffen davon sind jugendzentren,linke buchläden und alternative kollektive.jugendzentren brennen aus ungeklärten gründen plötzlich ab,werden bei bullenein sätzen verwüstet.hunderte von wohngemeinschaften werden bei der aktion winterreise 1974 und der aktion wasserschlag 1975 drangsaliert.buchläden und rechtsanwaltspraxen werden durchwühlt,fadenscheinige gründe müssen zur rechtfertigung herhalten.immer mehr entfernen sich die herrschenden von den eigenen "rechtsstaatlichen prinzipien".
als ein atomwissenschaftler mit angeblichen terrorbekanntschaften rechtswidrig ausspioniert wird,muckt zwar noch ein teil der liberalen presse kurz auf, aber gleich darauf können sich bei derselben verbrecherischen aktion in stammheim justizminister und regierungschef dreist zu ihren untaten bekennen,ohne daß empörte aufschreie zu hören sind.die gleichschaltung der bürgerlichen presse hat wieder einmal funktioniert,wie sie immer funktioniert hat,wenn es gegen angebliche terroristen,umstürzler und ihre sympathisanten - kurz gegen die gesamte linke geht. die abgefeimtesten lügen und die dümmsten vorurteile waren nicht zu schade,die bevölkerung gegen die linken aufzuhetzen.es ist klar,daß dieses 10jährige trommelfeuer der staatstragenden propaganda auch seine wirkung nicht verfehlt hat.nur ignoranten glauben sich fest im bunde mit der arbeiterklasse.
eins aber hat die staatliche repression,hat die enttäuschung über unsere rückschläge,hat die trauer um die toten und verletzten noch nicht erreicht:
unsere völlige niederlage.im gegenteil!druck erzeugt gegendruck,rückschläge spornen zum lernen an,und die trauer schlägt um in wut!
der 2.juni 1977 markiert auch eine periode von 10 jahren kampf gegen ausbeutung und unterdrückung.
beispiele dieses kampfes finden wir reichlich,so unterschiedlich er auch geführt wurde und wie immer man zu einzelnen kämpfen steht.wir können hier nur einige beispiele erwähnen:

1968 militante kämpfe gegen die hochburgen des springer-konzerns
schlacht am landgericht tegeler weg anläßlich eines verfahrens gegen rechtsanwalt mahler
1969 "wilde"massenstreiks in hütten und bergbau, werften,metall und elektroindustrie
1970 befreiung von andreas baader
schlacht an der tu anläßlich des amerikanischen einmarschs in kambodscha
mit drei banküberfällen wird die raf proklamiert
1971 chemiearbeiterstreik in nrw,hamburg und hessen
1972 raf-angriffe auf us-einrichtungen gegen die eskalierung des vietnam-krieges
1973 1.und 2.hungerstreik der gefangenen raf-genossen
"wilde"streiks bei hoesch und mannesmann
häuserkämpfe in frankfurt
streiks bei klöckner,pierburg,ford und daimler-benz
1974 streiks im öffentlichen dienst
3.hungerstreik:43 gefangene kämpfen gegen vernichtungshaft
erschießung g.v.drenkmanns als reaktion auf die ermordung von holger meins
1975 lorenz-entführung und befreiung von 5 genossen
konjunkturprogramm der bewegung 2.juni:
gewinn: 200.000 dm
rz verteilt u-bahn und buskarten gratis
botschaftsbesetzung in stockholm
bauplatzbesetzung in whyl
1976 druckerstreik
1976/77 kämpfe in brokdorf,grohnde und anderswo gegen das menschenfeindliche energieprogramm der brd-regierung

KLEIN ANZEIGEN

Kostenlos

2-Zi Ladenwohnung gesucht !!! 2117657

Kreuzberger Sonderprojekt sucht Frau/Mann zur Mitarbeit in Kleinkindgruppe (2-5 Jahre). [illegible]ten viel Arbeit für wenig Geld; dafür: ständigen Kampf um das wenige Geld (senatsgefördert), Selbstverwaltung und Ansatzpunkte, aus Elternarbeit ein Kollektiv zu machen. Neben der Arbeit mit den Kindern: Elternarbeit (Obdachlose, Sozialhilfe, Alkoholiker etc), [illegible], [illegible] an Zeitung (I(Z) etc. , [illegible].
Tel.: 6931778, Mi 10-12 h und nur dann.

[illegible]

3 Zimmer[illegible]wohnung frei in 1/36, am [illegible]platz; teil [illegible] [illegible].-, [illegible] Tel. 69 [illegible] Verkaufe auch noch [illegible].

Wer Lust hat mit mehreren Leuten zusammen auf dem Lande in der BRD einen 2. Wohnsitz für Ferien, verlängerte Wochenenden usw. einzurichten rufe mal 618 43 98 an(öfter versuchen!).

wer hat lust ab Anfang Juli für 4-5 Wochen ein Stück durch Südfrankreich zu fahren- mit dem Fahrrad? Ruf mal an: 2161222, Michael

An den lieben Manne: Versprochen ist versprochen deshalb ein Schmatz von Rosi!

WG (m25, w23, m22, m20) sucht Frau für kleines Zimmer. Miete 95,- Bad, ZH. Tel. 2161498 Hans

Die Leutchen, die meine Ente kaufen wollen, sollen sich nochmal melden. Habe eure Tel.nr. verbummelt. 24 78 29 Walter

Suche WG für Oktober, mögl. in 36, 61. Bin 22, studiere Soz. Päd. (PH) und möchte mit Leuten wohnen. Allein mach ich mich selber ein...
Verena 88 22 405

Wir Hüttenleute suchen dringend eine Fabriketage wir wollen weiter miteinander leben und arbeiten!!
Tel: 375 43 63

Wenn's zischt und kracht in dem Gerät, wähl Tel. 375 43 63, machen alle Elektrosachen.

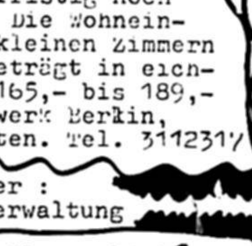
Farbspritzpistole "everspray"500" mit Zubehör für 200,- zu verkaufen (nur einmal benutzt)
Tel. 623 49 68 (öfter versuchen)

Wohnheimplätze frei!
Im Studentenwohnheim Eichkamp und im Studentenwohnheim Nollendorfstr. sind kurzfristig noch einige Doppelzimmer zu vermieten. Die Wohneinheiten bestehen jeweils aus zwei kleinen Zimmern mit gemeinsamem Flur, die Miete beträgt in Eichkamp 135,- in der Nollendorfstr. 165,- bis 189,-
Bewerbungen sind an das Studentenwerk Berlin, Hardenbergstr. 34, Bln.12 zu richten. Tel. 3112317

Stadtplanung geht uns was an! Oder :
Das Märchen von der bürgernahen Verwaltung

2 Frauen (Mitte bis Ende 20) mit Kind, (8J.)
Suchen 2 Frauen mit Kind, Junge oder Mädchen (6- 8 Jahre) Tel.: 324 24 58

Suche kleine Karatehose Gr. 42 oder so, billigst - Hermann 614 79 60



Gitarre und Tonband wünscht sich für die Plötze
Sigmund Kauka, Buch Nr. 214/77
Friedrich-Olbricht-Damm 16-, 1-13

Suche kleine Kinder (1 - 1 1/2 J.)zum Spielen für Manja und Leute, mit denen ich im Juni oder Juli ins Ausland fahren kann. - Gut wäre ein Bus oder so - Mona- 612 7908

Übrigends ist der Artikel über die "Kritik der AAO" oder die AAO vom Kopf auf die Füsse stellen", von dem eine Fortsetzung im Info erscheinen sollte, jetzt vollständig in der neuesten "hez" (Heim-Erzieher-Zeitschrift) Ausgabe Mai 77 erschienen! - falls sich jemand interessiert, hat für die Fortsetzung, erschätzung, kann er dort weiterlesen! die Kiste ist zu umfangreich geworden fürs Info!

Da wir die Outlaws anders nicht erreichen können, bitten wir sie auf diesem Wege, uns die 300,- zurückzubringen, die wir ihnen am 29.4. geliehen haben, damit sie für den 1. Mai eine Musikanlage auf Kautionsbasis auftreiben konnten...
SPECTRUM

Kunst- und Bauschlosserm mit E-Schweißschein B 2m und KFZ-Schlosser mit sehr guten Schweißkenntnissen (Autogen) übernehmen zu absoluten Tiefpreisen sämtliche Reparaturen an KFZ bis 7,5 t und andere Metallarbeiten, auch Reparaturen an Motorrädern von 50 ccm - 1000ccm. Auch kleinere Lackierarbeiten. Telephon 215 36 35. Öfter versuchen.

Ich, Rudolf, 2152283
Suche immer noch Leute, die mit mir Schafkopf (= bayr. Kartenspiel) spielen wollen. Bayern in Preussen, vereinigt Euch!
Suche Teppiche am liebsten alte, die nichts kosten 6141040

Wer kann mein Mofa reparieren-weiß nicht genau was kaputt ist.Tel.2152155

Bei uns sollen sich noch Männer melden, die bei einer Männer-WG mitmachen wollen/sind jetzt 5
1/44 Schinkestraße 8-9 Tel.6934620 Clemens Oh' fein

Ich möchte auch gern an einer Fahrraddemo teilnehmen meins ist aber kaputt und ich habe im Moment keinen Nerv es zu reparieren, weil ich Examen mache, Wer kann es für mich machen(das Fahrrad reparieren)
Renate 2517498
putt

suche einen bürolocher, also für dickere sachen wer hat einen oder weiß wer einen hat, wer fährt am donnerstag vor pfingsten (26.5.) nach hamburg und nimmt mich mit? Jochen 6232076

Wer schenkt mir nen lutscher??2623106
mir auch!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!! J. 242418

"Suche WG nach Frankfurt am 2.Juni, am besten auch zurück.304 37 66,
Wolfram.

Chance ! ! !
wir suchen nachmieter für unsere 2 fabriketagen jede 150 qm, eine neu renoviert, eine noch teilweise auszubauen dh alle möglichkeiten offen! miete 480 im pro monat. dafür suchen wir eine 3-4 zimmer wohnung mit bad und dusche oder so möglichst Kreuzberg. alles weitere: 618 47 21

Wer repariert billig Fernseher? Karl-Otto 6 13 16 61

ACHTUNG! Ich suche die Dokumentation des Sozialistischen Patienten Kollektivs in Heidelberg, möglichst beide Bände (einer ist mir aber auch schon recht!) zum Ausleihen für ein paar Wochen, und weiteres Material darüber. Stefan 693 63 33
Öfters versuchen! WICHTIG!

Wir suchen GETRIEBE für VW 1300, Bj 67. Wir haben den Rest (Karosserie und Motor) mit TÜV bis Dezember 78. Wer ein Getriebe hat, aber ihm noch der Rest vom Auto fehlt, dem verkaufen wir's billig. Anrufen möglichst bald Rüdiger/Michael 8613598

Und jetzt
veröffentlichen wir so schnell wie möglich das nächste WG-Treffen für WG-Interessenten mit Kindern findet statt am 6.Juni 77 um 20.00 Uhr im Elternzentrum Kreuzberg Raum 304 A im Mehringdamm (Nähe Platz der Luftbrücke)
Die Treffen finden jeden 1.Montag im Monat statt Wenn ihr massenhaft kommt auch zwischendurch
Danke, danke, danke, dankeschön

gesucht wird FU - Dokumentation Teil 1- III
Tel. 881 62 70 -Hubert - Danke !

Suche dringend 1 1/2 - 2 Zimmer-Wohnung
Kostenübernahme bis 200.-Mark von der Gerichtshilfe liegt vor! Dringend! Eilt !
Kontakt über 614 6002

Und n' Laden is frei 100 qm, 2Zimmer,Küche Bad OH, fast renoviert - Miete 260,-
Nähe Schloß Charlottenburg- Mindener Str.
Tel. 251 61 17 Helmut verlangen

Schüler, 18 J. sucht Platz in WG anrufen bei: 781 51 69 18 - 1900Uhr- Vorsicht: Gitarrist !

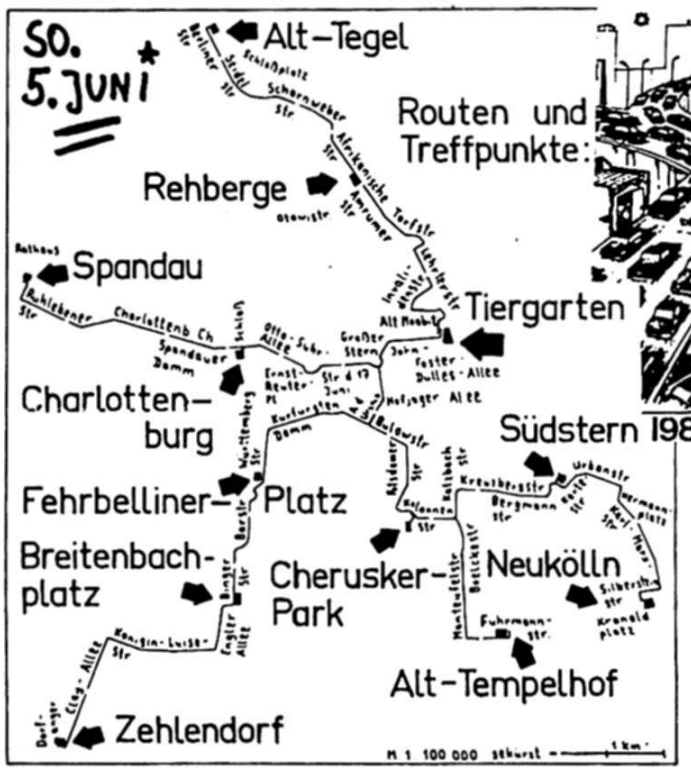
Sommerferien machen wir: 5 Erw.,3 Kinder Suchen noch Leute mit Kindern, die mit Uns in einen einsamen gelegenen Bauernhof im Bayrischen Wald fahren wollen.
Fahrt also mit Renate und Roland 822 17 61 und zwar vom 10.7. - 29. 7. 77-
Das ganze kostet pro Tag und Person 3,50

Und noch'n P r o b l e m:
Suche wirklich Frau(en), die mit mir den Kampf gegen die Fress-Sucht aufnehmen!!!!
Ulrike 614 86 41

TERMINE

1. STERNFAHRT zum Tiergarten mit Fahrrädern

ALT - TEGEL (Schloßplatz), Treffen:	14.3o Uhr
REHBERGE (Parkpl. Afrikanische Str./Otawistr.)	15.3o Uhr
SPANDAU (Rathausplatz - Segefelder Str.)	14.3o Uhr
CHARLOTTENBURG (vor dem Schloß - Schloßstr.)	15.3o Uhr
ZEHLENDORF (Dorfanger - Teltower D./Kirchstr.)	13.45 Uhr
BREITENBACHPLATZ (Schorlemer Allee)	14.3o Uhr
FEHRBELLINER PLATZ (vor dem Sen. f. Bauwesen)	15.3o Uhr
NEUKÖLLN (Kranoldplatz, nähe S-Bahn Neukölln)	13.45 Uhr
SÜDSTERN (Fontane Promenade)	14.3o Uhr
ALT - TEMPELHOF (Fuhrmannstraße)	14.3o Uhr
CHERUSKER - PARK (Cheruskerstr./Leberbrücke)	15.3o Uhr



SOMMERFEST IM TIERGARTEN

Eine Veranstaltung der BERLINER BÜRGERINITIVEN für Jung und Alt.

Ab etwa 14°°UHR neben dem PLATZ DER REPUBLIK.

Es spielen mehrere bekannte und unbekanntere Musikgruppen. Geplant sind: kleine Theateraufführungen, Zauberer, Kinder- und Erwachsenenspiele, Picknick neben der geplanten Trasse der Westtangente, Ess- und Trinkstände, Informationsstände der Berliner Bürgerinitiativen.

Ab etwa 16°°UHR Eintreffen der Fahrrad - Fahrer

Mittwoch 19 Uhr trifft sich die Musiker-Initiative im Drugstore, Potsdamerstr. 180. Komm auch mal vorbei!

DO 2.6. um 19 Uhr im Wespennest

Arbeitskollektivtreffen

Probleme formulieren, Ideen sammeln und Infoartikel schreiben.

SO 5.6. in der Hängematte, Dresdener S.26

Männerplenum ab 19h

Hauptpunkt: wo stehen wir in der Männerbewegung und was können wir Neues im Laden machen (renovieren, Fest, Zeitung!! Ideen...) Noch was, wir können und wollen euch kein Programm zum Konsumieren vorsetzen, es hängt von allen ab, was sich bei uns entwickelt. Vorher ab 16h Teetrinken und Quatschen.

Ausstellung: "Lehrstück Brokdorf"

Eine Dokumentation der BI Umweltschutz Unterelbe
Galerie 7o, Schlüterstr. 7o, 1-12
Mi, Do, Fr. 17-21 Sa 11-15 Bis 18.6.77

Außerdem zeigen wir täglich während der Öffnungszeiten um 18.oo und 2o.oo Uhr, samstags um 12.oo und 14.oo Uhr den DFFB-Film 'Brokdorf' sowie den Film "Risiko und Fortschrifft", herausgegeben von der Energiezentrale Bonn.

Aktionswoche zur Lehrerarbeitslosigkeit

Beseitigung
Sind Vorschläge zur Teilzeitarbeit, Besoldungskürzung oder Referendarzeit für PH-Abgänger Mittel zur Beseitigung der Lehrerarbeitslosigkeit?
Informationen, Berichte, Einschätzungen, Diskussion
TU-Hauptgebäude
Straße des 17. Juni 135
Hörsaal 1059
6.6.77, 19 Uhr

Einschüchterung
Erschwert Lehrerarbeitslosigkeit der Schulbehörde, Unruhe und Widerstand an den Schulen zu brechen?
Informationen, Berichte, Einschätzungen, Diskussion
TU-Hauptgebäude
Straße des 17. Juni 135
Hörsaal 1059
7.6.77, 19 Uhr

Überlastung
Wie wehren sich Eltern, Schüler und Lehrer gegen Klassenzusammenlegung, Verdichtung, Unterrichtsausfall, Lehrermehrarbeit und Lehrerarbeitslosigkeit?
Abschlußveranstaltung
im Gesellschaftshaus Neukölln
Karl-Marx-Straße 131
Bus 4, U-Bahn Karl-Marx-Straße
8.6.77, 19 Uhr

GEW Berlin

Richtiger Prozeßtermin:
Fr., 3.6., 9h - Turmstr. 91, S.537
Anklage gegen Knastbullen (man höre und staune!) die im Aug. '76 den ausländischen Gefangenen Faramarz Shamanesh fast zu Tode geprügelt haben und von eignen Kollegen angezeigt wurden. Das will was heißen!

Außerdem Mittwoch 2oh Jugendarbeitslosigkeit Podiumsdiskussion mit Senator Luder im Gemeinschaftshaus Gropiusstadt, Lipschitzallee 62

Fiesta popular republicana

al aire libre...

Spanisches Volksfest unter freiem Himmel

P R O G R A M M :

- spanische Volkslieder, Flamencogruppe und internationale Folklore
- Filme, Dias, Fotoausstellung
- Informationen über die Situation der Emigranten und über Spanien
- Tanz etc. etc.

mit Andres Carmona (Flamenco)

es gibt einen Kindergarten und ein Kinderfest

außerdem gibt es reichlich zu Essen und zu Trinken (Bocadillos, Tortilla, Fische, Sangria, Coñac, Bier etc....)

Z E I T : Sonntag, 5. Juni 1977 von 11 Uhr morgens bis abends

O R T : im Garten des Studentenwohnheims SIEGMUNDSHOF (U-Bhf. Hansa Platz, S-Bhf. Tiergarten), bei schlechtem Wetter im Wohnheim